

saarbrücker hefte

Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft

127

Sommer
2023
Euro 9,90

Annie Ernaux – Sarrebrück, retour sur images

Yeboah Prozess – AnwältInnen der Nebenkläger im Gespräch

Galerie – Fungirl von Elizabeth Pich

Frauenbewegung – Ein Rückblick

Waffen im Saarland



Saarbrücker Hefte Nr. 127, Sommer 2023

Herausgeber:

Verein Saarbrücker Hefte e.V.

Redaktion:

Bernhard Dahm, Klaus Gietinger, Sadija Kavgić (v.i.S.d.P.), Dietmar Schmitz,
Wilfried Voigt.

Redaktionsadresse:

Saarbrücker Hefte
Nauwieserstraße 19
66111 Saarbrücken
(0681) 686 56 248
E-Mail: info@saarbrueckerhefte.de

Internet:

www.saarbrueckerhefte.de

Verlag:

Blattlaus Verlag, Ludwigstraße 29, 66115 Saarbrücken
Telefon: (0681) 37 21 75, E-Mail: druck@blattlausverlag.de
www.blattlausverlag.de | www.blattlaus.org

Herstellung:

Blattlaus GmbH, Saarbrücken

Layout: Ruth Santos | satzpunkt.de

Verkaufspreis:

Einzelheft EUR 9,90

Die Zeitschrift ist im Buchhandel erhältlich.

Einsendungen von Manuskripten per E-Mail an: info@saarbrueckerhefte.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Jonas Boos, Natascha Denner, Rainer Eisfeld, Annie Ernaux, Céline Groß, Sadija Kavgić,
Annette Keinhorst, Dennis Kundrus, Andreas Morlo, Simon Ohliger, Elizabeth Pich, Emil
Mura, Werner Ried, Stefan Ripplinger, Roland Röder, Ekkehart Schmidt, Ralph Schock,
Volker Schütz, Susanne Speicher, Fabian Trinkaus, Volker Weber, Luca Zarbock.

Für freundliche Unterstützung danken wir der Landeshauptstadt Saarbrücken, Bildungs- und
Kulturministerin des Saarlandes, Saarland Sporttoto GmbH und unseren Werbepartnern.

ISSN 0036-2115

ISBN 978-3-945996-64-5

saarbrücker
hefte

*Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft* **127**

Inhalt

Editorial	5	<i>Sadija Kavgić</i>
Titel	7	<i>Annette Keinhorst</i> Das Patriarchat überwinden Frauenbewegung im Saarland
	11	<i>Sadija Kavgić</i> »Männer müssen lernen, nicht zu Tätern zu werden.« Ein Gespräch mit Lisa Schneider, kommunale Frauenbeauftragte der Stadt Saarbrücken
	15	<i>Sadija Kavgić</i> »So ist das Leben!« Hilfe für Frauen, die Gewalt erleiden
	18	<i>Sadija Kavgić</i> »Was Gott weiß, soll die Welt auch erfahren« Eine Frau berichtet über erlittene Gewalt
	21	<i>Jonas Boos und Céline Groß</i> Formal gleich – sozial ungleich Über die ökonomische und soziale Benachteiligung von Frauen
	24	<i>Susanne Speicher</i> Klimapatriarchat Über das Unbehagen (junger) Frauen
Zeitgeschehen	26	<i>Simon Ohliger</i> Letzte Generation Ist Demokratie mehr als ihre Gesetze?
	29	<i>Werner Ried</i> »SaMoLux« – Auf der Schiene zum Nachbarn? Die Großregion per Bahn verbinden
	32	<i>Volker Weber</i> Die Sonnengenossenschaft Bürger-Energie-Genossenschaft Köllertal fördert die Energiewende
	34	<i>Roland Röder</i> Mühsame Aufklärung »Halbzeit« beim Mordprozess Samuel Yeboah
	37	<i>Andreas Morlo</i> »Im Westen brannte es öfter als im Osten« Interview mit NebenklägeranwältInnen im Fall Yeboah

	41	<i>Luca Zarbock</i> Generationenwechsel – Ein Blick auf die saarländische radikale Rechte
	45	<i>Emil Mura</i> Waffenbesitz im Saarland – Eine Bedrohung?
	48	<i>Dennis Kundrus</i> Ganz stark gegen die Schwachen Die städtische Ordnungspolitik und Protest dagegen
	50	<i>Dennis Kundrus</i> »Nichts, was eine Ehrung verdient hätte.« Ein Gespräch mit Françoise Berger über die Ehrung Ernst Röchlings durch die Saar-Uni
Geschichte	52	<i>Rainer Eisfeld</i> »Dafür haben wir diese Leute nicht nach Saarbrücken geholt« – Der »Notstands«-Konflikt 1968 an der Universität des Saarlandes. Zugleich ein Beitrag zur Röder-Debatte
	58	<i>Fabian Trinkaus</i> Unterdrückung, Revolution, Niederlage Zur Geschichte der Neunkircher Arbeiterbewegung
	62	<i>Werner Ried</i> Schienenprägung Wie ich Burbach auf dem Peloponnes entdeckte
Galerie	63	<i>Volker Schütz</i> Zu Besuch bei Fungirl Comicserie von Elizabeth Pich
Literatur	70	<i>Annie Ernaux</i> »Saarbrücken, Rückkehr in Bildern«
	72	<i>Natascha Denner</i> Lyrik unlyrisch
Lokalitäten	75	<i>Ekkehard Schmidt</i> Ein intellektuelles Zentrum 50 Jahre der buchladen
	78	<i>Sadija Kavgić</i> Selbstverwaltung als Erfolgsrezept Kultur- und Werkhof Nauwieser 19
Nachruf	81	<i>Ralph Schock</i> Ach, Herr Schock ...« – Erinnerungen an Marie-Luise Scherer
Rezensionen	84	<i>Stefan Ripplinger</i> Klaus Bernarding, Schmelzer Kaleidoskop
Autorinnen und Autoren	86	

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Aufmerksamkeit für unsere Winterausgabe Nr. 126 mit ihren 12 verschiedenen Titelseiten war groß. Volker Schütz hatte diese mithilfe von künstlichen neuronalen Netzen entworfen. Aufgrund dieser Arbeit wurde der Künstler nach Wien eingeladen. In einem der schönsten Literaturcafés der Stadt sprach er dann auch über seine Arbeit für unsere Zeitschrift. Die Saarbrücker Galerie Sali e Tabacchi würdigte den Künstler mit der Ausstellung »zeichen:wende Vom Ende der Kunst«.

So revolutionär wie im Winter geht es in dieser Ausgabe nicht zu. Exquisit ist das Heft allemal: Erstmals auf Deutsch bringen wir in unserer Galerie eine Episode der in Amerika und Frankreich bereits berühmten Comicserie »Fungirl«. Die Schöpferin des Fungirls lebt in Saarbrücken und heißt Elizabeth Pich. Ihre Heldin ist eine emanzipierte junge Frau, an deren Alltag die Autorin teilnehmen lässt. »Fungirl« passt perfekt zum Schwerpunkt diese Ausgabe, in der wir uns mit der Frauenbewegung, männlicher Gewalt und den vielfältigen strukturellen Benachteiligungen von Frauen beschäftigen. Das sind auch die Themen, über die Annie Ernaux, Literaturnobelpreisträgerin 2022, in ihren Büchern schreibt. Sie war mehrmals zu Gast in Saarbrücken. Wir freuen uns, dass die Leiterin der SR-Literaturredaktion Tilla Fuchs und ihr ehemaliger Kollege Ralph Schock uns ihren Text über Saarbrücken im Original und in deutscher Übersetzung zur Verfügung gestellt haben.

Wie Annie Ernaux kämpft auch die saarländische Frauenbewegung um Emanzipation und Würde der Frau. Ihre Geschichte erzählt Annette Keinhorst, langjährige Leiterin der FrauenGenderBibliothek in Saarbrücken. Ein Ergebnis der Bewegung ist die Einrichtung der Stelle einer kommunalen Frauenbeauftragten. Wir haben mit Lisa Schneider, der neuen Frauenbeauftragten der Landeshauptstadt, über ihre Arbeit gesprochen. Die ökonomische Situation der Frauen im Saarland haben Jonas Boos und Céline Groß untersucht. Deprimierend sind auch die Statistiken über Gewalt gegen Frauen. Hier zeigt sich die Frauenfeindlichkeit in ihrer brutalsten Form. »So ist das Leben« – mit dieser Aussage versuchen immer noch viele Frauen, das Unerträgliche zu akzeptieren. Wir haben mit einer Frau gesprochen, die jahrzehntelang von ihrem Mann gequält wurde und der es gelang, sich zu befreien.

Andreas Morlo sprach exklusiv für die Saarbrücker Hefte mit drei AnwältInnen der Nebenklage über den Koblenzer Prozess im Mordfall Yeboah. Roland Röder analysiert den bisherigen Prozessverlauf und formuliert seine Erwartungen an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der jahrzehntelangen Ignoranz und des Versagens saarländischer Politik, Polizei und Justiz. Beim Verfassen dieses Editorials, am 9. Mai, gesteht der Angeklagte in Koblenz seine Beteiligung an dem Brandanschlag.

Über die Nachfolgeneration der Rechtsextremisten hat unser neuer Autor Luca Zarbock recherchiert. Die Frage, wie es um den Waffenbesitz im Saarland bestellt ist, beantwortet für die Leser der Saarbrücker Hefte Emil Mura.

»So antidemokratisch wie die bewusste Verweigerung oder Sabotage wirksamer Klimapolitik kann kein Protest der ›Letzten Generation‹ sein.«, findet Simon Ohliger in seinem Text über die KlimaaktivistInnen.

Im zweiten Teil der Geschichte der Saar-Uni beschreibt Reiner Eisfeld, wie es Ministerpräsident Franz-J. Röder 1968 gelang, den linksliberalen Professor Christian Graf Krockow von der Uni zu vertreiben. Bleiben darf der verurteilte NS-Kriegsverbrecher Ernst Röchling als Ehrensenator. Dennis Kundrus hat darüber mit der Expertin für die Kriegsverbrecherprozesse in Rastatt, der in Grenoble lehrenden Historikerin Françoise Berger, gesprochen.

Die Hefte gratulieren dem buchladen in Saarbrücken zu seinem 50-jährigen Geburtstag. Ekkehart Schmidt porträtiert das Geburtstagskind. In unmittelbarer Nachbarschaft des buchladens befindet sich unser neuer Redaktionssitz: der Kultur- und Werkhof Nauwieser 19, den wir in dieser Ausgabe vorstellen. Marie Luise Scherer, die in Riegelsberg geborene Schriftstellerin, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Sie fand keinen Platz in der saarländischen Medienlandschaft, wechselte deswegen zum Spiegel in Hamburg. Und wurde berühmt für ihre Reportagen. Ralph Schock würdigt sie in einem Nachruf.

Auch in dieser Ausgabe müssen wir über eine mangelhafte Finanzierung jammern. Die im letzten Jahr angekündigte institutionelle Förderung der Stadt ist bisher nicht eingetroffen. Wir warten wie so viele andere auf das Inkrafttreten der neuen Förderrichtlinien! Auch ist bis jetzt, Stand 9. Mai, der städtische Haushalt nicht genehmigt!! Dies hat zum Glück keine Folgen für unsere redaktionelle Betreuung und Verwaltung, da wir diese sowieso nicht bezahlen. Das Geld brauchen wir allerdings. Weil wir großen Wert darauf legen, unsere Autorinnen und Autoren und die freiberuflichen Lektorinnen für ihre Arbeit zu entlohnen. Deshalb versuchen wir, stets neue Partner zu finden, die eine Anzeige in den *Saarbrücker Heften* schalten wollen.

Liebe Leserinnen und Leser, Sie sind das Wichtigste für unsere Zeitschrift. Gerne möchten wir die Zahl der Abonnements erhöhen. Dies würde unsere finanzielle Grundlage stärken und uns weniger abhängig von unberechenbaren öffentlichen Zuwendungen machen. Wir wollen Ihnen die Entscheidung hierfür erleichtern und machen Ihnen ein unwiderstehliches Angebot (siehe Seite 33): Sie erhalten für den Abschluss eines Abonnements ein wertvolles Geschenk, welches sie sich aussuchen können, solange der Vorrat reicht. Dazu gehören die Reportagen des tschechischen Journalisten Franta Kocourek über die Saarabstimmung 1935, die in einer schönen Buchausgabe erschienen sind. Signierte Bücher von Lukas Bärfuss, Jón Kalman Stefansson, Jaroslav Rudiš und Klaus Gietinger stehen auch bereit. Sowie die DVD mit der kritischen Dokumentation über das Bahnprojekt »Stuttgart 21« von Klaus Gietinger.

Im Namen der Redaktion wünsche ich Ihnen einen schönen Sommer

Ihre Sadija Kavgić

»» Das Patriarchat überwinden

Frauenbewegung im Saarland

Von Annette Keinhorst

Fast ein halbes Jahrhundert ist es her, dass die sogenannte Zweite Frauenbewegung im Saarland Fuß fasste, zumeist im studentischen Milieu und nicht ahnend, dass es Vorkämpferinnen für Frauenrechte auch hierzulande gegeben hatte: Angela Braun-Stratmann, Marie Juchacz und Klara-Marie Faßbinder seien hier nur am Rande erwähnt. Und auch nicht ahnend, dass wir mittlerweile von der Vierten Welle der Frauenbewegung sprechen können, in der sich das Ringen um Gleichberechtigung für Frauen inzwischen zu intersektionalen feministischen Kämpfen gegen Unterdrückung vieler erweitert hat.

Was ich vorfand, als ich 1975 erstmals den »Frauenladen« im Saarbrücker Nauwieser- viertel betrat, waren weder männermordende Emanzen noch frustrierte Blaustrümpfe.

Stattdessen erlebte ich einen quirligen Haufen zwanzig- bis dreißigjähriger Aktivistinnen, mit lila Latzhose oder im angesagten Hippie-Schlabberlook, empört über die Zumutungen der männlichen Zurichtung von Frauen und wild entschlossen, dem Patriarchat entschiedenen Widerstand und ein neues Frauenbild entgegenzusetzen. Wer wollte da nicht dabei sein?

»Wir sind Frauen, wir sind viele, wir haben die Schnauze voll!«, skandierte auch ich bald voller Wut bei den legendären Walpurgisnacht-Demonstrationen, die erstmals öffentlich die verschwiegene Gewalt gegen Frauen thematisierten, und als klare Ansage: »Wir holen uns die Nacht zurück!« Schwarz gekleidet, mit wilder »Kriegsbemalung« und Trillerpfeifen fühlten wir uns gemeinsam stark in schwesterlicher Solidarität.

Frauenladen Cecilienstraße, Birgit Wolz, o. J., FrauenGenderBibliothek Saar, Arch 69-244, CC BY 4.0



»Ich habe abgetrieben«

Zentrales Thema der Zweiten Frauenbewegung (als Nachfolgerin der Ersten Frauenbewegung, ca. 1850 – 1933) war die sogenannte Körperpolitik (Body Politics), also die Forderung nach sexueller / reproduktiver Selbstbestimmung von Frauen, die im Kampf für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch und gegen Gewalt an Frauen kulminierte. Öffentlichkeit und Politik wachgerüttelt hatte die von Alice Schwarzer aus Frankreich importierte *Stern*-Kampagne mit prominenten Frauen (»Ich habe abgetrieben«, 1971). Überall kamen junge Frauen zusammen, tauschten sich aus, gründeten Frauenzentren und gingen für Freiheit, Selbstbestimmung und gegen die massive Geschlechterungleichheit in Gesellschaft und Arbeitswelt auf die Straße.

Beratung zu alternativer Verhütung (die sogenannte Antibaby-Pille gab es seit 1962, aber zunächst nur für verheiratete Frauen) und zu Möglichkeiten des selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruchs stand auch in Saarbrücken im Mittelpunkt der politischen Arbeit. »Hollandadressen« wurden unter der Hand weitergegeben und Fahrgemeinschaften organisiert, um ungewollt Schwangeren zu einer straffreien und medizinisch sicheren Abtreibung im Nachbarland zu verhelfen. Selbstbestimmtes Wissen über den eigenen Körper (»Our bodies Ourselves!«) verbreitete sich in experimentierfreudigen Gruppen und auf Frauenkongressen, zum Missfallen der etablierten Ärzteschaft. Und immerfort wurde demonstriert: »Ob Kinder oder keine, entscheiden wir alleine!« »Weg mit dem Paragraph 218!«, schallte es durch Saarbrücken, oder auch: »Wenn Männer Kinder bekämen, wäre die Abtreibung ein Sakrament!«

Schon 1975 hatte die Saarbrücker Frauengruppe zu einem bundesweiten »§ 218«-Treffen eingeladen, auf dem 70 Teilnehmerinnen über Strategien zur Abschaffung dieses Frauen entmündigenden und kriminalisierenden Paragraphen aus dem vorigen Jahrhundert (1871) berieten. Leider bis heute ohne abschließenden Erfolg. Weitere überregionale Treffen folgten, auch zu anderen Themen (1981 z. B. Anti-Militarismus-Kongress der AStA-Frauen).

Inspiziert vom US-amerikanischen Women's Movement, gab es im Frauenladen neben Gruppen zu linker politischer Theorie,

zu feministischer Körperpolitik, zu Gewalt gegen Frauen, zu Lesbenpolitik übergreifend auch das sogenannte Consciousness-Raising. Diese Selbsterfahrungsgruppen nahmen zunächst die interessierten Neufeministinnen auf, die dann in kleiner Gruppe Regeln für demokratische Gruppenprozesse erlernten und psychologische Selbstermächtigung erfuhr. Ein Initiationsritus, der (Selbst-)Erkenntnisprozesse ermöglichte: Die je individuelle Betroffenheit steht in unmittelbarem Zusammenhang mit struktureller Unterdrückung und kann nur in der solidarischen Bewegung vieler gelöst werden, kurz: »Das Private ist politisch!«

Die Autonome Frauenbewegung

Ein weiterer Schlüsselbegriff der Neuen Frauenbewegung, Autonomie, erwuchs aus der Enttäuschung vieler Frauen, dass die Frauenfrage in der sogenannten Studentenbewegung, in linken politischen Gruppen und Parteien nur als Nebenwiderspruch zum angeblichen Hauptwiderspruch (von Kapital und Arbeiterklasse) ernst genommen wurde. Die Autonome Frauenbewegung formulierte damit eine selbstbewusste Unabhängigkeitserklärung gegenüber Parteien und staatlichen Institutionen. Sie sagte sich los von einer extrem patriarchal geprägten Gesellschaft, die Frauen eben nur als »deuxième sexe« (Beauvoir) sah und ihnen keinerlei Eigenständigkeit als politisches Subjekt zubilligte. Wie sich diese Unabhängigkeitserklärung auf den einzelnen Partner in der heterosexuellen Beziehung auswirkte, konnte in erhitzten saarländischen WG-Diskussionen und auch in der bundesdeutschen Scheidungsstatistik beobachtet werden. Erst die Reform des Ehe- und Familienrechts 1977 schaffte die »Hausfrauenhe« ab und ermöglichte Scheidung aufgrund von »Zerrüttung« statt des vormaligen Schuldprinzips, das Frauen meist mittellos und geächtet aus der Ehe entlassen hatte (erst 1997 wurde Vergewaltigung in der Ehe strafbar).

Aus der Empörung erwuchs damals eine historisch neue Verbundenheit unter Frauen und damit eine große Kraft für Veränderung, nicht nur im Saarland: »Sisterhood is Powerful! Frauen gemeinsam sind stark!«, wurde von Oslo bis Mailand, von Sydney bis New York skandiert. Wir demonstrierten für

das Recht auf straffreie Abtreibung und gegen Gewalt, gegen die Benachteiligung von Frauen in der Arbeitswelt (z. B. die Unterstützung der »Heckel-Frauen«), gegen Sexismus in der Werbung und auf *Stern*-Titelbildern (auch Saarbrücker Medien gerieten ins Visier), gegen Zwangsheterosexualität und für lesbische Sichtbarkeit. Saarbrücken staunte über Attacken auf die Wahl der »Miss Salü Saarbrücken« und auf Sex Shops und Peep Shows in der Stadt.

Aus den lockeren Aktionsgruppen und Diskussionszirkeln erwuchsen in den frühen Achtzigerjahren Vereine und Institutionen: der FrauenNotruf, die Frauenzeitungen *Lila Distel* und später *Donna Wetter*, das Frauenstudienprojekt an der Universität des Saarlandes, der Frauenkulturverein FF und auch die Frauenbibliothek. In ganz Deutschland sprossen Frauenverlage, Frauenbuchläden, Frauenarchive, Frauengesundheits- und -kulturzentren aus dem Boden und versorgten nicht nur die wissbegierigen »Emanzen« mit Wissen über Frauengeschichte, Frauenliteratur und internationalen Feminismus.

Lesbische Frauen schufen sich Begegnungsräume in und außerhalb der (lesbisch-)schwulen Subkultur (LeNe e. V., Stammtische, Kneipen) und entwickelten ein eigenständiges Selbstbewusstsein innerhalb der Frauenbewegung. Sie sahen sich nun oft eher als Avantgarde der Frauenbefreiung und immer weniger als diskriminierte Minderheit. Hier und da entstanden autarke Frauengemeinschaften (Landkommunen, Beginenprojekte). Ansätze dazu gab es auch im Saarland.

Frauenprojekte entstehen

Der Trend zur Professionalisierung erfasste nach und nach sämtliche sozialen Bewegungen. Die KämpferInnen der 1970er-Jahre wollten das Erreichte absichern. Die emanzipative Modernisierung, die inzwischen breiten Teilen der Bevölkerung nicht mehr verborgen blieb, wurde nachhaltig institutionell verankert und mit bezahlten Erwerbsmöglichkeiten verbunden. Frauenhäuser wurden gegründet, feministische Rechtsanwältinnen

Notrufgruppe auf dem Nauwieserfest, o.A., 1984, FrauenGenderBibliothek Saar, Arch 69-219



erkämpften ein neues Familienrecht, Gewerkschafterinnen nahmen sich der Lohnungleichheit an u. v. m.

In Saarbrücken (Dellengartenstraße 14) entstand 1985 in gemeinschaftlicher Anstrengung ein Frauenprojektehaus mit psycho-sozialer und anwaltlicher Praxis, dem Verein für Frauenbildung und -kultur FF, dem Frauennotruf und vor allem viel Raum für Veranstaltungen und Feste. Ein regelmäßiger Feministischer Salon etablierte sich. Nach fünf Jahren musste das Haus wegen interner Differenzen aufgegeben werden. Doch schon 1991 konnte in der Stadtmitte (Kaiserstraße 2) ein mithilfe öffentlicher Förderung renoviertes neues Frauenprojektehaus eröffnet werden. Hier siedelten sich zwei professionelle feministische Dienstleisterinnen an: die Gesellschaft für berufliche Frauenförderung gGmbH und die »frauenbibliothek & dokumentationszentrum frauenforschung« (mittlerweile FrauenGenderBibliothek Saar), dazu ein Technologieberatungszentrum der städtischen Gleichstellungsstelle und der Dachverband »FrauenBildenWissen e. V.«, der die gemeinschaftliche Nutzung organisierte. Für viele Jahre war das Frauenprojektehaus ein weit ins Saarland hinaus strahlendes Zentrum der Frauen(bewegten): Anlaufstelle für praktische Unterstützung beim Weg in den Arbeitsmarkt oder bei beruflicher Qualifizierung, aber ebenso kultureller Kulminationspunkt z. B. mit dem ebenfalls ansässigen Frauenkulturverein FF, dem Gemischten Saarbrücker Damenchor und der Frauenbibliothek.

Parallel verankerten sich im Mainstream der Gesellschaft feministische Einmischungsstrukturen: Frauenbeauftragte in den Kommunen, Genderforschung an den Universitäten, Frauenförderung in Wirtschaft und Politik, Gender Mainstreaming in der EU und der UN.

Und heute?

Als eines der wenigen damaligen Frauenprojekte hat die FrauenGenderBibliothek Saar mit ihrem regionalgeschichtlichen Archiv den Sprung in die 2020er-Jahre geschafft. Sie ist heute eine etablierte Institution für Feminismus und Genderforschung und Bindeglied zwischen früher Bewegung und

aktuellem Feminismus. Und nicht nur junge Frauen gehen heute wieder auf die Straße. Der Slogan »My Body my Choice« vereint aktuell ein breites feministisches Bündnis, das den langen Kampf für reproduktive Selbstbestimmung von Frauen fortführt und sich entschieden gegen religiös-fundamentalistische Einschüchterungsversuche zur Wehr setzt, auch auf der Straße. Eine der Initiatorinnen des Bündnisses ist die anarcha-feministische Gruppe Fem Up!, die sich in autonom-feministischer Manier als hierarchiefreie AktivistInnengruppe gegen Kapitalismus und Patriarchat versteht und sich für Frauen- und LGBTQ-Rechte engagiert. Im Unterschied zu den Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts übrigens generationsübergreifend und »all gender«: Alle Geschlechter und Lebensentwürfe sind willkommen, um eine emanzipatorische Entwicklung der Gesellschaft voranzubringen. Weitere Bündnisse in Saarbrücken organisieren z. B. den Internationalen Frauentag (Frauenforum Saarbrücken, Bündnis »Internationaler Frauentag«), ein alljährliches Frauen*BarCamp oder die rund 40 aktiven Frauenverbände im Saarland (Frauenrat Saarland).

Bei Fridays for Future erleben wir selbstbewusste junge Frauen als Sprecherinnen und junge Männer, denen eine gendergerechte Sprache ganz selbstverständlich von den Lippen geht. Und der Ruf der feministischen Revolution im Iran: »Frauen, Leben, Freiheit!« inspiriert inzwischen weltweit feministische Bewegungen und ertönt auch auf saarländischen Kundgebungen.

»Männer müssen lernen, nicht zu Tätern zu werden.«

Ein Gespräch mit Lisa Schneider, kommunale Frauenbeauftragte der Stadt Saarbrücken

Von Sadija Kavgić

Es heißt, im Saarland kannst du nichts werden ohne ein Parteibuch. Nicht nur deshalb war Ihre Wahl für die Öffentlichkeit eine Überraschung. Wie kam es dazu?

Über meine Einstellung hat die zuständige Auswahlkommission entschieden. Das heißt Personalamt, Personalrat, Vertrauensperson der Schwerbehinderten und Oberbürgermeister. Ich nehme an, dass für die Leute in dieser Kommission verschiedene Gründe eine Rolle gespielt haben. Da gab es eine Person, die mir gesagt hat: »Sie trauen sich was«, und ich glaube schon, dass auch meine Ausbildung ein Pluspunkt war, dass ich so diese Verbindung Wissenschaft und Praxis habe. Was letztlich ausschlaggebend war, kann ich nicht sagen. Mein Parteibuch kann es nicht sein, weil ich keins habe. Ich glaube, dass es eher von Vorteil ist, wenn man in dieser Position nicht an eine Partei gebunden ist.

Sie sind eine kommunale Frauenbeauftragte, Ihre Befugnisse sind im Landesgleichstellungsgesetz festgelegt. Sie sind nicht weisungsgebunden. Wie wollen Sie Ihre großen Gestaltungsspielräume nutzen?

(lacht) Deshalb hängen hier überall Zettel, weil ich dieses Gesetz einmal durchgearbeitet habe. Das Gesetz sagt, du sollst beteiligt sein. An der Frage, wie ich das ausfüllen möchte, arbeite ich gerade. Es gibt bereits eingespielte Verfahren, wie etwa die Beteiligung der Frauenbeauftragten bei Personalentscheidungen. Zum Beispiel werden Homeoffice-Anträge gestellt, und die gehen durch, weil die Stadt sagt, es ist uns wichtig, dass wir Flexibilität gewähren. Das läuft schon gut. Mir gefällt auch der Vorschlag des neuen Amtsleiters Kinder und Bildung, Michael Kemmer, wie wir schneller Menschen in den Sozial- und Erziehungsdienst bekommen, und ich habe noch ein paar Ideen dazu. Die Menschen bevorzugen sichere und unbefristete Arbeitsverhältnisse, die müssen wir ihnen auch



Foto: Sadija Kavgić

anbieten. Das ist sicher nicht nur ein Frauenthema, es geht um die Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten – in diesem Fall sind das aber nun mal mehrheitlich Frauen. Und auch die wenigen Männer, die dort arbeiten, werden davon profitieren. Das Verknüpfen von Frauen- und Geschlechterfragen mit sozialen und arbeitsbezogenen Fragen – dabei denke ich an Lohnarbeit wie an reproduktive Arbeit – wird genauso zu meinen Schwerpunkten gehören wie das Thema körperliche und sexuelle Selbstbestimmung.

Apropos Männer. Sie sind Frauenbeauftragte. In den meisten anderen Bundesländern gibt es nur noch Gleichstellungsbeauftragte?

Ich höre öfters, dass manche Menschen das antiquiert finden. Ich verstehe, warum das historisch so gewachsen ist, dass es Frauenbüro heißt, und finde es okay. Wir haben auch eine Zuständigkeit für LGBTIQ¹ zugeschrieben bekommen, und das halte ich für eine sinnvolle Öffnung. Wenn es Gleichstellungsbüro hieße, müssten hier in meinen Augen allerdings noch viel mehr Aufgaben

bearbeitet werden, Gleichstellung beinhaltet ja nicht nur Geschlechterfragen. Deshalb bin ich jetzt zwar Frauenbeauftragte und damit in meinem Kompetenzbereich, ich bemühe mich aber, Geschlecht mit anderen Themen zusammen zu betrachten. Die Geschlechterfrage lässt sich zum Beispiel nicht getrennt von der sozialen Frage und von anderen Diskriminierungsformen denken. Letztlich ist mir da ehrlich gesagt wichtiger, was für Arbeit ich mache, als welchen Titel ich trage.

Frauen im Saarland verdienen laut Statistik der Arbeitskammer fast 20 Prozent weniger brutto für dieselbe Arbeit als ihre männlichen Kollegen. Brutal sind die Unterschiede bei den Renten, Frauen stehen im Durchschnitt 532 Euro und Männern 1.245 Euro monatlich zu. Ist das ein Naturgesetz?

Auf keinen Fall. Ganz wenig am Geschlechterverhältnis halte ich für naturgegeben, das meiste davon ist eine gesellschaftliche Frage. Wo genau die Linie verläuft, darüber streitet sich die Wissenschaft, darüber streitet sich ja auch die Gesellschaft. Die Leute argumentieren ganz gerne so nach dem Motto: »Ja, aber die Frauen wollen ja nicht, und das liegt in der Natur, und ein Kind braucht seine Mutter.« Ich denke, wenn wir nur in so einer Schiene denken, alle Unterschiede für natürlich halten und dazu noch den Fehlschluss ziehen, »natürlich« sei gleichzusetzen mit »richtig und gut«, dann können wir nichts zum Besseren verändern. Selbst bei meiner Arbeitgeberin, die fast 3.500 Menschen beschäftigt, davon laut Personalstatistik mehr als die Hälfte Frauen, gibt es eine klare Unterrepräsentanz der Frauen in höheren Entgeltgruppen. Das zu ändern wird nicht die gesamtgesellschaftliche Emanzipation bringen, aber in der Welt, in der wir leben, ist es ein wichtiges Teilziel.

Die Universität des Saarlandes hat im letzten Jahr einen Soziologieprofessor berufen, der behauptet, dass die Gleichstellung von Männern und Frauen in Deutschland im Wesentlichen bereits vollzogen ist bzw. dass Männer bei der Besetzung von Universitätsstellen sogar benachteiligt werden. Dabei belegt die Saar-Uni mit 23 Prozent Frauenanteil bei Professuren deutschlandweit den letzten Platz.

Ein Soziologieprofessor sollte schon Ahnung von Statistik haben, und wer eine Ahnung von Statistik hat, der kann selbst

ablesen, dass die Gleichstellung nicht verwirklicht ist. Die neoliberale Erzählung davon, dass doch alle erreichen können, was sie möchten, wenn sie sich nur genug anstrengen, und dass Männer und Frauen aus freien Stücken unterschiedliche Lebenswege wählen, ist eine Erzählung, die den Status quo verteidigt, ohne ihn zu reflektieren. Typen, die solche Thesen vertreten, sind genau ein Grund, warum wir Frauenbeauftragte brauchen.

Welche Erfahrungen haben Sie mit dieser Uni?

Ich kenne fast nur die Mensa und die Bibliothek. Da mein Abi zu schlecht für das Psychologiestudium in Deutschland war, war ich gezwungen (lacht) in Luxemburg, Spanien und der Schweiz zu studieren. Danach durfte ich in Deutschland promovieren, aber an der UdS habe ich nur nebenbei mal ein paar Kurse in Philosophie belegt.

Ihr Glück vielleicht?

Ja, voll. So war ich auch mal raus aus dem Saarland und jetzt kann ich Statistik auch auf Französisch machen, das hätte ich hier nicht gelernt.

Ist denn Gewalt gegen Frauen noch ein Thema? Bzw. sind die Frauenhäuser und Notruftelefone noch notwendig?

Die Belegung der Frauenhäuser spricht dafür. Allein seit Januar habe ich von mindestens vier Fällen im Saarland gelesen, in denen von häuslicher Gewalt oder Beziehungsdrama geschrieben wird, wobei ich die als Femizid² oder als versuchten Femizid bezeichnen würde. Das wird als solches nicht erkannt, weil die Leute keinen Blick dafür haben, aber ich sehe das ganz klar.

»Verbale Anspielungen und ungewollte Berührungen« – so wurden die massiven Vorwürfe von Frauen der Jungen Union gegen ihren nun ehemaligen Landesvorsitzenden verniedlicht. Wie verbreitet ist diese Form der sexualisierten Gewalt?

Das passiert täglich, das passiert überall. Es gibt diese Statistik, jede dritte Frau erlebe das im Laufe ihres Lebens, aber ich glaube, es gibt eine große Dunkelziffer. Ich habe am 8. März eine kurze Rede zum Internationalen Frauentag gehalten und beschrieben, was mich motiviert, Frauenbeauftragte zu sein. Als ich da stand, konnte ich berichten, dass genau das

mir letzten Samstag passiert war. So verbreitet ist das, wenn eine Frau sich im öffentlichen Raum bewegt. Was jetzt nicht das Problem in der Jungen Union relativieren soll, aber solches Verhalten ist allgegenwärtig.

Gibt es Strukturen, die besonders anfällig sind?

Ich glaube, wenn in diesen Diskussionen nur auf die bestimmte Partei oder bestimmte Institutionen abgestellt wird, dann verengt man den Blick zu sehr auf, ja, dort passiert es, aber bei uns gibt es das nicht. Die meisten Fälle finden ja in den Familien statt, im bekannten Umfeld, da sind die Täter Menschen, denen die Betroffenen zuvor vertraut haben. Ich halte das in allen Fällen für eine Machtfrage, weil sexuelle Belästigung, sexualisierte Gewalt bis hin zur Vergewaltigung immer auch was mit Macht zu tun hat. Und Machtgefälle haben wir überall in der Gesellschaft. Davor sind wir nirgends völlig geschützt, und die Täter gibt es überall.

Gibt es einen Ratschlag für die Frauen, die so etwas erleben? Wie sollten sie darauf reagieren?

Es gibt Betroffene, die wollen sich der Situation einfach entziehen, dann ist das okay, wenn sie sich entziehen können. Es gibt Betroffene, die wollen sich körperlich wehren, die sollen sich körperlich wehren. In jedem Fall ist es schwer, Ratschläge zu geben, weil die Situationen unterschiedlich sind und die Personen auch. Was ich mich traue zu generalisieren, ist meine Annahme, dass es besser ist, wenn man damit nicht alleine bleibt. Wenn man Menschen findet, die einem in irgendeiner Form helfen können. Das kann so was Offizielles wie der Frauennotruf sein, das können FreundInnen sein. Ich würde aber lieber weniger darüber sprechen, was Frauen in diesen Situationen tun sollten, sondern was auf Täterseite passieren sollte. Fest steht: Die Männer müssen lernen, keine Täter zu werden.

Wie sollen die das schaffen?

Wir müssen gesellschaftliche Strukturen verändern, die es attraktiv machen, die Machtpositionen auszunutzen und andere herabzuwürdigen. Das ist etwas, das nicht allein aus dem Frauenbüro, generell nicht allein aus den Institutionen heraus passieren kann. Wenn wir das nicht tun, werden alle Maßnahmen nur eine notwendige Symptombekämpfung bleiben.

Hilft der Umstand, dass immer mehr Frauen in Spitzenämtern und Führungspositionen sind?

Da bin ich zwiegespalten. Wenn Frauen in Machtpositionen kommen, heißt es nicht, dass automatisch alles besser wird. Sicher sollten Menschen aller Geschlechter die Chance haben, wichtige Posten zu besetzen, aber letztlich müssen sich die Strukturen der Ungleichheit verändern.

Anfang des Jahres forderten die saarländische SPD und CDU von der Bundesregierung, gewaltbetroffenen ausländischen Frauen einen eigenständigen, vom gewalttätigen Ehepartner unabhängigen Aufenthaltstitel gemäß der Istanbul-Konvention zu gewähren. Wie ist die Situation im Saarland?

Ich finde, Menschen, die aus einer elenden Lebenssituation flüchten, sollten bei ihrer Ankunft einen gesicherten Aufenthaltsstatus und BürgerInnenrechte bekommen. Das würde diese Überlegungen und umständliche Prozeduren überflüssig machen.

Jedes Jahr findet weltweit am 14. Februar die Aktion »One Billion Rising« statt. Damit soll auf die Gewalt gegen Frauen aufmerksam gemacht werden. Verschiedene Frauengruppen reagierten enttäuscht auf Ihre Entscheidung, die diesjährige Aktion in Saarbrücken nicht zu unterstützen. Was waren Ihre Gründe?

Ich hatte mich bisher mit »One Billion Rising« nicht wirklich beschäftigt und habe spontan, als ich gefragt wurde, gesagt, dass ich dort ein Grußwort sprechen könne, weil das bei meinen Vorgängerinnen so Usus war. Bei der Vorbereitung wurde mir klar, dass ich sehr zwiegespalten bin, weil mir einerseits das Thema am Herzen liegt, andererseits die Aktionsform und die Außenwirkung für mich nicht dazu passen. Die Veranstaltung wurde beworben mit Parolen wie »Lasst uns das Saarland rocken!« und »Das Ende jeglicher Gewalt wird herbeigeführt, wenn wir uns zusammenschließen [...]« – das erschien mir unangemessen und wenig realistisch, um gegen Gewalt an Frauen vorzugehen.

Ich hatte Bauchschmerzen, weil ich meine neuen Netzwerkpartnerinnen im FrauenForum nicht verprellen wollte, aber gleichzeitig richtig körperlich gespürt habe, dass ich auf dieser Veranstaltung nicht stehen will. Ich habe deshalb meine Absage mit einer kurzen Begründung an den Verein Frauenmantel

gesendet, die »One Billion Rising« in Saarbrücken federführend organisieren.³ Wir hatten im Anschluss dann noch ein Gespräch, bei dem wir über die Veranstaltung, meine Kritik und die Sichtweise der Organisatorinnen gesprochen haben. Ich hoffe, dass es mir am Ende gelungen ist, meine Haltung zu vermitteln – freundlich und ehrlich gegenüber den Personen, kritisch und klar in der Sache. Zum Glück bin ich ja nicht alleine, meine Kollegin aus dem Frauenbüro war auf dem St. Johanner Markt dabei und hat die Veranstaltung unterstützt, das war für uns intern ein guter Kompromiss. »One Billion Rising« wird nicht meine Veranstaltung sein, aber alle, denen das guttut, die sollen es machen.

Gemessen an der medialen Aufmerksamkeit scheinen zurzeit KO-Tropfen das größte Problem der Frauen im Saarland zu sein.

Dass diese Kampagne, die vom Sozialministerium finanziert wird, so sichtbar ist, liegt in weiten Teilen an dem Engagement der Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Frauenbeauftragten. Es ist ein sehr wichtiges Thema, das viele junge – allerdings nicht nur junge – Menschen betrifft. Das Zeug ist gefährlich und nur kurze Zeit nachweisbar, und wir kennen die Fälle, in denen Leute nicht einordnen konnten, was ihnen passiert ist, und in denen sie von der Polizei weggeschickt wurden, sodass keine Spurensicherung erfolgen konnte. Da besteht ganz offensichtlich Aufklärungsbedarf, und mit der Kampagne gelingt das gerade ganz gut.

Das heißt nicht, dass KO-Tropfen unser einziges oder größtes Problem sind, es ist aber ein sehr realitätsnahes, greifbares Problem. Leider ist es aber so, dass die öffentliche Aufmerksamkeit mit der Komplexität und Abstraktheit der Themen sinkt. Die gleiche Arbeitsgemeinschaft hat am internationalen Frauentag auch einen Vortrag und eine Fachtagung zur UN-Frauenrechtskonvention organisiert, da gab es leider weniger Resonanz.

Was haben Sie als Nächstes vor?

Wir planen aktuell den im November stattfindenden FrauenThemenMonat, das Thema wird sein: Fem*life – Feminismus in allen Lebensphasen. Was bedeutet Feminismus, was bedeutet Frauenpolitik für Menschen aus verschiedenen Generationen, verschiedenen Alters und in verschiedenen Lebensphasen? Es

macht mir Freude, inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, die das Potenzial haben, möglichst viele Menschen mitzunehmen. Auch möchte ich Beteiligungsprozesse für anstehende Entscheidungen anstoßen.

Welche Entscheidungen?

Es fängt schon bei simplen Sachen an, wie die bevorstehende jährliche Frauenversammlung der städtischen Beschäftigten. Da saßen meine Kollegin und ich gerade zu zweit zusammen und haben überlegt, welche Themen wohl für die große Zielgruppe interessant wären. Bislang gibt es keinen Rahmen, in dem wir die rund 1.500 anderen Kolleginnen dazu befragen könnten, aber da sind wir auf der Suche, und ich bin guter Dinge, dass wir Möglichkeiten finden, stärker in Kontakt zu treten.

Wie sieht es mit Social Media aus?

Bisher gibt es viele Drucksachen im Frauenbüro. Mir würde es schon gut gefallen, wenn wir auch einen Social-Media-Kanal betreiben würden, weil es leichter wäre, nach außen zu kommunizieren. Zurzeit bin ich dabei, immerhin unsere Website zu überarbeiten, und werde dort bald regelmäßig schreiben.

Auf Ihre Beiträge sind wir gespannt. Danke für das Gespräch.

Anmerkungen

- 1 LGBTIQ – Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexual, and Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender und queer).
- 2 Mord aus Frauenhass.
- 3 Über den Verein »Frauenmantel – Frau im Zentrum e.V.« schrieb Isabelle Bastuck den Text »Mystikerinnen im Feminismus« im Heft Nr. 123.

Lisa Schneider wurde in Homburg geboren. Sie studierte Psychologie in Luxemburg, Spanien und der Schweiz. Sie arbeitete in der Unternehmensberatung und als wissenschaftliche Mitarbeiterin und hat sich im Rahmen ihrer Promotion an der Universität in Trier mit (Geschlechter-)Stereotypen und Vorurteilen auseinandergesetzt. Sie engagiert sich seit Jahren feministisch und beteiligt sich an Initiativen gegen rechtsradikale Gewalt.

»So ist das Leben!«

Hilfe für Frauen, die Gewalt erleiden

Von Sadija Kavgić

»Ist Luisa hier?« Eine Frau, die sich in einer Gaststätte oder Diskothek bedroht fühlt, kann sich mit dieser Frage an das geschulte Personal wenden. Im Idealfall weiß dann dieses, was zu tun ist. Der Frauennotruf in Münster hat 2016 dieses Projekt gegen sexuelle Belästigung entwickelt. Wie viele andere Städte hat sich auch Saarbrücken dem angeschlossen. Hier verzögerte sich die Umsetzung, weil während der Pandemie keine Schulungen stattfinden konnten. In anderen Orten gibt es ähnliche Angebote. Manche Lokale übernehmen den »Angel Shot« – eine weltweit verbreitete Bestellung an der Theke, die signalisieren soll: Ich brauche Hilfe!

Hüte dich vor deinem Nächsten

Es gibt wenige Frauen, die in ihrem Leben nicht von einem Mann bedrängt wurden. Es sind allerdings weniger Fremde, die für sie eine Bedrohung darstellen, sondern vor allem Männer aus ihrem Bekanntenkreis. Dieses Erkenntnis ist nicht neu. Dennoch sind Frauen überrascht, wenn es ihnen dann doch passiert. Die Hälfte der 2021 in Deutschland erfassten Opfer der sogenannten Partnerschaftsgewalt lebte, laut Bundeskriminalamt (BKA), zusammen mit der tatverdächtigen Person in einem gemeinsamen Haushalt. Die »vorsätzliche einfache Körperverletzung« steht dabei mit 60 Prozent aller 118.148 erfassten Fälle an erster Stelle. Die saarländische Polizei verzeichnete 2022 einen Anstieg häuslicher Gewalt um fast 20 Prozent. Dabei ist die Dunkelziffer viel höher. Die Polizei nimmt an, dass etwa 85 Prozent solcher Straftaten nicht gemeldet werden!

Der FrauenNotruf Saarland hält deswegen die Aufklärung der Öffentlichkeit und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen, wie Polizei und Justiz, Ärztinnen und Therapeutinnen für besonders wichtig.

»Selbstverständlich ist die Beratung der betroffenen Frauen unsere erste Aufgabe.



Schnappschuss aus einem Kölner Lokal
Foto: Dženana Kavgić

Deshalb versuchen wir, die Hilfe möglichst niedrigschwellig anzubieten, beraten auf Wunsch der Frau auch anonym«, betont Anne Heid, Mitarbeiterin des FrauenNotrufs gegenüber den Saarbrücker Heften. »Aber Gewalt ist nicht nur die Sache des Opfers, sondern ist ein Problem unserer Gesellschaft, über das wir informieren müssen. Das Problem ist die fehlende Gleichberechtigung und Anerkennung der Frau.«

Auch bei Vergewaltigung und sexueller Nötigung verzeichnete das BKA 2022 einen Anstieg von über 20 Prozent.

»Wenn eine Frau vergewaltigt wurde, ist die Vertrauliche Spurensicherung das Wichtigste«, erklärt Heid »um den Täter vor Gericht zu bringen und verurteilen zu können. Wenn sich eine Frau entscheidet, ihren Vergewaltiger anzuzeigen und ihn vor Gericht zu bringen, dann bieten wir ihr psychosoziale Hilfe und Prozessbegleitung an.«

Beratungsnetzwerk

Für die von Gewalt betroffenen Frauen gibt es ein »Hilfetelefon bei Gewalt gegen Frauen«, so der offizielle Name der bundesweiten Einrichtung. Bei diesem wurden im ersten Corona-Jahr 15 Prozent mehr Anrufe registriert. Im Saarland erfasste der Frauennotruf einen Anstieg von 16 Prozent. Therapie Interkulturell, eine weitere Beratungsstelle, die sich um die Opfer häuslicher Gewalt im Saarland kümmert, verzeichnete auch in Folgejahren einen deutlichen Anstieg. Diese Beratungsstelle wurde vor 26 Jahren zur Unterstützung missbrauchter Frauen aus dem Jugoslawien-Krieg gegründet. Hierfür wurden auch Dolmetscherinnen gebraucht, deren Zahl sich im Laufe der Jahre erhöht hat. Zurzeit stehen dem Beratungsnetzwerk 170 Dolmetscherinnen für 44 Sprachen zur Verfügung. Seit 22. Februar 2022 sind auch mehrere Dolmetscherinnen für Ukrainisch dabei.

»Bisher wandte sich nur eine Ukrainerin wegen häuslicher Gewalt an uns und noch keine, die im Krieg vergewaltigt wurde. Was sich für die Ukrainerinnen auf jeden Fall positiv auswirken wird, ist die Möglichkeit zu arbeiten und das Recht, sich frei in der Bundesrepublik zu bewegen«, erzählt Beraterin Yasmin Dahy. »Wir erwarten die gleiche Entwicklung, wie es bei den bosnischen Familien war«, prognostiziert Beraterin Zinaida Hajric. »Die Männer kommen traumatisiert aus dem Krieg und dann führen unterschiedliche Anlässe zur Gewalt in der Familie.«

Neben dem FrauenNotruf und Therapie Interkulturell gehören zum Netzwerk auch vier Frauenhäuser und das Elisabeth-Zillken-Haus, die als Zuflucht für Frauen und Kinder zur Verfügung stehen, sowie die Interventionsstelle für häusliche Gewalt, die Frauen Hilfe nach einem Polizeieinsatz bietet. Dabei ist auch die Beratungsstelle »Aldona«. Diese wurde gegründet als Hilfsstelle für Frauen, die als Prostituierte arbeiten. Heute berät »Aldona« auch Migrantinnen, gleich, ob sie legal oder illegal hier leben. Auch Frauen, die von Zwangsverheiratung bedroht sind, können sich an »Aldona« wenden. Alle diese Einrichtungen haben ein gemeinsames Ziel: Soforthilfe für Frauen, Schutz vor weiterer Gewalt und Unterstützung beim Aufbau eines selbstbestimmten und angstfreien Alltags.

Das älteste Opfer ist 72

Bei den Tatverdächtigen (65,6 Prozent) wie auch bei den Opfern (70 Prozent) der Partnerschaftsgewalt handelt es sich mehrheitlich um deutsche Staatsangehörige. Dies zeigt die Auswertung des BKA aus 2021. Innerhalb der Einwanderergruppe ohne deutschen Pass dominierten syrische Staatsangehörige mit 29,0 Prozent (1.479) vor afghanischen mit 14,9 Prozent, irakischen mit 9,6 Prozent, nigerianischen mit 7,2 Prozent und weitere.

Eine ähnliche Entwicklung ist 2022 auch bei Therapie Interkulturell zu beobachten: Hier wurden Frauen aus 37 Nationen beraten. Es dominierte die Altersgruppe zwischen 31 und 40 Jahre. Die älteste Klientin war eine 72-jährige Deutsche aus dem Regionalverband. Am häufigsten suchten die aus Syrien stammende Frauen (37 Prozent) die Beratungsstelle auf.

»Was wir beobachten können, ist, dass Frauen aus Syrien mehr als die aus Afghanistan ihre Chance hier nutzen wollen, aus einer Ehe auszusteigen«, sagt Dahy und erklärt: »Eine Frau, die bis dahin nur von ihrem Mann abhängig war, denkt: Ich muss erst die Sprache lernen, oh du lieber Gott, ich war noch nie in der Schule, fange jetzt mit Alphabetisierung an, bis ich hier irgendeinen Brief lesen kann, das dauert. Sie traut sich wenig zu und denkt an ihre Mutter, die ihr auch immer gesagt hat: ›So ist das Leben!‹«

Kreislauf der Gewalt

Die »einfache« Ohrfeige wird in der Gewaltstatistik gerade rasant von digitaler Gewalt und Stalking eingeholt. Nach Gewalt, Trennung und Scheidung glaubt die Frau in ihrer eigenen Wohnung, in der sie endlich mit ihren Kindern lebt, sie habe es überstanden. Aber plötzlich beginnt ein neuer Kreislauf der Gewalt. Der ehemalige Partner beginnt, ihr nachzustellen, und verfolgt sie in ihrem Alltag. »Das ist eine schlimme Situation für die Frau«, bestätigt Dahy »die dadurch jede Hoffnung auf ein neues Leben verliert.«

Auch digitale Gewalt ist für Frauen ein zunehmendes Problem. Sie wird anonym über soziale Netzwerke, etwa durch die Verbreitung von Fotos verleumdet. Sie kann zwar Anzeige erstatten, aber die Ermittlungen sind

schwierig und verlaufen fast immer ergebnislos. Die Beratungsstellen können nur versuchen, das Selbstbewusstsein der Frau zu stärken und ihr zu helfen, ihre Scham abzulegen.

Bei den Opfern weckt die erlebte Gewalt oft Erinnerungen an vorangegangene Gewalt, beispielsweise sexueller Missbrauch in der Kindheit. Dies verschärft die persönliche Krisensituation. In diesem Fall kann eine psychologische Therapie helfen. Die Therapieplätze sind jedoch rar und besonders für die Frauen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, schwierig zu bekommen.



»Was Gott weiß, soll die Welt auch erfahren«

Eine Frau berichtet über erlittene Gewalt

Niedergeschrieben von Sadija Kavgić

Über Gewalt wurde nie gesprochen. Wenn du mal verprügelt wirst, musst du schweigen, damit niemand etwas hört oder erfährt. Als wir noch in einem Dorf in Bosnien lebten, hat er mich einmal so verprügelt, dass mir dieses Auge nach unten gehangen hat, alles war schwarz, und hier habe ich (zeigt auf den Brustkorb) ein Loch, dort, wo er mich mit der Faust getroffen hatte. Ist bis heute sichtbar, wenn ich im Sommer etwas Offenes trage. So, wie er mich geschlagen hatte, ist einfach eine Delle geblieben. Viele Jahre später fragte er mich: »Was ist denn das auf deiner Brust?«

»Das«, sagte ich, »ist deine Faust.«

Damals waren die Nachbarn gekommen, haben gefragt: »Was ist, was hast du denn?« Da log ich: »Ich habe Holz gehackt, und ein Stück hat mich getroffen.« Die Wahrheit darfst du nicht sagen. Ich kann nicht sagen, dass ich Angst vor ihm hatte. Aber ich hatte keine Arbeit, hatte drei Söhne gehabt, der jüngste war vielleicht vier Monate alt. Ich stillte ihn noch. An jenem Tag hatte ich ein weißes Kleid mit roten Punkten an. Seine Brüder waren extra aus Slowenien zur Zwetschgenernte angereist. Den ganzen Tag hatten wir das reife Obst eingesammelt. Meine Schwiegermutter wollte, dass daraus gleich auch Marmelade eingekocht wird, damit ihre Söhne, die am nächsten Tag zurückfahren sollten, sie mitnehmen könnten. Der Riesentopf mit Zwetschgen kam dann erst spät auf den Holzherd. Die Männer schauten im Zimmer nebenan ein Fußballspiel im Fernsehen an. Und gingen danach schlafen. Auch das Baby schlief auf der Couch im Wohnzimmer, ich kümmerte mich um das Feuer und rührte gleichzeitig die Marmelade um, damit sie nicht verbrannte. Es war schon nach Mitternacht. Eine heiße Sommernacht. Der Fernseher lief noch. Etwa um ein Uhr, als die

Marmelade fast fertig war, wollte ich das Baby umziehen und stillen, damit ich mich auch schlafen legen konnte. Ich steckte ein Stück Holz in den Herd und drosselte die Luftzufuhr. Ich beugte mich über die Couch, um das Kind in die Arme zu nehmen, da stürmte er plötzlich in das Zimmer rein, packte mich an meinen langen Haaren und fing an, mich zu schlagen.

Erste Begegnung

Ich hatte schöne Haare. Oft trug ich sie hochgesteckt und wurde mit Jovanka Broz, Titos Jovanka, verglichen. Ich war siebzehn, als ich ihn kennengelernt und geheiratet habe. Er war schon 26. Arbeitete als Ungelernter in Österreich. Seine Mutter lebte in einem nahe gelegenen Dorf. Sie war mit 29 mit fünf kleinen Kindern Witwe geworden. Ihre Brüder machten es sich zur Gewohnheit, nach jedem Trinkgelage zu ihrem Haus hinzugehen, um zu kontrollieren, »ob jemand bei ihr ist«. Als ich mit der achtjährigen Hauptschule fertig wurde, da war mein Vater schon tot, weigerte sich meine Mutter, mich in den nächstgelegenen Ort zu einer weiterführenden Schule zu schicken. Sie wollte verhindern, dass ich, wie meine ältere Schwester es getan hatte, einen Katholiken heiratete. Also blieb ich zu Hause. Es war der 29. November, als ich ihn kennengelernt habe. Tag der Republik. Ein zweitägiger Feiertag in Jugoslawien. Um Neujahr herum kam er wieder und fragte mich, ob ich ihn heiraten würde. Er würde mich dann mit nach Österreich nehmen. Ich willigte ein und ging zu ihm ohne das Wissen meiner Mutter. Damit war unsere spätere offizielle Hochzeit nur noch eine Formalie. Im März fuhr er wieder nach Österreich. Mich nahm er nicht mit. Ich sollte seiner Mutter mit dem Vieh und auf dem Land helfen. Da war ich schon mit dem ersten Sohn schwanger.

Niemand hilft

Ob er schlecht geträumt hatte oder dachte, dass ich mich mit jemandem unterhalte, weil der Fernseher lief, weiß ich nicht. Er schlug mich so, als ob ich ein Ball wäre. Ich spürte noch alles und hörte einen Schwager schreien: »Lass sie los, lass sie los, du bringst sie noch um!« Ich verlor das Bewusstsein. Als ich wieder zu mir kam, sah ich alles verschwommen. Ich betrachtete mein Kleid und konnte nicht erkennen, wo die roten Punkte waren und wo mein Blut.

Wie es später mit mir ging, weiß ich nicht mehr. Am nächsten Tag war niemand zu sehen. Ich war mit dem Kind allein. Als die Schwiegermutter aufgestanden war, sagte sie nichts. Meine beiden älteren Söhne, 11 und 15 fragten auch nichts. Sie machten sich fertig und gingen zur Schule. Kurze Zeit später kam meine Mutter. Der älteste Sohn war zur Post gelaufen, weil er sich nicht getraut hatte, das Haustelefon zu benutzen, hatte sie angerufen und gesagt: »Oma, komm zu uns, du musst sehen, wie Mama aussieht.«

Als die Ärmste mich sah, wurde sie verzweifelt und wütend. »Du hättest sie töten können!«, sagte sie, als er nach Hause kam.

»Das wollte ich, habe es aber doch nicht getan. Schade eigentlich.« Er grinste: »Sie kann nur ein Maurerhammer töten!«

Mindestens zehn Mal bin ich von ihm wegelaufen, aber nach kürzester Zeit wollte ich schnellstmöglich zu meinen Kindern zurück. Weder kannst du die Kinder zurücklassen noch mitnehmen. Wohin? Du hast gar nichts.

Der Krieg

Kurz vor Kriegsausbruch hatte ich eine Arbeitsstelle als Kurier in einer Fabrik angeboten bekommen. Meine Schwiegermutter wehrte sich: Wer soll sich um den Garten und um die Kühe kümmern, auf die Kinder aufpassen, Gäste empfangen, wer soll das alles machen, wenn die Schwiegertochter arbeiten geht! Am Ende kam mein Mann zurück aus Österreich und fing an, dort als Kurier zu arbeiten. Und dann brach der Krieg aus. In dieser Zeit ließ er mich in Ruhe, er hatte selbst Angst. Ich musste alles organisieren. Unsere Flucht nach Kroatien, danach nach Deutschland. Er hatte sich für nichts interessiert, sich

um nichts gekümmert. Wenn jemand gerufen hatte »Razzia!«, krümmte er sich zusammen und versteckte sich. Zweimal haben sie ihn in ein Lager gesteckt. Immer war ich es, die ihn da rausgeholt hat. Zumindest das gibt er immer zu: »Ohne dich hätte ich das Lager nicht überlebt.«

In Deutschland hat er mich nie geschlagen. Unsere erste Unterkunft in Deutschland war eine Schule. Dann zwei Heime. Früher hatte er nicht auf die Menschen gehört, die ihm zugeredet hatten, mich oder die Kinder nicht zu schlagen. Hier änderte sich das: »Ich werde dich nicht schlagen, aber ich werde dich psychisch töten«, drohte er. Der Psychoterror, den ich erdulden musste, der war genauso schlimm wie die Prügel selbst.

Das Frauenhaus

Er ist krankhaft eifersüchtig. Sogar wenn ich meinen ältesten Sohn an die Hand nahm, meinte er: »Warum hängst du dich bei ihm ein, er ist nicht dein Mann!« Er schlich um jede Arbeitsstelle herum, wo ich gearbeitet habe. Kontrollierte, ob ich bei der Arbeit bin. Spähte aus, was ich da tue. Wenn ich mein Auto anderswo als üblich geparkt hatte, rastete er aus. Er warf mir vor, zu lügen und ihn zu betrügen. Tagelang redete er kein Wort mit mir. Ich war vor Kummer ganz ausgetrocknet, sah wie eine alte Bohnenstange aus. Meine Schilddrüse rebellierte. Meine Ärztin lud ihn zum Gespräch ein. »Sie ist meine Frau, ich mache mit ihr, was ich will!«, schrie er und schlug auch ihr die Tür vor der Nase zu. Sie sagte zu mir: »Wenn du bei diesem Mann bleiben solltest, ist das Einzige, was du erwarten kannst, dass er dich oder du ihn erschlägst.«

»Dein Mann war hier«

Eines Tages rief ich das Frauenhaus an. Sie nahmen mich auf und organisierten einen Termin bei der Rechtsanwältin. Wir stellten gleich einen Scheidungsantrag. Während ich mich im Frauenhaus aufhielt, ließ er sich einen Wohnungsschlüssel nachmachen. So konnte er – nachdem er ausziehen und der Polizei seine Schlüssel aushändigen musste – trotzdem weiterhin in die Wohnung

reinkommen. Immer wenn ich nach Hause kam, erzählte mir die Nachbarin: »Dein Mann war hier.«

Nachdem er den jüngsten Sohn erfolgreich erpresst hatte, zu ihm zu ziehen, kündigte ich alle meine Arbeitsstellen. Wozu sollte ich noch arbeiten? Damals hatte ich noch gut Geld verdient, besaß aber nichts. Er hatte hier, in Deutschland, nie gearbeitet. Ich umso mehr. Neben einer Vollzeitstelle einige private Putzstellen. Nie war er dagegen, wenn ich eine neue Arbeit aufgenommen habe. Ich hatte so viel Geld verdient. Und gab ihm alles. Wir bauten in Bosnien für unsere Söhne. Als Eigentümer ist nur er eingetragen.

Ich tauschte die große Wohnung gegen eine kleinere um und wohnte allein im Erdgeschoss. Dort schlich er immer herum. Ich bat den mittleren Sohn, dafür zu sorgen,

dass er nicht mehr kommt. Der Sohn meinte: »Er kommt nicht. So interessant bist du auch nicht!« »Okay, dann werde ich, wenn er das nächste Mal kommt, die Polizei anrufen.« Und so war es. Ich telefonierte per Skype mit meiner Schwester, wir redeten laut. Es musste ihm so vorgekommen sein, als wäre meine Wohnung voller Menschen. Ich hörte ein Geräusch am Fenster. Er hatte wohl versucht, den Rollladen hochzuziehen, um zu sehen, was drinnen los ist. Ich ging zum Bad, öffnete rasch das Fenster und sah ihn. Er flüchtete. Ich rief die Polizei. Sie erwischten ihn irgendwo auf der Straße. Seitdem hat er ein Annäherungsverbot. Zur Sicherheit bin ich nochmals umgezogen, zwei Stockwerke höher. Der Jüngste zog nach einem Monat wieder zu mir um. Jetzt studiert er im Ausland. Und ich habe endlich meine Ruhe.



FÜR SIE IM
SAARLAND
UND **BERLIN**
UNTERWEGS
FÜR UNSERE
REGION

JOSEPHINE ORTLEB
IHRE BUNDESTAGSABGEORDNETE

MELDEN SIE SICH! 0681 510 60 📞
JOSEPHINE.ORTLEB.WK@BUNDESTAG.DE ✉️
MAINZER STR. 5, 66111 SAARBRÜCKEN 📍
WWW.JOSEPHINE-ORTLEB.DE 🌐

Formal gleich – sozial ungleich

Über die ökonomische und soziale Benachteiligung von Frauen

Von Jonas Boos und Céline Groß

Vor 65 Jahren, am 1. Juli 1958, trat das sogenannte Gleichberechtigungsgesetz in Deutschland in Kraft. Damit wurde die rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Mann erreicht. Längst gibt es überall Gleichstellungs- oder Frauenbeauftragte, Frauenförderung und -quoten, Frauenlehrstühle und -forschung. Abgesehen von Kunstfiguren aus dem Gangsta-Rap, religiösen FundamentalistInnen und konservativen Hardlinern, die nach wie vor am traditionellen Familienbild festhalten, gibt es in Deutschland immer weniger Stimmen, die Frauen nicht als vollwertige und selbstbestimmte Mitglieder der Gesellschaft ansehen. Rechtlich und moralisch scheint also der Wille zur Gleichstellung da zu sein, die ökonomische und soziale Gleichstellung ist jedoch noch längst nicht erfolgt:

- » Frauen im Saarland sind deutlich häufiger einem Armutsrisko (19,3 Prozent) ausgesetzt als Männer (15,8 Prozent). Insbesondere alleinerziehende Personen, welche zu über 80 Prozent weiblich sind, sind betroffen (45 Prozent).
- » Über 88.000 der weiblichen Beschäftigten im Saarland arbeiten in Teilzeit, was einer Teilzeitquote von 48,6 Prozent bei Frauen entspricht. Von den männlichen Beschäftigten sind lediglich 10,5 Prozent in Teilzeit tätig.
- » Über 34.200 Frauen arbeiten ausschließlich als »Minijobberinnen« – damit werden rund 60 Prozent aller Minijobs im Saarland von Frauen ausgeführt.
- » Der Anteil von Frauen, die im Saarland zu Niedriglöhnen arbeiten müssen, ist mit 27,6 Prozent erheblich größer als bei Männern (16 Prozent).

- » Der sogenannte *Gender Pay Gap* – also der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Stundenlohn von Frauen und Männern – liegt im Saarland bei 18 Prozent.

Ursachen der Ungleichheit

Die Diskussion um den Gender Pay Gap wird bereits seit Jahren geführt. Um die geschlechtsspezifische Lohnlücke zu erklären, werden verschiedene Faktoren vorgebracht: Frauen unterbrechen ihr Erwerbsleben häufiger – meist aus reproduktiven Gründen (Kindererziehung, Essenszubereitung, Wäsche etc.) –, arbeiten nach dem Wiedereinstieg oft in Teilzeit oder Minijobs und haben daher geringere Chancen auf einen innerbetrieblichen Aufstieg oder Führungspositionen. Auch ihre Berufswahl unterscheidet sich von der der Männer: Über die Hälfte der sozialversicherungspflichtigen Frauen im Saarland arbeitet in den fünf Branchen: Gesundheitswesen, Einzelhandel, Öffentliche Verwaltung, Sozialwesen/Heime sowie Erziehung und Unterricht (knapp 100.000 Personen). Da die Anteilswerte von Frauen innerhalb dieser Bereiche teilweise bei über 70 Prozent liegen (siehe Grafik), wird häufig von *frauenspezifischen Branchen* gesprochen.

Die Beschäftigungsschwerpunkte von Männern hingegen liegen in den saarländischen Schlüsselindustrien sowie im Baugewerbe (ca. 69.000 Personen). Diese sogenannten *männerspezifischen Branchen* zeichnen sich durch hohe Tarifbindung, starke Mitbestimmung und einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad aus. Entsprechend sind die Löhne vergleichsweise hoch:

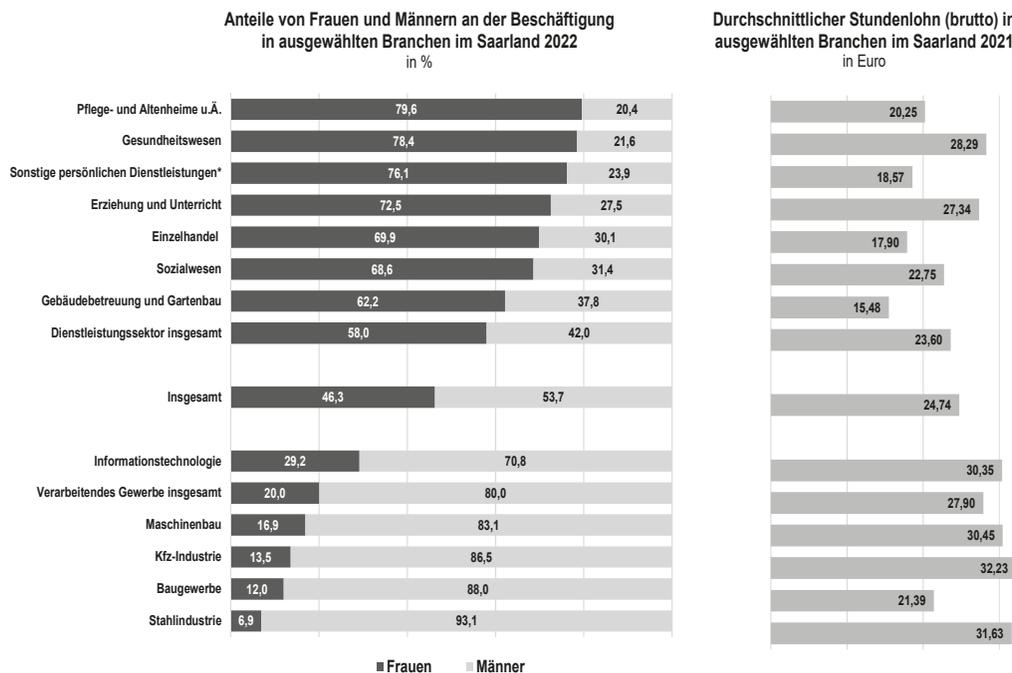
Die Bruttostundenverdienste liegen in der saarländischen Kfz-Industrie bei 32,23 Euro. In Pflege- und Altenheimen wird Arbeit hingegen mit 20,25 Euro um knapp 12 Euro weniger entlohnt (-37,2 Prozent).

Diese geschlechtsspezifischen Arbeitsbereiche können auf ökonomische, soziale, kulturelle und historische Faktoren zurückgeführt werden. Aus ökonomischer Perspektive gehen aus der vorherrschenden Art und Weise der gesellschaftlichen (Re-)Produktion spezifische Anforderungen an die Menschen einher. Zum einen braucht es Menschen im produzierenden Bereich, die möglichst effizient und rational handeln und dadurch geeignet sind, im Konkurrenzkampf erfolgreich zu sein und Profite zu erzielen. Um solchen Anforderungen gerecht zu werden, müssen eigene Bedürfnisse und Emotionen zurückgedrängt werden. Zum anderen braucht es Menschen, die sich um die reproduktiven Aufgaben außerhalb der ökonomischen Sphäre kümmern. Aufgrund von biologischen Faktoren wie der Gebärfähigkeit, aber auch aufgrund von historisch und kulturell geprägten Vorurteilen und Stereotypen werden diese beiden Bereiche der (Re-)Produktion männlich und

weiblich verteilt: Männlichkeit wird als effizient und rational, Weiblichkeit als emotional und fürsorglich definiert. Entsprechend erfolgt die Aufteilung der Tätigkeiten. Dabei gilt, dass die reproduktiven Tätigkeiten der Frauen zwar notwendig sind, aber keinen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Diese »weiblichen« Tätigkeiten werden systemisch abgewertet. Ihre Arbeitsplätze sind in der Regel schlecht ausgestaltet und unterbezahlt.

Doppelbelastung der Frauen

Grundsätzlich gilt: Unabhängig des Geschlechts geht es den Unternehmen darum, aus den Arbeitsleistungen ihrer ArbeiterInnen einen möglichst hohen Gewinn zu erzielen. Sie bezahlen daher nur so viel, wie unbedingt notwendig. Es kümmert ArbeitgeberInnen weder, ob und wie gut ihre Arbeitskräfte ihren Lebensunterhalt bestreiten; noch, ob sie damit ein befriedigendes Leben führen können. Das sind Probleme, die die Lohnabhängigen eigenständig im Privaten zu lösen haben. Die Benachteiligung von Frauen zeigt



Quellen: BA (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.06.), Statistisches Landesamt Saarland (Bruttostundenverdienste vollzeitbeschäftigter ArbeitnehmerInnen)

*Anm: Sonstige persönliche Dienstleistungen: u.a. Wäschereien, Bestattung, Frisör- und Kosmetikstudios, Sauna und Bäder etc.

Grafik: Jonas Boos

sich beispielhaft in der noch immer gesellschaftlich glorifizierten und politisch geförderten Lebensform der Kleinfamilie Mann–Frau–Kind(er): Selbst wenn sich Frau und Mann die Lohnarbeit und die Hausarbeit grundsätzlich frei aufteilen könnten – spätestens wenn Nachwuchs kommt, entstehen neue Zwänge: Um den zusätzlichen finanziellen Bedarf zu decken, ist ein verstärkter Einsatz für die Karriere notwendig, gleichzeitig sind die wachsenden Anforderungen der Familienarbeit zu erfüllen. Wenn die Entscheidung zwischen Beruf oder Familie notwendig wird, reproduziert sich trotz aller Emanzipation die traditionelle Rolle des männlichen Hauptverdieners und die Rolle der überwiegend für die Sorge- und Reproduktionsarbeit zuständigen Frau, die heute gleichwohl auch arbeiten gehen muss. Dabei gilt meist: Der Lohn der Frau dient als Nebeneinkunft. Und wenn nicht, führt er häufig in Armut – besonders drastisch zeigt sich dies am Beispiel alleinerziehender Mütter.

Heute gelten Frauen als emanzipiert und stark, wenn sie Sorge- und Erziehungsarbeit und die Berufstätigkeit »unter einen Hut bringen«.

Dadurch entsteht für Frauen eine Doppelbelastung oder sie geraten in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Partner. Wenn Unternehmen die Personalauswahl, Bezahlung und Karrierewege ihrer Arbeitskräfte nach dem Geschlecht differenzieren, beziehen sie sich auf die *Institution der bürgerlichen Familie* und nutzen die daraus folgende Rollenverteilung aus. Frauen sind leichter erpressbar, wenn sie einen Job suchen und gleichzeitig für Kinder sorgen müssen. Unternehmen beschränken sich jedoch nicht nur darauf: Alleine die Option einer möglichen Schwangerschaft lasten ArbeitgeberInnen dem ganzen Geschlecht – unabhängig von Alter oder dem Wunsch nach Kindern – als potenzielle Beschränkung seiner Leistungsfähigkeit für das Unternehmen an, die dann in Form von geringen Lohnkosten kompensiert werden muss.

Um zu einer tatsächlichen Gleichstellung zu gelangen, ist nicht nur der moralische Wille zu der Überwindung der geschlechtsspezifischen Rollenbilder notwendig, sondern es bedarf vor allem eines Bruchs mit der kapitalistischen Logik von Markt und Profit, die diese Rollenbilder weiterhin für sich ausnutzt und an keiner Veränderung interessiert ist.

Klimapatriarchat

Über das Unbehagen (junger) Frauen

Von Susanne Speicher

Wer als junge Klimaaktivistin mit anderen VertreterInnen der Klima- und Umweltbewegung zusammenkommt, kennt Situationen wie diese: frau betritt zum ersten Mal einen Raum, setzt sich an einen großen Tisch mit Kaffee und Laugengebäck. Die Begrüßung ist mal mehr, mal weniger formell. Eines ist aber immer gleich: Es gibt wenig Frauen im Raum. Ein bedrückendes Gefühl für junge Aktivistinnen, gilt doch die Klimabewegung als weiblich dominiert.



Den Anfang machte Greta Thunberg, die Initiatorin von Fridays for Future. Seitdem sind junge Frauen wieder verstärkt in der Öffentlichkeit präsent. Greta ist ein Vorbild. Ihr Beispiel hat viele inspiriert, sich für die Ziele der Klimabewegung einzusetzen. So sind etwa Luisa Neubauer oder Pauline Brunger in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik als führende Klimaschutz-Aktivistinnen präsent. Aber spiegelt sich diese öffentliche Stärke der Frauen auch in der lokalen Klimabewegung wider?

Als Ende 2018 die saarländische Gruppe »Fridays for Future« gegründet wurde, waren auch hier mehrheitlich junge Frauen aktiv. Frauen mit viel Mut und Entschlossenheit erhoben ihre Stimme für Klimagerechtigkeit. Es schien, als hätten sie endlich eine Organisationsform gefunden, um ihre Themen autonom zu gestalten. Seit der ersten Demonstration im Januar 2019 sind mehr als vier Jahre vergangen. Derzeit ist das Geschlechterverhältnis in der Gruppe ausgeglichen. Sowohl Männer als auch Frauen und nichtbinäre Menschen sind bei FFF Saarland aktiv.

»Bei uns im Plenum gibt es einen rücksichtsvollen Umgang miteinander. Es wird darauf geachtet, dass alle Menschen zu Wort kommen und ihre Vielfalt in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird«, so Julia Bost.

Im Gespräch mit verschiedenen Aktivistinnen wird allerdings deutlich, dass es außerhalb des FFF-Kreises junge Frauen schwer haben. Nämlich dann, wenn sie als Vertreterinnen an politischen Sitzungen teilnehmen, die sich mit Klimafragen beschäftigen.

Susanne Speicher bei der Klimademo von »Fridays for Future« in Saarbrücken am 24. Mai 2019. Foto: Gerhard Schaal

»Es ist schwer, sich als junge Frau zu Wort zu melden«, berichtet Ronja Wachall von FFF Saarland. »Eine Frau hat das Gefühl, nicht ernst genommen zu werden. Aufgrund jahrzehntelanger Expertise meinen die Männer, den Ton angeben zu müssen. Mit Frauen ist mir das noch nicht passiert.«

Diese Erfahrung teilen viele Frauen. Sie berichten, dass eine aktive Teilnahme durch unterschiedliche Aspekte erschwert wird. So würden Männer gerne den Raum füllen, besonders viel, laut, schnell und hemmungslos reden. Männer seien es gewohnt, so zu agieren, erklärt der FFF-Aktivist Rune Becker. Auch er habe sich nie über sein Auftreten Gedanken gemacht und habe sich jahrelang genauso aufgeführt. Erst als er bei der »For Future«-Bewegung aktiv wurde, begann er, sein eigenes Verhalten zu hinterfragen: »Mir fällt auf, dass sich bei »Übermännern« viele Frauen eher zurückhalten. Dies könnte daran liegen, dass dominante Männlichkeit nach wie vor verbreitet und von den Betroffenen wie ein notwendiges Übel erduldet wird.«

werden. Auch hier scheint Quotierung sowohl bei der Gremienbesetzung als auch bei der RednerInnen-Liste unerlässlich zu sein. Aber dies allein genügt nicht. Unverzichtbar ist auch, dass Männer lernen, Dominanz zu vermeiden. Sie müssen zuhören, auch wenn es schwerfällt, sich zurückhalten und Frauen reden lassen. Wenn weibliche Personen schweigen, heißt es nicht, dass sie nichts zu sagen haben. Es ist vielmehr ein Zeichen für eine nicht funktionierende Debatte. Vielleicht braucht es dafür auch neue Formen der Kommunikation. Lange Sitzungen sind vor allem bei jungen Menschen nicht besonders beliebt. Kleingruppenarbeit, Planungswerkstätten, Barcamps oder einfach mal eine Klima-Veranstaltung nur für Frauen könnten überkommene Arbeitsweisen verändern und neue Möglichkeiten eröffnen. Wie schön wäre es, wenn junge Frauen zukünftig nicht mehr bedrückt, sondern gestärkt und optimistisch aus solchen Treffen hervorgehen würden.

Ist die Zukunft der Gremien weiblich?

Das im Jahr 2023 bei der Gründung des Arbeitskreises für Klimaschutz der Landeshauptstadt aufgenommene Foto zeigt neben der Bürgermeisterin Barbara Meyer lediglich zwei weitere Frauen. Sie werden umrahmt von elf Männern. Viele gehören auch der »For Future«-Bewegung an. So haben es die Männer wieder mal geschafft, bei Neugründung von Gremien in deutlicher Überzahl zu sein. Frauen gelingt es offensichtlich nicht, wie dieses Beispiel zeigt, eine gleichberechtigte Vertretung durchzusetzen. Es ist ein altes patriarchalisches Muster, dass Frauen, die von gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und menschengemachten Katastrophen besonders betroffen sind, es schwer haben, ihre Interessen zu artikulieren und durchzusetzen. Der UN zufolge haben Frauen und Kinder beispielsweise ein 14-mal höheres Risiko, bei Umweltkatastrophen zu sterben, als Männer.

Wichtig ist, dass junge Frauen auch außerhalb der FFF sichtbar sind. Es muss sich etwas ändern, auch in der saarländischen Klimabewegung. Es ist unverzichtbar, dass Frauen sich aktiv einbringen und auch einbezogen

» Letzte Generation

Ist Demokratie mehr als ihre Gesetze?

Von Simon Ohliger

Sie leitet die Saarländer direkt ins Herz ihrer Einkaufsstadt, dröhnend verkündet sie seit fast 60 Jahren unentwegt das warme Versprechen des Wohlstands und seiner ungebrochenen Speerspitze, den individuellen Autoverkehr.

Die Saarbrücker Stadtautobahn ist Fluch und Segen zugleich. Sie erinnert die BewohnerInnen der City in jeder Minute daran. Und wie unantastbar das Recht auf freie Fahrt über allem anderen steht. Am 23. April 2023 wollten KlimaaktivistInnen mit einem Demonstrationszug über die gesperrte Stadtautobahn laufen. Doch nicht einmal für wenige Stunden wollten die Behörden sie einer Klimademo überlassen. Der saarländische Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium Oliver Luksic (FDP) geißelte das Vorhaben einer gesetzestreu, angemeldeten und polizeilich abgesicherten Demo bereits im Vorfeld pauschal als »unverhältnismäßige Störung und Gefährdung des Straßenverkehrs« und machte damit klar, wo die Prioritäten liegen. In Zukunft werden sich Luksic und andere Verfechter des störungslosen Straßenverkehrs wohl dennoch häufiger ärgern müssen. Und zwar dann, wenn die Saar in Folge zunehmendem Starkregen über die Ufer läuft und die Saarbrücker Perle der 1960er-Jahre-Autokultur unter Wasser setzt. Man kann sich noch so dagegenstemmen, früher oder später wird sich die Erderwärmung ihren Platz im Bewusstsein der Bevölkerung nehmen.

Kriminelle Straftäter?

Apropos Platz nehmen: Auch die Gruppe »Aufstand der letzten Generation« blockierte Anfang März erstmals Straßen im Saarland. Zum Festkleben kam es nicht, entsprechend schnell waren die AktivistInnen geräumt. Meistens dauert es länger. Autofahrer brüllen rum, die Polizei sperrt ab, und VerantwortungsträgerInnen aus der Politik richten strenge Ermahnungen an die Störenfriede. Ein Empörung-Happening für die ganze Familie. Cem Özdemir (Grüne) sprach von »Erpressung«. Für Friedrich Merz (CDU) sind die AktivistInnen »kriminelle Straftäter«, die »schwerste Straftaten« begehen würden. Alexander Dobrindt (CSU) forderte »deutlich härtere Strafen«, um eine »Klima-RAF« zu verhindern. Konstantin Kuhle (FDP) verwies sogar auf die Fridays-for-Future-Bewegung als Positivbeispiel.

Grundsätzlich ist die Straßenblockade eigentlich ein bewährtes Mittel der Protestkultur. Ob gegen Nazis in Dresden oder gegen Castor-Transporte im Wendland, blockiert wurde in Deutschland schon oft. Selten war die öffentliche Empörung jedoch so groß wie gegen die »Letzte Generation«. Zum einen, weil die Blockaden dezentral und unkalkulierbar sind. Zum anderen, weil es dieses Mal nicht sowieso schon maximal unbeliebte Elemente wie die oben genannten trifft, sondern die MitbürgerInnen in ihrem Alltag. Und es



Die Letzte Generation flutet die Autobahn. Foto: BeckerBredel

stimmt ja: AktivistInnen, die sich mit Straßenblockaden Raum nehmen, um ihren Inhalten Relevanz zu verleihen, handeln gesetzeswidrig. BeamtenInnen, die friedlichen Demonstrierenden ohne Grund Gewalt antun, handeln gesetzeswidrig. Autofahrer, die Selbstjustiz üben, handeln gesetzeswidrig. Vielleicht ist die Gesetzesebene schlichtweg die falsche, um diesen Komplex angemessen zu beleuchten. Demokratie ist mehr als ihre Gesetze.

Gebrochene Versprechen

Die »Letzte Generation« macht deutlich, dass die Bundesregierung ihrer Meinung nach den gemeinschaftlichen Konsens und konkretere Versprechen an mehreren Stellen bricht. Der deutsche Beitrag zum 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaschutzabkommens wird mit den aktuellen Klimaschutzgesetzen nicht einzuhalten sein. Mit dem Anstieg über diese Schwelle werden die Folgen nicht mehr abschätzbar sein. Damit wäre dann auch die in Art. 20a GG kodifizierte »Verantwortung für die künftigen Generationen« hinfällig. Weder die jahrzehntelangen Warnungen von Wissenschaftlern noch gesetzeskonformer Aktivismus vermochten der Lobby der fossilen Energiewirtschaft etwas entgegenzusetzen.

Mit Milliarden auf der Kante lassen sich WissenschaftlerInnen denunzieren, Studien fälschen und PolitikerInnen kaufen. 2021 gab allein die deutsche Gasindustrie 40 Millionen Euro für Lobbyismus aus, Umweltverbände mit dem Schwerpunkt auf Erdgas 1,55 Millionen. Über Rednerhonorare fließen Hunderttausende Euro in die Taschen von Bundestagsabgeordneten. Angesichts der staatlichen Untätigkeit einerseits und der diskursiven Übermacht andererseits sprechen die AktivistInnen von einer »Manipulation« der repräsentativen Demokratie und einem »Klimanotstand«.

Abgesehen davon, ist Klimaprotest hierzulande nicht nur die Vertretung der eigenen Interessen, er ist ein Zeichen internationaler Solidarität und bezieht damit Menschen in die politische Öffentlichkeit mit ein, die auf formalem Weg an deutscher Politik nicht partizipieren können, aber sehr wohl von ihr betroffen sind.

So antidemokratisch wie die bewusste Verweigerung oder Sabotage wirksamer Klimapolitik kann kein Protest der »Letzten Generation« sein. Grund genug, um im Sinne der Demokratie zu intervenieren. Diese muss, um überhaupt medial – also in der politischen Öffentlichkeit – zu verfangen, über die gesetzestreuen Formen hinausgehen. Es bedarf einer realen Konfrontation.

Elitärer Protest?

Diese bekommen die AktivistInnen durchaus selbst zu spüren. In Heilbronn verurteilte eine Richterin einen jungen Mann zu fünf Monaten Haft – ohne Bewährung. In Bayern und Berlin werden Menschen tagelang ins Gefängnis gesteckt, noch bevor sie die Straftat überhaupt begangen haben. Immer wieder setzen PolizistInnen Schmerzgriffe ein, um Blockierende zum Aufstehen zu zwingen. Dies ist rechtlich höchst umstritten, man kann sie ja auch wegtragen. Damit begibt sich die Polizei auf dünnes Eis, der Folter-Vorwurf steht im Raum. Die »Letzte Generation« fordert den Rechtsstaat in verschiedener Hinsicht heraus.

Nun treten mancherorts PolitikerInnen mit den AktivistInnen ins Gespräch, woraufhin die Blockaden eingestellt werden. So etwa in Hannover, wo sich der grüne OB Belit Onay hinter die Forderungen der Bewegung stellte: Neun-Euro-Ticket und Tempolimit. Auch Anke Rehlinger traf sich mit Vertretern der Gruppe. Einen »Gesellschaftsrat« wird es nicht geben, dafür tut's auch ein »BürgerInnen-Rat«, der im Landtag mehr Teilhabe ermöglichen soll. Den Einfluss der fossilen Lobby dürfte keine einzige der geforderten Maßnahmen brechen. Was bringt eine ungehorsame Intervention im Sinne der Grundwerte, wenn gar keine grundlegenden Veränderungen gefordert werden?

Und wieso nimmt man die blockierten Aushilfsjobber, Dienstleistungs- oder Gesundheitsfachkräfte und Eltern mit finanziell unsicherer Zukunft nicht mit? Hätte nicht so gut wie jeder der wütenden Autofahrer selbst zig eigene Gründe, sich dazuzusetzen? Schließlich agitiert die Unternehmer-, Arbeitgeber- und Investorenlobby ebenso gegen die menschlichen Bedürfnisse von Prekarierten, Arbeitslosen, Hilfsbedürftigen und vor allem ArbeitnehmerInnen. In Frankreich setzen Massenproteste von Gewerkschaften und anderen Initiativen das Land regelmäßig still. Auch diesen Protesten schlägt regelmäßig Polizeigewalt entgegen. Sie sind gerade deshalb demokratisch, weil sie der Repression trotzen. Für die eigenen menschlichen Grundbedürfnisse und Rechte kompromissloser einzustehen, würde auch in Deutschland dem Großteil der Beschäftigten zugutekommen. Keine Präventiv- oder Einzelhaft, keine

Schmerzgriffe oder Dämonisierungen können den politischen Betrieb von der unbequemen Erkenntnis schützen, seinen Versprechen immer weniger gerecht zu werden. Das gilt für die »Letzte Generation« wie für die Protestierenden in Frankreich.

Die vermeidbare Katastrophe

Hier wie dort bekommt das Bild der Demokratie Risse. Durch kleingeistige, autoritäre Verteidigung des Bestehenden und affektive, gewaltvolle Unterdrückung dessen, was nötig ist, um eine lebenswerte Zukunft zu erhalten. Jürgen Habermas warnte schon vor Jahrzehnten vor einem »autoritären Legalismus«, welcher der liberalen Demokratie ihren inklusiven Anspruch nimmt und sie auf die formellen Verfahren und Gesetzmäßigkeiten reduziert. Wenn blockierte Straßen Anlass für einen solchen Aufschrei sind, der jahrzehntelange Einfluss milliardenschwerer Unternehmen auf die Demokratie oder die anbahnenden, vermeidbaren Klima-Katastrophen hingegen nicht, haben wir ein Problem.

Anke Rehlinger sagte, die Aktionen der »Letzten Generation« würden dem Klimaschutz eher schaden. Einerseits sehen das sicherlich viele so. Andererseits ist Frau Rehlinger ja bereits in der Position, mit absoluter Mehrheit im Saarländischen Landtag jede Klimaschutzpolitik machen zu können, die sie möchte.

Spätestens wenn Nancy Faeser ihren Behörden ein »hartes Vorgehen« gegen die Blockierer empfiehlt, sollte man als Demokrat aufhorchen. Wo daraufhin AktivistInnen die Handgelenke verdreht werden, obwohl man sie ebenso gut auch wegtragen könnte, wird die Gewalt zum Selbstzweck. Ein Rechtsstaat unterscheidet sich vom Unrechtsstaat schließlich dadurch, dass er nicht »hart« gegen ausgewählte Ziele vorgeht, sondern gegen jeden gleich und vor allem verhältnismäßig. Vielleicht würde es der Demokratie guttun, wenn sich ihr Führungspersonal öfter daran erinnern würde.

»SaMoLux« – Auf der Schiene zum Nachbarn?

Die Großregion per Bahn verbinden

Von Werner Ried

Ernsthaft kann ich von niemandem erwarten, dass er zwischen dem Saarland und Luxemburg in eine Eisenbahn steigt: Die Reisezeit ist unverhältnismäßig lang, und das vorhandene Zugangebot führt über größere Umwege ans Ziel. Infrastruktur und Fahrplanangebot sind für Reisende nicht attraktiv. Eine Neubaustrecke ist zurzeit schwer realisierbar.

Überzeugend dagegen ist die »Punkt-Punkt-Verbindung«, die im Auftrag der Luxemburgischen Eisenbahngesellschaft (CFL) per Bus meist im Stundentakt zwischen den Hauptbahnhöfen Saarbrücken und Luxemburg verkehrt: Sie ist unschlagbar schnell und preiswert. Sie ist sogar schneller als das Auto, da die Parkplatzsuche entfällt und das gesamte ÖPNV-Netz Luxemburgs kostenfrei genutzt werden darf. Der Nachteil: Der Bus fährt ohne Halt bis Luxemburg durch. Doch sorgt Luxemburg auch dafür, dass zum Beispiel Orscholz, Merzig, Losheim, Saarlouis, Perl und Trier direkt mit der Hauptstadt verbunden sind.

Kaum grenzüberschreitender Personenzugverkehr

Es gibt viele Bahnlinien, die die Ortschaften und Städte zwischen Luxemburg, Moseltal und Saarland verbinden. Leider fährt auf diesen Schienen bestenfalls ein Güterzug. Dabei zeigt der Trend, dass immer mehr Menschen, die in Luxemburg arbeiten, in genau diesen Ortschaften Wohnungen und Häuser mieten oder kaufen. Das Leben dort ist im Vergleich zu Luxemburg wesentlich günstiger.

Das dichte Netz der SaarLorLux-Eisenbahnen wird kaum von Personenzügen befahren. Die Zugangebote sind auf zwei schlecht organisierte Bahnlinien über die Grenze bei Forbach und Saargemünd beschränkt. Reisende müssen dort nach Metz oder Strasbourg meistens umsteigen. Bei mindestens zwei Strecken zwischen Saar und Mosel sehe ich jedoch Chancen, die Bahnverbindung nach Luxemburg über Bouzonville und Thionville herzustellen (siehe Karte).



Grafik:
Werner Ried

Der Schienenweg von Dillingen über Rehlingen-Siersburg nach Bouzonville entlang der Nied ist sogar noch betriebsbereit. Einmal im Jahr verkehren am Karfreitag zwischen Dillingen und Bouzonville grenzüberschreitende Züge. Dort findet traditionell ein großer Markt (Braderie) statt. Wer die letzte Abfahrt in Bouzonville verpasst, muss dann bis zum Karfreitag des Folgejahres warten, bis wieder ein Zug nach Dillingen fährt. So geht der Witz im Grenzverkehr schon seit fast dreißig Jahren ...

Leider verkehren die Züge nicht weiter bis Thionville im Moseltal und Luxemburg, obgleich eine zweigleisige Schienen-Infrastruktur ab Bouzonville dort sogar elektrischen Zugbetrieb ermöglicht. Diese Linie führt durch einige der vorgenannten Gemeinden mit hohem Bevölkerungszuwachs und entsprechendem Pendlerpotenzial nach Luxemburg.

Saar-Moselle-Lux-Express

Kein Wunder, dass die Bürgermeister von dort sich für ein neues Zugangebot aussprechen. Sie möchten, dass der Aufgabenträger der Region Grand Est wieder Personenzüge

bestellt. Ein Angebot zwischen den »Stahlstädten« Thionville und Dillingen wäre nahelegend. In Thionville kann dann der schnelle Anschluss von und zur Luxemburg-Linie erfolgen.

Deutlich kürzer wäre die Reisezeit, wenn eine neue Brücke östlich von Thionville die Fahrt ohne zeitraubenden Richtungswechsel möglich machte. Bei Steigerung der Höchstgeschwindigkeit auf diesen Strecken und durchgehender Elektrifizierung ist eine Reisezeit von etwa einer Stunde und 20 Minuten zwischen Saarbrücken und Luxemburg möglich, auch unter Anbindung von Zwischenhalten.

Interessant wäre eine Streckenreaktivierung im Personenverkehr auch für den dicht besiedelten Raum Forbach und Freyming-Merlebach sowie Creutzwald. Ich schlage daher vor, Züge zwischen dem Eurodistrikt Saar-Moselle über zwei Linien mit Luxemburg als gemeinsamem Ziel über die Grenzen hinweg zu vereinbaren. Die eine Linie startet in Saarbrücken und führt über Völklingen, Saarlouis und Dillingen bis Bouzonville, die andere von Forbach über Beningen-Creutzwald ebenfalls in Bouzonville. Dort kuppeln beide Zugteile und fahren weiter bis Thionville. In einer ersten Phase könnten sie dort die

Bahnhof Bouzonville am Karfreitag 2023. Foto: Werner Ried



Fahrtrichtung wechseln und in einer der beiden Fahrplan-Trassen weiter bis Luxemburg fahren. Nach dem Bau der Brücke könnten sie direkt weiter nach Luxemburg fahren. Dieses Flügelzug-Konzept funktioniert auch in der Gegenrichtung; dann mit Zugtrennung in Bouzonville. Ein Produktname dafür könnte »Saar-Moselle-Lux-Express« sein, da er genau diesen Raum erschließt.

Grenzüberschreitendes Schienenfahrzeug fehlt

Für die Realisierung eines solchen Konzepts fehlt vor allem ein Schienenfahrzeug, das sowohl in Luxemburg, Deutschland und Frankreich verkehren kann. Zudem muss die einst für den Kohle- und Eisenerztransport genutzte Strecke für den Personenverkehr ertüchtigt werden. Dazu zählt, die fehlenden 20 Kilometer zwischen Bouzonville und Dillingen zu elektrifizieren und mit der europäischen Leit- und Sicherungstechnik (ETCS L2) auszurüsten. Eine erste Etappe ließe sich schnell mit wenigen Hunderttausend Euro jährlich realisieren. Dafür müssten sich die Zuständigen in der Region Grand Est und

Saarland lediglich auf die Verlängerung der Züge ab Dillingen bis Bouzonville einigen. In der zweiten Etappe könnten die Züge Saarbrücken, Dillingen und Thionville mit einem Anschluss nach Luxemburg verbinden. Dafür sind Fahrzeuge zumindest technisch verfügbar, aber in ihrer Anzahl unzureichend. Die dritte Etappe wäre dann der Bau der Moselbrücke östlich von Thionville.

Durchgehender elektrischer Zugbetrieb ist auch für den Güterverkehr notwendig. Die hier tätigen Unternehmen wären für alternative Streckenmöglichkeiten dankbar. So wäre zum Beispiel mit einer neuen Route über die Niedtalbahn nicht nur die Dillinger Hütte mit ihren Kalk- und Stahltransporten besser erreichbar. Auch ein neuer Container-Umschlagbahnhof in Bouzonville könnte entstehen. Dies würde die Verlagerung der Gütertransporte von der Straße auf die Schiene erleichtern. Davon hätten Unternehmer der Großregion einen nachhaltigen Nutzen.



2016
Demo gegen Geschichtsvergessenheit
vor dem Saar-Landtag

2023
Handbuch über NS-verfolgte Abgeordnete
erscheint



ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
REGIONALBÜRO SAARBRÜCKEN
PETER IMANDT GESELLSCHAFT E.V.
PUTTERSTRASSE 17-19 · 66111 SAARBRÜCKEN · www.saar-rosalux.de

Die Sonnengenossenschaft

Bürger-Energie-Genossenschaft Köllertal fördert die Energiewende

Von Volker Weber

»Ein Dach kann mehr als Wasser abhalten«, sagen die Vorstandsmitglieder der Bürger-Energie-Genossenschaft Köllertal eG. Klimaschutz ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die Bürger müssen finanziell an Klimaschutzprojekten beteiligt werden. Wie Bürger an solchen Projekten beteiligt werden, zeigt die im Jahre 2015 mit 15 Mitgliedern gegründete Bürger-Energie-Genossenschaft Köllertal eG (BEGKeG). Mit 14 Anlagen und einer Beteiligung am größten saarländischen Solarpark Hartungshof in Bliessransbach ist die BEGKeG mit über 1.380 Mitgliedern eine der größten Energiegenossenschaften in Deutschland.

Das Interesse der BürgerInnen am Ausbau der erneuerbaren Energien zeigt die große Nachfrage nach Anteilen am Solarpark Hartungshof. Zu seiner Finanzierung wurde eine Sondertranche von 2.000 Anteilen à 500 Euro ausgegeben. Diese war bereits am ersten Tag deutlich überzeichnet, und die BEG konnte 569 neue Mitglieder begrüßen. Für ihre Anteile erhalten sie eine Dividende. Ihre Auszahlung ist jedoch nicht das Ziel der Genossenschaft, sondern ein Mittel, um Menschen für die Projekte zu interessieren und den Ausbau der erneuerbaren Energien voranzutreiben.

In den Jahren 2019–2022 konnte die Genossenschaft ihren Mitgliedern für alle gehaltenen

Anteile eine Dividende von 2,3 Prozent ausschütten. Ein Genossenschaftsanteil ist für 500 Euro zu haben. Für Neumitglieder sind diese derzeit auf zwei Anteile limitiert.

»Die Köllertaler Energie-Bürger planen, finanzieren und bauen die Anlagen«, so der Vorstand der BEG Köllertal, »und das sichert regionalen Partnern Aufträge und Arbeitsplätze. Alle Vorstandsmitglieder und Aktiven der Genossenschaft sind Fachleute und arbeiten ehrenamtlich.« Von den Kapitaleinkommen und Betriebserlösen profitieren auch die Kommunen und die lokale Wirtschaft. Die demokratische Rechtsform – jedes Mitglied hat eine Stimme – macht Genossenschaften für viele Menschen attraktiv und vertrauenswürdig. »Alle bisherigen von der BEGKeG an das Netz gebrachten Projekte«, bilanziert Vorstandsmitglied Volker Weber, »sind fast ausschließlich mit Eigenkapital finanziert worden.«

Mit den erfolgreich ans Netz gebrachten Projekten hat sich die BEGKeG einen guten Namen gemacht. So betreibt die Genossenschaft in Saarlouis-Roden seit April 2021 ihren ersten Photovoltaik-Solarpark. Auf einer Fläche von ca. 2,1 ha werden pro Jahr ca. 2,15 Megawatt Strom erzeugt. Damit werden 600 Haushalte mit klimaneutralem Strom versorgt. Für die naturnahe Pflege der Grünanlage werden Coburger Fuchsschafe eingesetzt.

Die Abschaffung vieler bürokratischer Hürden und Hemmnisse durch die Bundesregierung bietet eine gute Chance für den weiteren Ausbau. Dieser erfordert noch mehr engagierte Mitstreiter. Gebraucht werden Spezialisten aus den Bereichen Elektro, IT, Administration und sind herzlich willkommen.

Das Saarland hat immensen Nachholbedarf beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Für saarländische BürgerInnen ist der Eintritt in unsere Genossenschaft eine Möglichkeit, ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten.

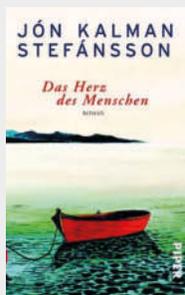


Vorstand der BEG Köllertal im Bürger-Solarpark Saarlouis Roden, von links Manfred Burger, Volker Weber und Karl-Werner-Götzinger.
Foto: Nina Utesch, Schäferin

ABONNIEREN SIE DIE *Saarbrücker Hefte*

Werden Sie AbonnentIn der *Saarbrücker Hefte*! Für ein neues Abonnement können Sie sich eines der abgebildeten Geschenke aussuchen. Warten Sie nicht lange, die Anzahl der Titel ist begrenzt. Schreiben Sie uns an: info@saarbrueckerhefte.de

Ich möchte die *Saarbrücker Hefte* abonnieren. Als Prämie für ein Jahresabo (zwei Hefte) wähle ich
Den Betrag von 19,90 Euro überweise ich nach Erhalt der Rechnung. Alternativ erteile ich den Saarbrücker Heften eine Bankeinzugsermächtigung. Das Abonnement gilt bis auf Widerruf.



»Das Herz des Menschen« von Jón Kalman Stefánsson, signiert



»Karl Marx Die Liebe und das Kapital« von Klaus Gietinger, signiert



»Die toten Männer« von Lucas Bärfuss, signiert



DVD
»Das Trojanische Pferd Stuttgart 21 Der Film« von Klaus Gietinger



»Gebrauchsanweisung fürs Zugreisen« von Jaroslav Rudiš, signiert



»Das Saarvolk hat sich entschieden« von František Kocourek

Mühsame Aufklärung

»Halbzeit« beim Mordprozess Samuel Yeboah

Von Roland Röder



Samuel Kofi Yeboah. Foto: Engel

Es ist fast »Halbzeit« im Prozess vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichtes (OLG) Koblenz wegen des Mordes an Samuel Yeboah, einem Flüchtling aus Ghana. Der Mord durch einen Brandanschlag geschah am 19. September 1991 in Saarlouis-Fraulautern, und der Prozess gegen Peter S. begann über 30 Jahre später, am 16. November 2022. Bisher (Redaktionsschluss dieser Ausgabe) sind 23 Prozesstage vergangen, und es wurden zahlreiche ZeugInnen gehört, darunter vor allem Polizisten und traumatisierte Opfer des Anschlages. Damit wird diesen endlich ein Gesicht und eine Identität gegeben. Aus der damaligen rechten Szene haben bisher vier

Szeneangehörige ausgesagt, weitere könnten dazukommen.

Die Akteure im Koblenzer OLG in der Stresemannstraße 1 sind: fünf BerufsrichteInnen, zwei BundesanwältInnen der Generalbundesanwaltschaft Karlsruhe (GBA), vier RechtsanwältInnen der Nebenklage, der Angeklagte und seine zwei Verteidiger sowie die journalistischen und politischen ProzessbeobachterInnen.

Die Zusammenfassung des bisherigen Geschehens könnte im Telegrammstil so lauten: Kopfschüttelnde Richter ob der kuriosen wie fehlerhaften saarländischen polizeilichen Ermittlungen »von damals«, Polizisten, die damals keine rechten Aktivitäten oder gar Nazis mitbekamen, Protokolle von Vernehmungen stümperhaft erstellten und die Ermittlungen nach rechten Tätern nach wenigen Tagen einstellten. Aber auch PolizistInnen, die seit 2020 die Ermittlungen minutiös führen und ob der Ergebnisse ihrer Befragungen eine deutliche Distanz zu ihren ehemaligen Kollegen zeigen.

Bei überregionalen Medien stößt der Prozess auf viel Interesse, und die beiden saarländischen »Leitmedien«, *Saarbrücker Zeitung* und *Saarländischer Rundfunk*, sind an jedem Prozesstag vor Ort und berichten im besten Sinne des Wortes aufklärend. Dazu erschien mit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein neuer Akteur, in den neben Parteien wie CDU und SPD auch zivilgesellschaftliche Organisationen viel Hoffnung setzen. Es wirkt fast so, als solle er die Rolle eines politischen Allheilmittels übernehmen.

Strafnachlass gegen Geständnis

Die – juristisch – wichtigste Frage, ob es in dem Indizienprozess zu einer Verurteilung des Angeklagten kommt, lädt manche zu Spekulationen ein, ist aber nach wie vor so unklar wie vor Prozessbeginn. Wurde zu Beginn öfter kolportiert, dass es wohl eher nicht zu einer Verurteilung kommen würde, hat sich dies in die andere Richtung verschoben. Beides bleibt ob des fehlenden Geständnisses und der Indizienlage reine Spekulation. Genährt wurde diese durch das Angebot des Gerichts am 21. Prozesstag, dem Angeklagten für ein qualifiziertes Geständnis, also die Preisgabe von Täterwissen und dem Verweis auf gegebenenfalls weitere Beteiligte, einen erheblichen Strafnachlass bis runter auf fünfeinhalb Jahre (die GBA fordert mindestens sechseinhalb Jahre) zu gewähren und ihn nach Jugendstrafrecht zu verurteilen. Der »Deal« wurde nicht angenommen. Vorerst.

Eigentlich ist bisher im OLG-Prozess wenig Neues bekannt geworden. So gut wie alles, angefangen von der dilettantischen polizeilichen Nichtermittlung über die offensichtlichen frühen Hinweise auf einen Mordanschlag bis hin zu einer existierenden Saarlouiser Nazi-Szene in den 1990er-Jahren, war vorher bekannt. Auffallend an dem Verfahren ist, dass bisher viele ZeugInnen weitestgehend das bestätigten, was Organisationen wie die Antifa Saar, der Saarländische Flüchtlingsrat und die Aktion 3. Welt Saar damals wie heute analysierten. Ihre Aussagen wurden gerichts- und aktenkundig: Mord wird als Mord bezeichnet und Rassismus als Rassismus. Das ist neu. Damit halten sie Einzug in die juristischen und medialen Archive. Das ist nicht zu unterschätzen, wenn es zukünftig um die Bewertung und wissenschaftliche Aufarbeitung geht. Dafür werden öffentlich zugängliche (Archiv)quellen genutzt, die jetzt noch mehr Material enthalten. In dem Prozess geht es um die Klärung der individuellen Schuld. Politisch betrachtet, sitzt aber das saarländische Staatsversagen auf der Anklagebank: 30 Jahre lang haben Justiz, Parteien, Bürgermeister und Polizei eine Politik des Verschweigens und Aussitzens betrieben und sich gegen jeden Aufklärungsversuch regelrecht verbarrikadiert. Sowohl bei diesem Anschlag wie auch bei rund 20 anderen Anschlägen – Bombenanschlag auf die

Wehrmachtsausstellung 1999, die sogenannten Völklinger Brandanschläge auf Migrantenwohnungen, die missglückten Bombenanschläge auf Flüchtlingsheime, das Saarlouiser KOMM und das Landesbüro der damaligen PDS – hat man nie TäterInnen ermittelt. Dies irritiert und provoziert mit Blickrichtung auf Justiz und Polizei die Frage nach dem Warum. Ausgeklammert bleiben bei dem Prozess die Beziehungen des Verfassungsschutzes zur rechten Szene und die unheilvolle Wirkung des Saarlouiser Sozialarbeiterprojektes der evangelischen Kirche in den 1990ern »Soziale Arbeit mit rechten Jugendlichen«.

Der Untersuchungsausschuss – das Pro und Contra

Es waren die Aktion 3. Welt Saar, der Saarländische Flüchtlingsrat und die Antifa Saar, die seit Beginn der Ermittlungen und zuletzt in ihrem Statement zu Prozessbeginn einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss verlangten. Die unentschiedene Haltung zu dieser Forderung seitens der SPD machte sich die CDU nun zunutze und beschloss am 6. Februar 2023 überraschend einen UA. Sie übernahm damit die Forderung der drei NGOs. Ihr Ansinnen ist klar: Sie möchte die SPD-Regierungszeit der 1990er unter Oskar Lafontaine, seinem Innenminister Friedel Läßle und unter Reinhard Klimmt (1998/99) durchleuchten und sich als Aufklärerin präsentieren. Die SPD stimmte zu und wird aus Gründen des Eigenschutzes auch das regierungsamtliche Wegschauen der CDU-MinisterpräsidentInnen Peter Müller, Annegret Kramp-Karrenbauer und Tobias Hans bis 2020 auf die Tagesordnung setzen. Alles andere wäre politischer Masochismus.

Letztlich macht ein UA, wenn er aufklärend wirken soll und mehr sein soll als zielloses parlamentarisches Reden in einer Endlosschleife, politisch nur Sinn, wenn CDU und SPD sich darauf einigen herauszuarbeiten:

1. Warum alle Landesregierungen zwischen 1990 und 2020 untätig waren und vertuschten sowie
2. welche Veränderungen es in den saarländischen Polizeistrukturen (inklusive Verfassungsschutz) geben soll.



Aus dem Koblenzer Gerichtssaal. Foto: Kai Schwerdt

Die »Alternative« wäre, CDU und SPD einigen sich diskret auf die saarländische Lösung eines Stillhalteabkommens und bagatellisieren die bleierne Zeit der 1990er als bedauernswerten und abgeschlossenen Einzelfall.

Der Vorteil eines UA für das hehre Ziel der Aufklärung liegt auf der Hand: Er bekommt Einblick in die Ermittlungsakten von damals und heute, von ihm geladene ZeugInnen müssen (!) aussagen und sind der Wahrheit verpflichtet. Der Nachteil liegt ebenfalls auf der Hand: Warum soll gerade die politische Ebene (Parlament, Parteien) glaubwürdig für Aufklärung sorgen, die drei Jahrzehnte lang nichts dafür tat und zum UA »von der Straße« getragen werden musste? Zusätzlich sind exakt die NGOs, die 30 Jahre lang Aufklärung forderten, außen vor. Zwar können sie an den Sitzungen als BesucherInnen teilnehmen, haben aber keinen gleichberechtigten Zugang zu den Akten. Zum anderen fehlen die zeitlichen und finanziellen Kapazitäten für diesen mindestens zweijährigen Kraftakt. Mit einer fachlichen Begleitung parlamentarischer Arbeit läuft man als NGO Gefahr, die immerwährende Quelle eines einseitigen Ressourcentransfers zu sein. Eine NGO, die sich darauf einlässt, müsste entweder eine sprudelnde Geldquelle auf tun oder ihre anderen

Aktivitäten runterfahren. Das will genau überlegt sein. Die aktuellen Erfahrungen bei ähnlichen Untersuchungsausschüssen in Hamburg zum NSU-Komplex oder in Berlin zu rechtsextremen Straftaten in Neukölln zeugen von diesen Problemen, wenn NGOs ihre Liebe zum Parlament entdecken, und sollten nicht leichtfertig abgetan werden.

Wenn die Verteidigung nicht umschwenkt und den angebotenen »Deal« annimmt, wird der Prozess weitergehen, und es werden noch interessante ZeugInnen aussagen müssen, darunter auch Akteure der rechten Szene von damals und Aussteiger. Jeder dieser Prozesstage bietet ob der exzellenten journalistischen Begleitung durch *SR* und *Saarbrücker Zeitung* und andere Medien die Möglichkeit, die bleierne Zeit der 1990er im Saarland inklusive der staatlichen Untätigkeit bis 2020 zu beschreiben und damit im aufklärerischen Sinne zu benennen, wie es nicht sein soll.

Hinweis: Der Artikel gibt den Prozesstand bis 30. April 2023 wieder.

»Im Westen brannte es öfter als im Osten«

Interview mit NebenklägeranwältInnen im Fall Yeboah

Von Andreas Morlo

Seit dem 16. November 2022 wird vor dem Oberlandesgericht Koblenz der Mord an Samuel Yeboah verhandelt. Er starb in der Nacht vom 19. September 1991 bei einem Brand, der in einer Unterkunft für Geflüchtete gelegt wurde. Bei Ausbruch des Feuers befanden sich 21 Personen im Haus, zwei von ihnen erlitten durch Sprünge aus den Fenstern schwere Verletzungen. Bei Prozessbeginn traten drei Überlebende als Nebenkläger auf, im Verlauf des Prozesses schlossen sich weitere fünf Überlebende der Nebenklage an.

Wir haben mit Kristin Pietrzyk (KP), Alexander Hoffmann (AH) und Dr. Björn Elberling (BE) gesprochen, die als AnwältInnen sieben der Opfer vertreten.

Hat es Sie überrascht, dass nach fast 30 Jahren erstmals ein Tatverdächtiger ermittelt werden konnte?

KP: Die Wiederaufnahme der Ermittlungen durch den Generalbundesanwalt (GBA) hat uns nicht überrascht. Nach der Mordserie des NSU wurden zahlreiche ungeklärte rassistische Morde vor allem durch JournalistInnen wieder aufgegriffen. Die Tatsache, dass der GBA dann die Ermittlungen sehr gründlich nachvollzogen und anschließend Anklage erhoben hat, war aber doch überraschend. Vor allem, weil aufgrund der mangelhaften Ermittlungen in den 90er Jahren und auch der vergangenen Zeit, fast dreißig Jahre, nur wenige Beweismittel vorhanden waren und daher eine Verurteilung nicht unbedingt zu erwarten war.

Wie bewerten Sie den Verlauf des Prozesses bis jetzt (Stand 22 Prozesstage)?

BE: Die Frage kann aus zwei Perspektiven beantwortet werden. Da ist einmal das zu erwartende Urteil. Das Gericht hat der Verteidigung ein Angebot gemacht – Geständnis jetzt im Gegenzug zu einer zugesagten moderaten Strafe. Mit diesem Angebot machte das Gericht deutlich, dass es nach dem weitgehenden Abschluss der Beweisaufnahmen zum Brand selbst und zur Grillparty im Jahr 2007, auf der der Angeklagte sich selbst der Tat bezichtigte, auf Verurteilungskurs ist. Das ist auch meine

Wahrnehmung der Beweisaufnahme bis jetzt, insbesondere nach dem überzeugenden Auftritt der Zeugin, der der Angeklagte bei der Grillparty die Tat gestanden hatte.

KP: Deutlich wurde aber auch, wie die Realität in den 90er Jahren aussah. Nazis wurden nicht als Problem, sondern als Jugendkultur wahrgenommen. Die Akten haben durchgehend einen rassistischen Sprachgebrauch. Es zeigt sich auch immer wieder, dass die Vernehmungsprotokolle Aussagen beinhalten, deren Inhalt die Zeugen heute vehement bestreiten. Es drängt sich der Eindruck auf, dass dies kein Versehen war.

BE: Sowohl die jetzt ermittelnden Beamten als auch das Gericht haben in deutlichen Worten ausgedrückt, dass auf die Ermittlungsarbeit von 1991 kein Verlass ist – das erlebt man auch nicht alle Tage.

Welche Erwartungen haben Ihre Mandanten an den Prozess?

KP: Unsere Mandanten erwarten vor allem, dass der Rassismus der 90er benannt wird, so wie sie ihn erlebt haben. Aber sie erwarten auch Aufklärung, die nicht zwangsläufig mit einer Verurteilung gleichzusetzen ist. Am Ende dieses Prozesses muss auch eine öffentliche Wahrnehmung stehen, die sich von dem Narrativ des braunen Ostens mit seinen Baseball-Schlägerjahren den Molotow-Cocktail-Jahren im Westen zuwendet. Im Westen brannte es öfter als im Osten, nur redet darüber niemand.

AH: Unsere Mandanten haben nach dem Brandanschlag keinerlei Unterstützung erhalten. Sie wurden in eine andere Unterkunft

verteilt. Dort musste einer von ihnen sogar einen weiteren Anschlag mit einem Brandsatz erleben, der in seine Wohnung geworfen wurde. Es wurde weder finanzielle noch psychologische Hilfe angeboten.

Wie schätzen Sie die Ermittlungsarbeit der Polizei damals und seit 2019 ein?

AH: Die Ermittlungsarbeit im Jahr 1991 war davon geprägt, das Verfahren möglichst schnell einzustellen oder sogar einen der Hausbewohner oder einen Besucher als Verdächtigen zu ermitteln. Anders lässt sich nicht erklären, dass gegen die Mitglieder der lokalen Nazi-Szene, die tatverdächtig waren, nicht mit Nachdruck ermittelt wurde. Sie hielten sich vor der Tat in einer Gaststätte in der Nähe des Flüchtlingsheims auf. Auch kamen sie nicht nur ideologisch, sondern auch aufgrund ihrer persönlichen Gewaltbereitschaft als Täter in Frage. In der Hauptverhandlung wurde bekannt, dass in einer Zeu- genaussage vor der Polizei 1991 die Rede von zwei schwarz bekleideten Personen war, die das Haus direkt nach Ausbruch des Brandes verlassen haben. In der schriftlichen Zusammenfassung der Polizei wurde daraus eine dunkelhäutige Person. Die polizeilichen Ermittlungen nach der Tat lassen auch keine tiefergehenden Nachfragen beim Landesamt für Verfassungsschutz oder weitergehende Ermittlungen in die sehr aktive lokale Nazi-Szene erkennen. Insbesondere werden keine Verknüpfungen der Ermittlungen zu anderen Anschlägen in der Region verfolgt.

BE: Die Ermittlungen seit 2019 zeichnen sich durch eine hohe Professionalität aus. Vor allem durch ein Einfühlungsvermögen in die Lebenswelt von Überlebenden rassistischer Anschläge sowie durch einen distanzierten Blick auf die damalige Ermittlungstätigkeit, wie ich sie bei Ermittlungen nach rechten Angriffen selten erlebt habe.

Die Ermittlungen wurden durch den Hinweis einer Zeugin im Jahr 2019 wieder aufgenommen. Der Angeklagte soll ihr im Jahr 2007 die Tat auf einer Grillparty gestanden haben. Wie schätzen Sie ihre Aussage ein?

BE: Das Gericht hat mit der Vereidigung der Zeugin deutlich gemacht, dass es ihre Angaben für glaubhaft hält. Sie wurde wegen der »ausschlaggebenden Bedeutung« ihrer Angaben vereidigt, und ausschlaggebend für ein

Urteil können nur Angaben sein, die das Gericht als glaubhaft einschätzt.

Die Zeugin hat eine geradezu musterhafte Aussage gemacht, hat deutlich gemacht, woran sie sich noch genau erinnert und woran nicht mehr so genau, hat sich erkennbar bemüht, in ihrem Gedächtnis zu kramen, hat auch Fragen zu ihr unangenehmen und intimen Themen unaufgeregt und ohne Tendenz zur Beschönigung beantwortet. Ihre Aussage ist zudem über mehrere Befragungen durch Polizei und Gericht im Kern sehr stabil geblieben.

Wir haben hier eine Frau erlebt, die »unpolitisch« ist – sie hat die Beziehung mit ihrem Freund weitergeführt, obwohl der immer tiefer in die Nazi-Szene einstieg. Er und seine Kameraden waren ihr auch zu Hause willkommen, solange sie ihre Gesinnung »an der Haustür abgegeben« haben. Sie ist dann aus menschlichem Anstand zur Polizei gegangen, als sie erfahren hat, dass der Angeklagte mit dem Anschlag, den er ihr gestanden hatte, einen Menschen umgebracht hatte. Das hat sie getan, obwohl sie wusste, dass sie davon nichts zu gewinnen hat, sondern vielmehr Angst vor Racheaktionen der Neonazi-Szene haben muss. Deswegen sind auch alle Versuche der Verteidigung, ihr irgendwelche Motive für eine Falschbelastung anzudichten, fehlgegangen.

Wie ist diese Selbstbezeichnung des Angeklagten auf der Grillparty zu bewerten?

BE: Der Angeklagte hat uns jedenfalls kein Motiv genannt, warum er sich selbst fälschlich einer solchen Tat bezichtigt haben sollte. Er hat behauptet, er habe das nie gesagt. Er ist wohl davon ausgegangen, dass er unter Gleichgesinnten war. Alle Anwesenden waren, mit Ausnahme der Zeugin, Teil der Nazi-Szene. Deshalb hat er so offen über seine Täterschaft gesprochen.

Gibt es weitere Beweise, die den Angeklagten als Täter überführen können?

BE: Wir haben eine ganze Reihe Indizien: zum einen zur Tat selbst und zur unmittelbaren Zeit nach der Tat. Der Angeklagte war wenige Stunden vor dem Anschlag in der Nähe des Tatorts und unterhielt sich mit Gleichgesinnten über die gerade stattfindenden Pogrome samt Molotow-Würfen in Hoyerswerda. Er verhielt sich am Tag nach dem Brand

und in den Tagen danach nach ZeugInnenberichten äußerst auffällig. Und wir haben Berichte von zahlreichen ZeugInnen aus der Nazi-Szene, dass es ein offenes Geheimnis war, dass er die Tat begangen hatte. Der GBA hat diese Indizienkette mit der Anklage präsentiert. Das reichte dem Gericht für die Eröffnung der Hauptverhandlung und die Verhaftung des Angeklagten. Bisher wurden alle Indizien bestätigt, sogar gestärkt.

Dem Angeklagten wird die Tat als »Einzeltäter« vorgeworfen. ZeugInnen haben vor Gericht ausgesagt, dass sich mindestens zwei Personen kurz vor Ausbruch des Brandes von dem Haus entfernt hatten. Gibt es weitere Anzeichen darauf, dass Peter S. nicht alleine gehandelt hat?

KP: Zunächst hatte der GBA als Anklagebehörde keine andere Wahl, als einen Alleintäter anzuklagen. Es gab zum Zeitpunkt der Anklageerhebung keine belastbaren Hinweise auf Mittäter. Doch glaube ich, dass der GBA auch davon ausgeht, dass es mindestens Mitwisser gegeben hat. Wir sind noch nicht am Ende der Beweisaufnahme. Insofern sind noch alle Möglichkeiten – auch in Richtung Mittäter – offen.

Im Verlauf des Prozesses wurde deutlich, dass es in der rechten Szene in Saarlouis ein »offenes Geheimnis« war, dass der Angeklagte für die Tat verantwortlich ist. In den 90iger Jahren war die extrem Rechte von V-Leuten der Geheimdienste und der Polizei durchsetzt. Ist davon auszugehen, dass dies auch im Saarland Praxis gewesen ist?

KP: Wir können nicht ausschließen, dass es im Verfassungsschutz Kenntnis gab und dieses Wissen aus Quellenschutzgründen zurückgehalten wird.

Könnte eine Verurteilung in diesem Verfahren auch ein Signal dafür sein, dass sich rechte Täter auch Jahrzehnte später nicht in Sicherheit wiegen können? Was würde ein Freispruch bedeuten?

AH: Eine Verurteilung könnte auch dazu führen, dass die Mauer des Schweigens bei den damaligen Polizeibeamten und Mitgliedern der damaligen Nazi-Szene durchbrochen wird. Es könnte darüber hinaus den Auftakt dazu bilden, die damaligen Ermittlungen in größerem Ausmaß als bisher in Frage zu stellen. Tatsächlich scheint es so, dass in den

90ern auch vorliegende Beweise nicht ausreichend bewertet wurden. Es ist davon auszugehen, dass noch weitere Taten aus diesen Jahren aufzuklären sind. Ein Freispruch kann eigentlich für andere Verfahren kaum Schaden anrichten, denn in den vergangenen 30 Jahren wurde nichts dafür getan, die vielen ungeklärten Fälle aufzuklären. Es kann also nichts schlimmer werden.

Ausgerechnet die CDU-Fraktion im saarländischen Landtag, die sich seit der letzten Landtagswahl in der für sie ungewohnten Rolle der Opposition wiederfindet, hat einen Untersuchungsschuss zu diesem Mordfall beantragt. Erwarteten Sie weitere Aufklärung oder ist dieser Schritt als reine Taktik zu sehen?

KP: Man sollte sich nicht an der möglichen Taktik der CDU abarbeiten. Jede Aufklärung ist gut. Wir sollten deutlich machen, welche Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit in solchen Parlamentarischen Untersuchungsausschüssen geschaffen werden müssen. In Thüringen haben wir gute Erfahrungen mit Untersuchungsausschüssen gemacht. Der Ausschuss zum NSU förderte fast mehr Erkenntnisse zutage als alle anderen zusammen. Der derzeit laufende Untersuchungsausschuss zu politischer Gewalt zeigt auf, dass die größte Bedrohung immer noch von rechts ausgeht. Das liegt aber vor allem an engagierten und hervorragend vorbereiteten Politikerinnen. Was Martina Renner (Die Linke), aber vor allem Katharina König-Preuss (Die Linke) in diesen Ausschüssen geleistet haben, ist unglaublich. Solche Menschen sind auch in der Lage, Untersuchungsausschüsse der CDU zu einem Gewinn zu gestalten.

Die saarländische Justizministerin Berg (SPD) hat Anfang des Jahres den Brandanschlag als rassistische Tat benannt. Haben die Opfer ein Angebot zur Entschädigung von den politisch Verantwortlichen im Saarland erhalten?

AH: Bislang wurde unseren Mandanten kein konkretes Angebot unterbreitet.



Der Mord an Samuel Yeboah

Veranstaltung mit Vertreter:innen der Nebenklage

Der Brandanschlag aus rassistischen Motiven auf eine Geflüchtetenunterkunft im September 1991 in Saarlouis wird seit November 2022 vor dem OLG Koblenz verhandelt. Angeklagt ist ein 51-jähriger Neonazi wegen des Mordes an Samuel Yeboah, 20-fachen versuchten Mordes und Brandstiftung mit Todesfolge. Überlebende und Bewohner des Hauses erhielten nach der Tat nicht die ihnen zustehende Unterstützung, sie wurden alleine gelassen mit ihren Traumatisierungen und teilweise aus Deutschland abgeschoben. Acht Überlebende nehmen als Nebenkläger an dem Gerichtsprozess teil und bringen ihre Perspektive über ihre Anwäl:innen ein.

Im Rahmen dieser Veranstaltung wollen wir Verlauf und Ergebnisse des Gerichtsprozesses aus Sicht von Vertreter:innen der Nebenklage beleuchten und einer antifaschistischen, kritischen Prozessbeobachtung Raum geben.

Samstag, 1. Juli 2023 / 19:00 Uhr

Schlosskeller Saarbrücken, Schlossplatz 1-15, 66119 Saarbrücken

Eine Veranstaltung in Kooperation mit der Antifa Saar / Projekt AK und
CriThink! e. V. – Gesellschaft zur Förderung des kritischen Denkens und Handelns.
Mehr Infos: boell-saar.de

CriThink!

Antifa Saar / Projekt AK
...mehr als nur gegen Nazis.



Heinrich-Böll-Stiftung Saar

Generationenwechsel

Ein Blick auf die saarländische radikale Rechte

Von Luca Zarbock

Als am 19. Dezember 2021 unter dem Motto »Wir sind die Rote Linie« 4.000 Gegner der Corona-Maßnahmen durch Saarbrücken zogen, fiel besonders eine Gruppe von etwa 10 – 15 vermummten Personen auf, die nicht ganz zum angestrebten Erscheinungsbild der Demonstration passten: Statt esoterischen Slogans von Liebe und Freiheit prangte auf ihrem Banner die Forderung »Heimatschutz statt Mundschutz«. Ein Transparent, das so auch von der rechtsradikalen »Identitären« Bewegung in Stuttgart, Frankfurt und Wien gezeigt wurde und auf die engen Verbindungen der »Querdenker«-Szene mit der extremen Rechten hinweist. Ein Transparent, das einlädt, sich einen Überblick über die sogenannte »Neue Rechte« im Saarland, ihre Präsenz in den sozialen Netzwerken sowie ihre Aktivitäten außerhalb des Internets zu verschaffen.

Das Aufkommen von Gruppen wie der Identitären Bewegung oder Kontrakultur Saar steht für einen Generationenwechsel im saarländischen Rechtsradikalismus. Das alte organisierte neonazistische Spektrum von Kameradschaften bis hin zur NPD tritt im Saarland kaum noch öffentlich in Erscheinung. Die neue Rechte setzt sich vor allem aus (sehr) jungen Menschen zusammen, die in öffentliche Räume drängen und eng vernetzt sind. Es versammeln sich unterschiedliche Milieus zu einem gefährlichen Gemisch: Burschenschaftler, Hooligans und Teile der AfD tun sich mit klassischen Neonazis zusammen, bündeln ihre Kräfte und legen eine offensive Gewaltbereitschaft an den Tag.

Die neuen Rechtsradikalen

Unter dem Sammelbegriff »Neue Rechte« fasst man allgemein eine Form des Rechtsradikalismus, die sich formal vom Nationalsozialismus und Neonazismus distanziert und sich vielmehr auf die sogenannte »Konservative Revolution« der Weimarer Republik

bezieht. Diesen Begriff hat in den 1960er-Jahren der Publizist Armin Mohler eingeführt, um die elitären Faschisten und Antisemiten der Weimarer Republik begrifflich von der NS-Massenbewegung abzuheben. Er selbst war Freiwilliger der Waffen-SS und darauf sein Leben lang stolz.

Die »Neue Rechte« propagiert zurzeit keine offene Gewalt, sympathisiert aber mit rechten Schlägern und Mordbrennern. Sie versucht, mit einer stärkeren medialen Präsenz und der Selbstinszenierung als friedliche patriotische Bürger ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Ihre Strategie besteht darin, die Bundesrepublik mit allen Mitteln zu destabilisieren. Die Wahnvorstellung der ethnischen Reinheit wird dabei durch neue Begriffe wie »Ethnopluralismus« verschleiert. So wird die vom Grundgesetz garantierte staatsbürgerliche Gleichheit von Menschen verschiedener Herkunft abgelehnt und ihre massenweise Ausweisung aus der Bundesrepublik propagiert (»Remigration«).

Die saarländischen Identitären

Besonders in die Öffentlichkeit gerückt ist spätestens seit 2016 die »Identitäre Bewegung« (IB), die mit spektakulären Aktionen wie der Besetzung des Brandenburger Tors auffiel und vor allem die filmische Verarbeitung dieser Aktivitäten zunehmend perfektioniert hat. Im Saarland trat die IB erst im November 2019 mit einem eigenen Telegram-Kanal in Erscheinung, auf dem auch prompt die ersten Handlungen dokumentiert wurden: Neben dem Aufhängen eines »Heimatliebe«-Transparents in Saarbrücken und einer Flyeraktion in St. Wendel wurde schließlich mit dem Erklimmen eines Postgebäudes in Sulzbach gegen dessen Umbau zu einer Moschee protestiert. Dabei berief sich die saarländische IB auf die französische »Génération Identitaire«, die auf ähnliche Weise im Jahr 2012 mit der

Besetzung eines Moscheedachs in Poitiers ein aggressives Zeichen gegen Immigration nach Europa setzte. Um den Jahreswechsel 2019/20 herum fiel die IB in Saarbrücken noch mit dem Anbringen von »Multikulti läuft«-Graffiti an den Sicherheitspollern des Weihnachtsmarktes sowie mit der Durchführung eines Anti-GEZ-Infotischs auf. Mit Beginn der Corona-Pandemie ging die Zahl der identitären Aktionen im Saarland stark zurück. Anfangs dankte man per Banner den Mitarbeitern im Gesundheitssystem und forderte den Gesundheitsschutz der deutschen Bevölkerung durch das Schließen von Grenzen. Wenig später sprach man dann schon von »überzogenen Corona-Zwangmaßnahmen«. Nach verschiedenen Aktionen unter dem Motto »Islamisten abschieben« und einer Solidaritätsaktion mit der verbotenen französischen »Génération Identitaire« ist es seit März 2021 still um die Identitäre Bewegung Saarland geworden. Dies hängt zum einen mit dem zunehmenden »Deplatforming« der Bundes-IB und damit einhergehend einer schwindenden Reichweite der Bewegung als Ganzes zusammen, zum anderen aber auch mit der Entstehung einer neuen Gruppe im Saarland: der »Kontrakultur Saar«.

Kontrakultur Saar

Diese Gruppe beruft sich in ihrem Namen auf die identitäre Organisation »Kontrakultur Halle« und sieht sich als explizite Fortsetzung der Identitären Bewegung Saarland, was unter anderem daran deutlich wird, dass sie Fotos von IB-Bannern als »klares Statement vergangener Aktionen« bezeichnet. Im Jahr 2021 veröffentlichte Kontrakultur Saar Fotos von Wanderungen am Otzenhausener Ringwall, von Abenden am Lagerfeuer oder vom Feiern der Wintersonnenwende. Diese sind Symbole eines aggressiven deutschen Nationalismus, der seine Ursprünge bis in die Zeit der »germanischen Urväter« zurückdatiert. Das entspricht dem Geschichtsbild aller Rechtsradikalen in Deutschland. Wichtig für die Aktivisten ist auch ihre Selbstinszenierung als Kampfsportler. Auf einem Post, der die Aktivisten beim Kampfsport zeigt, sind auch Personen aus dem Saarbrücker Hooligan-Umfeld abgebildet, die bereits bei den ersten dokumentierten Aktionen der saarländischen

Identitären vor Ort waren. Marvin Wedel, einer von ihnen, nahm bereits 2015 gemeinsam mit Personen des Nationalen Widerstands Zweibrücken und der NPD an rechtsradikalen Mahnwachen teil und ist gut mit dem saarländischen Neonazismus vernetzt. Vor diesem Hintergrund kann das Training der Kontrakultur Saar nicht nur als sportliche Betätigung, sondern auch als Vorbereitung auf gewalttätiges Vorgehen gegen ihre Feinde, wie Migranten oder Linke, betrachtet werden. Im Dezember 2022 trat Kontrakultur Saar dann erstmals in der Öffentlichkeit auf und entrollte vor dem saarländischen Innenministerium, untermalt von Fackeln, ein Banner mit der Aufschrift »Schützt unsere Kinder«. Von dieser Aktion wurde auch ein Video veröffentlicht, welches stilistisch an die Agitation der Identitären Bewegung anknüpft. Dieser Beitrag wurde ebenso wie das Instagram-Konto der Gruppe fleißig über den Telegram-Kanal der IB Saarland geteilt. Im Gegensatz zur Identitären Bewegung wurde Kontrakultur Saar nicht im Lagebild des Saarländischen Verfassungsschutzes 2021 erwähnt.

Die Junge Alternative Saar (JA)

Ebenfalls nicht im Saarländischen Verfassungsschutzbericht taucht die Junge Alternative Saarland auf. Diese formierte sich nach einer Zeit der Inaktivität während Corona neu und veranstaltete nach internen Wandertouren im Herbst 2022 auch eigene Stammtische. Eine zentrale Figur der saarländischen JA ist Nicolas Benyoucef, der neben seiner Tätigkeit in der Jungen Alternative auch Mitglied der extrem rechten saarländischen Burschenschaft Ghibellinia zu Prag ist. Gemeinsam mit fünf anderen Saarbrücker Burschenschaftlern stand er im Dezember 2022 vor Gericht, weil diese im Haus der Heidelberger Burschenschaft Normannia eine jüdische Person massiv misshandelt und gedemütigt haben sollen. Bereits in den *Saarbrücker Heften Nr. 106* schrieb Erich Später über die antisemitische, deutsch-nationalistische und mörderische Vergangenheit der Ghibellinia und über ihre Vernetzungen im Saarland. Diese reichte von führenden Politikern der CDU, SPD und FDP bis hin zum ehemaligen Universitätspräsidenten Volker Linneweber. Alter Herr der Ghibellinia ist

außerdem Christian Wirth, Landesvorsitzender der AfD und Mitglied des Bundestages. Folgerichtig war auf einer Kundgebung der AfD in Saarbrücken im Januar 2023, auf der Wirth sprach, auch der Leipziger Identitäre-Aktivist Alexander »Malenki« Kleine als Fotograf zu Gast. Auf den Corona-Demos marschierte die Junge Alternative stets mit Aktivisten der Kontrakultur Saar. Benyoucef selbst fiel im Januar 2022 auch dadurch auf, dass er am Rande einer Corona-Demonstration in Saarbrücken das rechtsradikale »White Power«-Handzeichen zeigte. Auf dem Foto, das diesen Gruß dokumentiert, steht neben Benyoucef ein Jugendlicher, der sich Anfang 2022 an den Übergriffen auf einer Gedenkveranstaltung in Saarbrücken für die Opfer des rassistischen Anschlags in Hanau beteiligte.

Die rechtsradikale Stoßrichtung der Jugendorganisation der AfD wird auch an ihrer Begeisterung für Hitler-Deutschland deutlich:

»Heute vor 86 Jahren«, jubilierte am 13. Januar 2021 die JA über den Anschluss des Saarlandes an NS-Deutschland, »bekannte sich die Saar mit überwiegender Mehrheit zu ihrem deutschen Vaterland. Heute, fast ein Jahrhundert später«, so die Junge Alternative, »ist es an uns, das erneut in Not geratene Deutschtum an der Saar zu verteidigen.«

An jenem 13. Januar 1935 übernahm Hitler die Macht im Saarland. Es begann die brutale Verfolgung und Ermordung »der Anderen«, der Krieg gegen unsere Nachbarn, an dessen Ende auch das Saarland zerstört war.

Junge Alternative und Identitäre Bewegung auf der Corona-Demo am 19. Dezember 2021. Foto: Kai Schwerdt



FAHRT NACH

Auschwitz

für
Jugendliche & junge Erwachsene
vom 23. - 29. Oktober 2023

Informationen unter <https://stiftung-demokratie-saarland.de/exkursionen/schueler-und-gruppen/fahrt-nach-auschwitz381> oder:



gefördert von:



Waffenbesitz im Saarland

Eine Bedrohung?

Von Emil Mura

Wer in Deutschland eine Waffe legal erwerben will, muss ein Bedürfnis nachweisen. Dazu zählt das regelmäßige Schießen im Schützenverein oder die Jägerschaft. In beiden Fällen wird zusätzlich die Eignung geprüft. Doch sind diese Prüfungen zuverlässig? Selbst unter Waffenbesitzern gibt es Zweifel.

Es ist ein typischer Frühlingstag, als Daniel Schwarz (Name geändert) die Präsenzphase seiner Jagdausbildung antritt. Im Innenhof der Jagdschule in Überherrn blüht der ein oder andere Löwenzahn, etwa alle halbe Stunde durchbrechen ein paar Sonnenstrahlen die Wolkendecke. Für das Wetter hat Daniel an jenem Tag im April 2022 aber kein Auge. Seine Konzentration gilt einzig den in dieser Woche anstehenden Prüfungen zum Jagdschein. Wochenlang hat er sich in einem Onlinekurs darauf vorbereitet. Als er mit etwa einem Dutzend Gleichgesinnten den Kursraum betritt, ahnt er nicht, dass er die Jagdschule mit einem mulmigen Gefühl verlassen wird.

Die Ausbildung zum Jäger ist eine der Möglichkeiten, wie man in Deutschland legal an Waffen kommen kann. Das Waffengesetz gilt bundesweit und setzt für den Erwerb von Waffen bestimmte Bedürfnisse voraus. Dazu zählen in erster Linie die Jagd und der Schießsport in Schützenvereinen. Zusätzlich können auch Brauchtumsschützen, Waffen- und Munitionssammler, Waffen- und Munitionssachverständige, gefährdete Personen und Erben eine Waffenbesitzkarte beantragen. Allen ist gemeinsam, dass sie ihr Bedürfnis nachweisen müssen. Bei Jägern erfolgt das durch das Vorlegen des auf ein oder drei Jahre ausgestellten Jagdscheines, bei Sportschützen durch einen Nachweis des Schützenvereins. Im Rahmen der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsüberprüfung erfolgt auch ein Abgleich von gerichtlichen, polizeilichen und verfassungsschutzrechtlichen Informationen zu dem jeweiligen Antragsteller. Im Saarland wurden im Jahr 2022 insgesamt 477 waffenrechtliche Erlaubnisse widerrufen, weil kein Bedürfnis mehr nachgewiesen werden konnte.

86.358 Schusswaffen auf 16.450 Besitzer

Bei Daniel Schwarz ist das Bedürfnis klar. Er will jagen gehen. Seine erste Unterrichtseinheit in der Präsenzwoche befasst sich mit dem Thema Waffentechnik. Der junge Mann sitzt in der ersten Reihe, an der Wand neben ihm hängen technische Zeichnungen von Pistolen und Gewehren. Die anderen Kursteilnehmer sind überwiegend in seinem Alter, zwischen 20 und 30 Jahre alt. Einer von ihnen kommt aus Bayern, einer ist Handwerker, auch ein BWL-Student ist unter ihnen und eine junge Frau, dem Namen nach adeliger Herkunft. Der Dozent, ein etwa 50-jähriger Mann mit Kurzhaarschnitt und Cargohose, eröffnet den Unterricht. Sein Ton ist rauer, als Daniel es aus der Schule kennt. Doch darauf ist er gefasst. Im Vorbereitungskurs hat er gelernt, dass der Ton Teil der Ausbildung ist. Die Prüflinge sollen unter Druck gesetzt werden und beweisen, dass sie auch in Stresssituationen zuverlässig und stabil sind. Gerade in Waffenkunde sei das wichtig, darüber herrscht im Kursraum Einigkeit.

Daniel muss an Andreas S. denken, der am 31. Januar 2022 zwei Polizisten in der Nähe von Kusel ermordet hat. Wo hat er seine Jagdausbildung gemacht? Wie hat er sich in der Prüfung verhalten? Wie ist er mit dem Stress umgegangen, und hat man ihm damals angemerkt, wozu er fähig sein würde? Hätte man es merken können? Daniel schaut sich seine Sitznachbarn genauer an. Die blonde Adelige oder der dunkelhaarige Monteur mit der Brille. Was ist er für ein Mensch? Wie ist sein Zuhause, und wie stabil ist er, wenn das Leben ihn herausfordert? Alle hier im Kursraum werden bald eine oder mehrere Waffen



ihr Eigen nennen. Oder sie haben sie schon zu Hause, weil sie gleichzeitig auch Sportschützen sind.

Aus dem nationalen Waffenregister geht hervor, dass im Saarland 86.358 erlaubnispflichtige Schusswaffen, Stand 2023, registriert waren. Dabei handelt es sich um Lang- und Kurzwaffen, sprich: Gewehre und Pistolen. Sie verteilen sich auf 16.450 Personen, 185 Personen weniger als im Jahr 2022. Die Zahl der Waffen ist nach Angaben der Landkreise in den vergangenen Jahren konstant geblieben oder gestiegen.

Das heißt: Weniger Personen besitzen mehr Waffen. Im Landkreis St. Wendel wurden beispielsweise seit Ende 2012 zusätzliche 1.100 Waffen registriert. Dort besitzt die Gruppe der 60- bis 69-Jährigen die meisten Waffen. Ansonsten ist die Altersstruktur durchmischt, tendenziell sind die Besitzer älter. Über ihre Sozialstruktur gibt es keine Daten. Besonders in den ländlichen Kreisen wie Merzig-Wadern oder St. Wendel ist die Zahl der Jäger unter den Waffenbesitzern höher als die der Sportschützen. Alle Landkreise berichten zudem, dass Anträge zum Waffenbesitz auch immer wieder abgelehnt werden, weil die Antragsteller die geforderte Zuverlässigkeit nicht erfüllen.

Nervenzusammenbruch während der Prüfung

Daniel Schwarz ist gerade mitten in seiner ersten Teilprüfung. Vor den Augen der angehenden Jägerkollegen muss er eine P8 von Heckler & Koch laden, entladen und sichern. Der Ausbilder setzt ihn unter Druck. Magazin rein, Waffe sichern, Verschluss nach hinten ziehen, Magazin raus, wieder Verschluss nach hinten ziehen, sichern. Daniel, der auch langjähriger Sportschütze ist, macht alles richtig. Er besteht die Teilprüfung. Wie alle seiner Kollegen. In der Pause stehen die Prüflinge draußen zusammen und unterhalten sich. Alle sind sich einig, dass es gut ist, dass der Prüfer Druck aufbaut. Einer erzählt, dass in einer anderen Gruppe einer dabei sei, der mit dem Druck nicht so gut klarkomme. Er fühle sich schlecht behandelt und habe bereits einen kleineren Nervenzusammenbruch gehabt. Daniel zuckt mit den Achseln. Er wolle gar nicht wissen, wie viele Sportschützen mit diesem Druck nicht umgehen könnten. Sie seien sowieso ein anderer Schlag als die Jäger. Vielen gehe es mehr darum, die Waffen zu besitzen, als mit ihnen sportlich zu schießen. Ob da immer die Zuverlässigkeit gegeben sei? Alle lachen. Nachdem die Raucher ihre Zigaretten

ausgedrückt haben, geht es weiter. Das Gespräch ist schnell vergessen.

Aber wann ist eigentlich jemand zuverlässig und wann nicht? Bisher fragen die Waffenbehörden die Zuverlässigkeit der Antragsteller nur bei den Sicherheitsbehörden und der örtlichen Polizei ab. Das heißt, ein angehender Waffenbesitzer darf nicht polizeilich in Erscheinung getreten sein bzw. Vorstrafen besitzen. Seit der letzten Änderung des Waffengesetzes im September 2020 wird zusätzlich eine Auskunft der Verfassungsschutzbehörden eingeholt. Zudem ist vorgeschrieben, dass alle fünf Jahre überprüft wird, ob das Bedürfnis an der Waffe fortbesteht. Damit wurde das Gesetz an die EU-Richtlinien angepasst.

Nach dem Amoklauf in einem Café der Zeugen Jehovas in Hamburg im März 2023 wird wieder über eine Verschärfung des Waffenrechts diskutiert. Bundesinnenministerin Faeser will, dass bei jedem, der eine Waffenbesitzkarte beantragt, künftig überprüft wird, ob dieser psychologisch geeignet ist. Derzeit ist diese Prüfung nur für Unter-25-Jährige vorgesehen. Laut Faeser soll dazu auch mit den Gesundheitsbehörden zusammengearbeitet werden. Ob und wann diese Forderungen umgesetzt werden, ist allerdings noch unklar.

Daniel hält eine Auskunft der Gesundheitsbehörde für unbedingt notwendig. Als er am vorletzten Tag aus seinem Seminarraum kommt, streift Blaulicht seine Augen. Vor dem Gebäude steht ein Polizeiauto. In

der Raucherecke tuscheln andere Lehrgangsteilnehmer. Die Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer. Der Anwärter aus der anderen Gruppe, der schon Anfang der Woche schwache Nerven gezeigt haben soll, sei ausgerastet. Er habe die Waffenprüfung nicht bestanden und habe daraufhin mit den Waffen, die er angeblich hat, gedroht. Dabei ist es durchaus möglich, dass er, wenn er Sportschütze und bisher nicht negativ in Erscheinung getreten ist, die Waffen tatsächlich besitzt. Diese wolle er nun zu Hause holen und den Prüfern zeigen, wie er damit umgehen könne.

Eine also in letzter Sekunde vereitelte Bluttat? Die Dozenten klären anschließend die Teilnehmenden über den Vorfall auf. Details werden nicht genannt, auch nicht, ob er tatsächlich gedroht hat. Es wird nur gesagt, dass dieser Jagdschüler nicht geeignet gewesen sei und im Saarland sicher keinen Jagdschein mehr bekommen werde. Wie weit der junge Mann gegangen wäre, wird Daniel nie erfahren. Doch der Vorfall hat bei ihm Eindruck hinterlassen. Er hat aus nächster Nähe erfahren, dass niemals eine Garantie besteht, ob jemand zum Besitz von Waffen geeignet ist oder nicht. Im Nachhinein könne man jedem die geistige Eignung absprechen, meint der Dozent, und die Waffen entziehen. Aber eben erst im Nachhinein. Am nächsten Tag verlässt Daniel die Jagdschule, er hat alle Prüfungen bestanden. Sich richtig darüber freuen kann er allerdings nicht. Zu sehr steckt ihm der Schreck vom Vortag in den Knochen.

Ganz stark gegen die Schwachen

Die städtische Ordnungspolitik und Protest dagegen

Von Dennis Kundrus

Die Temperatur liegt knapp über dem Gefrierpunkt. Es regnet stark und es ist noch dunkel. Ein Pritschenwagen der Ortspolizei Saarbrücken, der an ein Müllauto erinnert, rückt aus. Der Auftrag der Beamten lautet: Räumung von vier Obdachlosen, die an der Hauswand der Wärmestube in der Trierer Straße auf acht Quadratmetern Wiese ihre Zelte aufgeschlagen haben. Die Aktion beginnt um 7:30 Uhr des 16. Januar 2023.

Einer der Obdachlosen weigert sich mitzuwirken. Er befürchtet, dass sein letztes Hab und Gut völlig durchnässt wird, bei den eisigen Temperaturen bedeutet dies nicht weniger als Lebensgefahr. Die Ortspolizei darf keine Gewalt anwenden und fordert Amtshilfe. Ganze neun Polizeibeamte rücken an. Doch deren Einsatzleiter will die Räumung nicht mit Gewalt durchsetzen und gibt dem Mann noch Zeit zu packen. Danach wird der Platz geräumt und die restlichen Habseligkeiten mit dem Pritschenwagen abtransportiert.

Gegen diese menschenunwürdige Räumung protestiert direkt die nahegelegene Wärmestube. Die Wärmestube Saarbrücken bietet Obdachlosen und armen Menschen die Möglichkeit, sich tagsüber dort aufzuhalten. Alle Gäste erhalten dort ohne Bedürftigkeitsüberprüfung Mahlzeiten und kleine Alltagshilfen. Nachdem der Vorfall publik geworden war, regte sich auch im Netz schnell noch mehr Kritik gegen die Stadt. Diese wies die Vorwürfe erstmal pauschal zurück. Als Grund für die Aktion wurde zunächst die Durchsetzung der 2007 beschlossenen Verordnung gegen wildes Campieren in Saarbrücken angeführt. Auch bestand aufgrund der seit Tagen anhaltenden niedrigen Temperaturen, so Sozialdezernent Tobias Raab (FDP), »Gefahr für Leib und Leben« der Obdachlosen.

Dabei hatten die Obdachlosen dort bereits seit Tagen bei eisiger Kälte campiert und den Platz nahe der Wärmestube ganz bewusst ausgewählt, um nicht frieren zu müssen. Außerdem hatte gerade die Räumung die Obdachlosen der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt, eine Unterkunft war nur einige Tage davor angeboten worden – am Tag der Räumung stand keine bereit. Die Unverhältnismäßigkeit des Vorgehens und die Scheinheiligkeit der Begründung rief Empörung in der saarländischen Medienlandschaft hervor. SZ-Redakteur Dietmar Klostermann sprach von »Saarbrückens fieser Fratze«, die sich an diesem Morgen gezeigt hatte.

Protest vor der Rathaustür

Die Wut über die Räumung blieb nicht nur in den Zeitungen und Kommentarspalten. Am 20. Januar demonstrierten über 70 Menschen vor dem Saarbrücker Rathaus. Dazu aufgerufen hatten in der Obdachlosenhilfe engagierte Bürger.

Der Protest war vielfältig, bunt und setzte sich aus verschiedensten Bevölkerungsgruppen der Stadt zusammen. Mit dabei waren auch einige jungen Menschen wie die Studentin Clara H. »Mir war es wichtig, an dem Protest teilzunehmen, weil ich in einer Stadt leben will, die allen BewohnerInnen menschenwürdige Lebensumstände bietet«, begründet Clara H. ihre Teilnahme. Gegenüber der Politik der Stadt bezieht sie klar Stellung: »Saarbrückens Politik gegenüber Obdachlosen empfinde ich als menschenverachtend und ich wünsche, dass die Stadt aktiv daran arbeitet, die Lebenssituation der Obdachlosen zu verbessern.«

Oberbürgermeister Conradt, so der Vorwurf von Wolfgang Edlinger, dem früheren Geschäftsführer der Armutskonferenz und Initiator des Protestes, habe sich bewusst »für Verdrängen und Beseitigung der lästigen Menschen entschieden« und versuche dies durch Ordnungspolitik umzusetzen. Für Edlinger besteht der Schlüssel zur Bewältigung der konkreten Konflikte darin, Kommunikation auf Augenhöhe mit den Betroffenen, BürgerInnen und den zuständigen SozialarbeiterInnen und Fachkräften zu führen. Während des Protests brachte Edlinger die Räumungserklärung direkt an der Rathaus-tür an, um auf das Vorgehen der Stadt aufmerksam zu machen. Diese ungewöhnliche Art des Anklopfens brachte dann sogar Oberbürgermeister Uwe Conradt dazu, aus seinem Amtssitz zu kommen und den Demonstrierenden zu versichern, er sei für eine »menschenfreundliche Stadt«.

Auf den Protest folgten auf Druck von Öffentlichkeit und der Opposition im Stadtrat Sondersitzungen des Sozialausschusses im Saarbrücker Rathaus. Nach dem massiven Druck haben Conradt und Raab zunächst den verbalen Rückzug angetreten. Eine Entschuldigung der Verantwortungsträger gibt es nach wie vor nicht.

Wohnraum schaffen

Die Räumungsaktion ist nur eine weitere Erscheinungsform der neoliberalen Stadtpolitik unter Uwe Conradt. Die Stadt soll ein Raum des ungestörten Konsums, des ungestörten Handelns von Waren sein, wo der Mensch nur als Arbeitskraft oder als zahlender Konsument seinen Platz hat. Armut stört das Bild des florierenden, kommerzialisierten Raumes und wird in Folge aus dem städtischen Bild verdrängt. Und das zum wiederholten Mal, auch ohne davor für die Betroffenen Alternativen zu schaffen, die ihnen eine bessere Perspektive bieten würden. Dass aber die Verdrängungspolitik nicht funktioniert, sieht man auch am Beispiel der abgerissenen Saarbahnhaltehäuschen an der Johanneskirche (siehe *Saarbrücker Hefte* Nr. 125). Die sich dort versammelnden Menschen sind nun einfach ein paar Meter weitergezogen.

Manfred Klasen, Geschäftsführer der Saarländischen Armutskonferenz, skizziert, wie

Hilfsmaßnahmen für Obdachlose aussehen müssen: »Es braucht immer auch soziale Begleitung, soziale Arbeit im ausreichenden Umfang, da die Problemlagen der Betroffenen vielfältig sind und in Folge auch der Hilfebedarf.« Für ihn hängt die Frage der Obdachlosigkeit außerdem eng mit der Frage nach bezahlbarem Wohnraum zusammen: »Klar ist auch, dass wir die extreme Wohnungsnot besser bewältigen könnten«, so Klasen in seiner Stellungnahme, »wenn deutlich mehr Sozialwohnungen zur Verfügung stehen würden und wir Wohnungsleerstand effektiver angehen könnten.«

Im Saarland steht seit Jahrzehnten der soziale Wohnungsbau still, ein Zweckentfremdungsgesetz, um Leerstand von privaten Spekulanten zu enteignen, gibt es nicht.

Dass nun Bewegung in die Obdachlosienpolitik der Stadt gekommen ist, haben sich die Menschen in der Stadt, die mit der bisherigen Linie der Stadt nicht einverstanden sind, hart erkämpft. Es bleibt zu hoffen, dass dem Prozess auch wirksame sozialpolitische Maßnahmen folgen.

»Nichts, was eine Ehrung verdient hätte.«

Ein Gespräch mit Françoise Berger über die Ehrung Ernst Röchlings durch die Saar-Uni

Von Dennis Kundrus

Ende Juli 2022 entschied der Senat der Universität des Saarlandes, den verurteilten Kriegsverbrecher Ernst Röchling weiter als ihren Ehrensensator zu würdigen (siehe *Saarbrücker Hefte* 126). Diese Entscheidung kritisiert auch die französische Historikerin Françoise Berger, die den Rastatter Kriegsverbrecherprozess und die Rolle des Röchling-Clans im Zweiten Weltkrieg erforscht.

Wie beurteilen Sie die Rolle von Ernst Röchling im besetzten Frankreich?

Ernst Röchling hatte einen Großteil seiner Karriere in Frankreich absolviert und galt eher als »frankophil«. Aber als Teil der Geschäftsleitung des Röchling-Konzerns war er zwangsläufig über alle Machenschaften seines Onkels Hermann Röchling informiert und trug diese mit. Dies waren insbesondere die Plünderungen von Industrieanlagen in Frankreich und der Einsatz deportierter Arbeitskräfte.

Dies war auch die Schlussfolgerung des Gerichts in Rastatt, das Ernst Röchling zu fünf Jahren Haft und Vermögensentzug verurteilte – während Hermann Röchling zehn Jahre erhielt. Im Vergleich zu seinem Onkel ist das Strafmaß geringer, aber es handelt sich um schwerwiegende Delikte. Ernst Röchling wurde im Gegensatz zu seinem Onkel zwar nicht wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« angeklagt, aber ganz konkret wegen Beihilfe zum Angriffskrieg und Kriegsverbrechen. In der Zusammenfassung des Urteils wurde festgehalten, er sei kein Nazi und kein Mitglied der NSDAP gewesen. In der Anklageschrift wird das jedoch damit erklärt, dass dahinter die Strategie stand, dass Röchling so den Handel seiner Firma mit Frankreich besser verwalten konnte und zum Teil in Paris lebte.

Wie bewerten Sie die Entscheidung der Universität, sich zwar von Ernst Röchling als verurteiltem Kriegsverbrecher zu distanzieren,

Françoise Berger ist Dozentin für Geschichte an der Universität Grenoble. Ihre Forschungsthemen sind die diplomatischen und wirtschaftlichen deutsch-französischen Beziehungen im 20. Jahrhundert, die europäischen Wirtschaftskonstruktionen und die französische und europäische Industriegeschichte.

ihm aber die Ehrensensatorwürde weiterhin zuzugestehen?

Ich finde, dass es keine wirkliche Entscheidung ist. Die Universität wurde durch die Affäre um Ernst Röchling infrage gestellt. Ernst Röchling war in den 1950er-Jahren einer ihrer finanziellen Gönner – dafür wurde ihm der Titel eines Ehrensensators verliehen. Die jüngere Generation, die sich mit der Geschichte beschäftigt, will mehr Transparenz und dass alle früheren Ehrungen von Personen, die in die Verbrechen des Nationalsozialismus und Kolonialismus verstrickt sind, zurückgenommen werden. Die Universität gab diesem Druck ein wenig nach und »distanzierte sich«, wollte den Ehrentitel aber nicht zurücknehmen. In Frankreich würden wir sagen, das ist »une réponse de Normand«, was so viel heißt wie »vielleicht ja und vielleicht nein zugleich«.

Für die älteren Generationen, für die solche Ehrungen normal waren, sind Aktionen wie das Abreißen von Statuen von Kolonialverbrechern manchmal schockierend. Aber vielleicht ist dies auch der Zeitpunkt, um über die langfristigen Folgen des Umgangs mit der Geschichte nachzudenken. Auch vor dem aktuellen Hintergrund des Krieges in der Ukraine, der den Begriff des »Kriegsverbrechens« wieder aufleben lässt. Dieser wird rechtlich oft missverstanden, weil er nicht nur Straftaten gegen Personen beinhaltet.

Die Saar-Uni attestiert Ernst Röchling, ihm sei »in politischer Hinsicht kein Vorwurf zu

machen« und er sei immer maximal distanziert vom NS gewesen. Teilen Sie diese Auffassung?

Mein Kollege Hervé Joly, mit dem ich an diesen Fragen gearbeitet hatte¹, war im Rahmen seiner Bewertung für die Universität in der Tat sehr moderat in seiner Einschätzung und betonte – seiner Meinung nach – Ernst Röchlings Distanz zum Nationalsozialismus und stellte die Tatsache heraus, dass sogar das Gericht, das ihn verurteilte, seine »menschlichen Gefühle« anerkannte. Ich kann diese Ansicht verstehen, vor allem in direktem Vergleich mit Hermann Röchling. Doch auch wenn er eine scheinbare Distanz zum Nazi-Regime bewahrte, verließ er dennoch nicht seine Firma. Er war ein aktiver Komplize. Er leistete vor allem keinen Widerstand oder andere Taten, die einen Ehrentitel rechtfertigen würden. Es wäre notwendig gewesen, bereits in den 1950er-Jahren die Verleihung des Titels zu verhindern. Die damalige gesellschaftliche Situation im Saarland begünstigte jedoch die Ehrung dieser problematischen Persönlichkeiten. Mit der Zeit wird so ein Ehrentitel dann immer weniger hinterfragt. Und desto mehr Zeit verstreicht, desto schwieriger wird die Aberkennung.

Die Universität des Saarlandes und die Historikerin Gabrielle Clemens behaupten, nach

heutigem Recht sei Ernst Röchling nicht als Kriegsverbrecher zu betrachten. Was halten Sie von dieser Aussage?

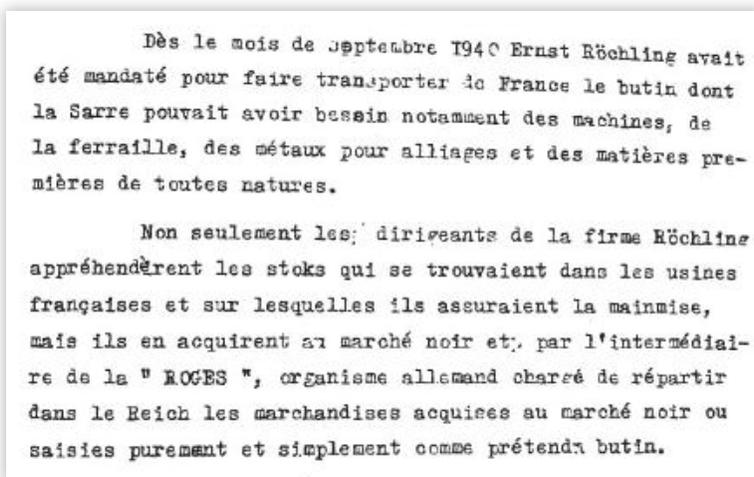
Es fällt mir schwer, diesen Verweis auf das »aktuelle Recht« zu verstehen. Mir scheint, dass sich die Definition von »Kriegsverbrechen« seit der Zeit des Urteils nicht geändert hat. Manche sagen heute, dass das Gericht in Rastatt besonders streng war und dass Ernst Röchling heute nicht in dieser Form verurteilt worden wäre. Als das Gericht ihn damals aufgrund einer Reihe von Beweisen als schuldig und als Kriegsverbrecher verurteilte, war es jedenfalls zweifellos der Ansicht, dass er eine hohe Verantwortung trug. Er wurde auf dieser Ebene nicht nur als »Mitläufer«, sondern als »Mittäter« betrachtet.

Sie haben die Entscheidung der Universität bereits öffentlich kritisiert. Haben Sie darauf irgendwelche Reaktionen erhalten?

Nein.

Anmerkung:

- 1 Berger, Françoise / Joly, Hervé: »Fall 13«. Das Rastatter Röchling-Verfahren«, in: Kim C. Priemel / Alexa Stiller (Hrsg.): NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung. Hamburg: Hamburger Edition 2013 (+ 2014), 464–490.



Dès le mois de septembre 1940 Ernst Röchling avait été mandaté pour faire transporter de France le butin dont la Sarre pouvait avoir besoin notamment des machines, de la ferraille, des métaux pour alliages et des matières premières de toutes natures.

Non seulement les dirigeants de la firme Röchling appréhendaient les stocks qui se trouvaient dans les usines françaises et sur lesquelles ils assuraient la mainmise, mais ils en acquirent au marché noir et, par l'intermédiaire de la " ROGES ", organisme allemand chargé de répartir dans le Reich les marchandises acquises au marché noir ou saisies purement et simplement comme prétendu butin.

Auszug aus dem Rastatter Urteil über Ernst Röchling.

Übersetzung: »Bereits im September 1940 war Ernst Röchling beauftragt worden, die im Saarland benötigte Beute wie Maschinen, Schrott, Legierungsmetalle und Rohstoffe aller Art aus Frankreich zu transportieren. Die Leiter der Firma Röchling beschlagnahmten nicht nur die Bestände, die sich in den französischen Fabriken befanden und über die sie die Kontrolle ausübten, sondern erwarben diese auch auf dem Schwarzmarkt und über die »ROGES«, eine deutsche Organisation, die für die Verteilung der auf dem Schwarzmarkt erworbenen oder als angebliche Beute beschlagnahmten Waren im Reich zuständig war.«



»Dafür haben wir diese Leute nicht nach Saarbrücken geholt«

Der »Notstands«-Konflikt 1968 an der Universität des Saarlandes.
Zugleich ein Beitrag zur Röder-Debatte

Von Rainer Eisfeld

Hauptakteure (2): Der katholische Chefredakteur

Alles andere als eine aufrührerische Ansprache, sollte man denken – Mahnung statt Stimmungsmache. Doch so wirkte sie nicht auf den Chefredakteur der bistumseigenen *Saarbrücker Landeszeitung*, dessen »christliche Berufung« seine Verwandtschaft nicht müde wurde, postum zu betonen (sein Flugzeug stürzte zehn Jahre später über Ecuador ab, als er dort für die Caritas-Überseehilfe unterwegs war): Franz-Lorenz von Thadden, 44-jährig, CDU-Mitglied, vom Protestantismus zum katholischen Glauben konvertiert, umso dezidierterer »Bannerhalter der katholischen Weltanschauung«, wie der Kulturwissenschaftler Andreas Merl über die gesamte *Landeszeitung* geurteilt hat (Merl 2009).

Hervorgegangen war die *Landeszeitung* aus dem gleichnamigen Blatt der saarländischen katholischen Zentrumspartei der 1920er-Jahre. Ihre Wiederauferstehung erlebte sie 1958, herausgegeben vom Bistum Trier, das sie 1972 endgültig einstellte. Thadden entstammte, wie Krockow, pommerschem Landadel. Über Stationen in den politischen Redaktionen der *Welt* und der *Schwäbischen Zeitung* gelangte er 1959 zur *Landeszeitung*. Während des NS-Regimes hatte seine Familie sich der Bekennenden Kirche angeschlossen. Aus deren Drangsalierung durch die Diktatur zog Thadden die – von ihm selbst so formulierte – Konsequenz: »Lieber tot als bolschewistische Herrschaft« (Thadden u. a. 2015: 230, 309, 332).

Der Politikwissenschaftler und Publizist Professor Rainer Eisfeld hat für die *Saarbrücker Hefte* einen Aufsatz über das Jahr 1968 an der Saar-Uni geschrieben. Neben erhellenden Details zur Geschichte der Universität schildert er den heute weitestgehend vergessenen Konflikt zwischen dem rechts-katholischen Lager um den damaligen Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder und dem bekannten linksliberalen Politologen Christian Graf von Krockow. In diesem Heft drucken wir den zweiten Teil des Aufsatzes; der erste Teil wurde im Heft 126 abgedruckt.

In der Jungen Union und der CDU hatte er sich früh engagiert. »Rigide Moralvorstellungen« (Thadden u. a. 2015: 356) gingen bei ihm einher mit einem ausgeprägten politischen »Sauberkeits«denken. Die Protestaktion gegen die Notstandsgesetze vor dem Saarbrücker Stadttheater sah er »bei den Müllhaufen der gegenwärtigen französischen Zustände enden«. Der rhetorische Kniff, dessen er sich dabei in seinem mit »Rund heraus: Nein!« überschriebenen Leitartikel bediente, verdient zur Gänze wiedergegeben zu werden (Thadden 1968: 1):

»Die Bevölkerung Saarbrückens hat gestern etwas mit angesehen, von dem ein Politologe an der Universität dieser Stadt, Graf von Krockow, wünscht, es möchte erst den Anfang darstellen. Den Anfang, so sagen wir, von ausgedehnten Protestaktionen, die schließlich bei den Müllhaufen der gegenwärtigen französischen Zustände enden.«

»So sagen wir« konnte leicht überlesen, die folgenden Aussagen dem Kritisierten in die Schuhe geschoben werden, wie sich erweisen sollte. Thaddens Leitartikel schloss:

»Professor von Krockow aber müssen wir sagen, dass er mit seiner Aufforderung, die

Protestaktionen – wenn unser Parlament die Notstandsvorsorge demokratisch verabschiedet – fortzusetzen, auf den gefährlichen Boden des antidemokratischen Agitators abgelenkt. Will er als akademischer Lehrer diesen Weg beschreiten, so sagen wir rundheraus dazu: Nein!«

Mit der schlussendlichen Entgleisung nicht Krockows, sondern Thaddens hätte es sein Bewenden haben können. Doch das sah Thadden keineswegs ein. Sein Wirken in Saarbrücken »war eng verbunden mit Franz-Josef Röder, der nur wenige Monate nach Thaddens Wechsel zur *Saarbrücker Landeszeitung* Ministerpräsident des Saarlandes wurde. Diese Stellung als Chefredakteur bot ihm nun bessere Möglichkeiten, politisch zu gestalten und seine Netzwerke auszubauen« (Thadden u. a. 2015: 337/338). Und darauf setzte er offenbar anderthalb Wochen später, bei der turnusmäßigen Landespressekonferenz des Regierungschefs.

Hauptakteure (3): Der Ministerpräsident

»Intellektueller mit autoritärem Einschlag«, »vorsichtig bis zum erkennbaren Misstrauen«, »weniger ein Mann der Integration als ein Mann des überlegten und häufig überlegenen Schachspiels«: Derart charakterisierte Manfred Schäfer – zeitweiliger »Wirtschaftsweiser« im Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, anschließend (1970–1974) Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident im vierten Kabinett Röder – rückblickend seinen einstigen Chef (Schäfer 1979: 227, 229, 231). In Bezug auf »Vorsicht« und »Misstrauen« urteilte Alois Becker, vormaliger Leiter der Staatskanzlei, nicht anders (Becker 1979: 203). Die Etappen der Auseinandersetzung zwischen Röder und Krockow ließen diese Eigenschaften nacheinander zutage treten: Eröffnungsauftritt mit Landesherrnattitüde (Phase 1); taktischer Teilrückzug (Phase 2); strategische Räumung des Kampfplatzes (Phase 3).

Den Auftakt (Phase 1), unzweideutig im Hinblick auf die dem Ministerpräsidenten zugeschriebenen schroffen Formulierungen, bildete eine Meldung der *Saarbrücker Zeitung* vom 12. Juni 1968. Unter der Über-

schrift »Scharfe Rüge Röders für Professor von Krockow« hieß es dort (SZ 1968a):

- » »Als »völlig verantwortungslos« hat es am Dienstag Ministerpräsident Dr. Röder vor der Landespressekonferenz bezeichnet, dass der Professor an der saarländischen Universität, Christian Graf von Krockow, auf der Studentenkundgebung am 29. Mai in Saarbrücken, die sich gegen die Notstandsgesetze richtete, »französische Zustände« (zum damaligen Zeitpunkt Generalstreik, Demonstrationen von Studenten und Arbeitern) auch in der Bundesrepublik für wünschenswert gehalten habe.«
- » »Dass der gleiche beamtete Professor noch dazu aufgefordert habe, auch nach der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung im Protest fortzufahren, verstoße gegen die Treueverpflichtung eines Beamten gegenüber dem Staat.«
- » »Wörtlich sagte Dr. Röder: »Dafür haben wir diese Leute nicht nach Saarbrücken geholt und dafür bezahlen wir sie auch nicht.««

Krockow wartete mehrere Tage, wie die Universität reagieren würde. Zwar protestierten die politischen Hochschulgruppen mit Ausnahme des RCDS gegen Röders Aussagen und verlangten, er solle sich einer Diskussion in der Universität stellen. Rund dreißig Assistenten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät richteten einen offenen Brief an Röder, in dem sie als »unverantwortlich« bezeichneten, dass der Ministerpräsident sich »in derart diffamierender Weise« geäußert habe, »ohne den genauen Wortlaut [der zugrunde gelegten] Ausführungen zu kennen« (»Studenten verteidigen ...« 1968). Mit hoher Wahrscheinlichkeit hätten Studierende und Assistenten weit heftiger reagiert, wäre ihnen bekannt gewesen, was erst seit 2003 ans Licht kam:

1933 war Röder in die NSDAP eingetreten (Mitgliedsnummer 2 697 692), 1934 in den uniformierten, »organisatorisch und methodisch der SA durchaus ähnlichen« (Tändler 2016) Ordnungsdienst der sogenannten Deutschen Front. Seit 1937 zum deutschen Auslandsschuldienst in Den Haag abgeordnet, fungierte er dort als Zellenleiter der NSDAP-Ortsgruppe – Aufgabe: Über-

wachung einer bestimmten Zahl von Blockleitern, damit Zugehörigkeit zum Politischen Korps der NSDAP. Und er verfasste einen mehrfach nachgedruckten Propagandaaufsatz (Später 2014; Tändler 2016; Bernstein 2018).

Die Hochschulgruppen also meldeten sich zu Wort. Wer schwieg, waren Fakultät und Senat (der am 12. Juni tagte) der Universität. Am 10. Juni hatte auf Einladung Kultusminister Werner Scherers eine Besprechung über die Reform der Universitätsverfassung stattgefunden. Dort, so *speculum* / Republikanischer Club (1968: 3), sei Rektor und Dekanen zugesichert worden, »dass die Regierung den Professoren Rückendeckung gegen die Forderung der Studenten nach quantitativer Mitbestimmung gewährt«. Die Absprache habe man nicht gefährden wollen.

Immerhin genügte der Protest der Hochschulgruppen, damit Röder seinen Referenten einen Brief an den Chefredakteur der *SZ*, Wolfgang Saile, schreiben ließ (Phase 2): Erst nach anhaltendem Insistieren »von einem der anwesenden Journalisten« habe er »sinngemäß« erklärt, dass er die angeblichen Forderungen nach »französischen Zuständen« für »verantwortungslos« halte – »unter der ausdrücklichen Unterstellung, dass sie zutreffend wiedergegeben worden seien«. Ohne Umschweife bestätigte der Brief dagegen, Röder habe »die Meinung vertreten, dass es gegen die Treuepflichten eines Beamten verstoße, wenn er zu Protestaktionen gegen verabschiedete Gesetze aufrufe« (*speculum* / Rep. Club 1968: 2).

Nun reichte es Krockow, der am selben Tag im Saarländischen Rundfunk erklärt hatte, er habe nicht »französischen Zuständen« das Wort geredet, sondern einer »Solidarität von Akademikern und Arbeitern zur Verteidigung der Demokratie«, wie sie »in bestimmten kritischen Situationen ... notwendig sein« könnte (*speculum* / Rep. Club 1968: 2). Eine Woche nach der Landespressekonferenz, am 18. Juni, ersuchte er Röder brieflich – und öffentlich – um seine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis zum Monatsende (Krockow 1968b):

»Ich muss ... betonen, dass es meines Erachtens zu den Selbstverständlichkeiten des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung, einschließlich ihrer Kundmachung in demonstrativer Form gehört, dass man sich ...

auch gegen verabschiedete und formgerecht gültige Gesetze wenden kann. Andernfalls wäre jeglicher status quo tabuisiert ... Voraussetzung ist stets, aber auch nur, dass sich die Kritik auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Ordnung bewegt.«

Dieses Grundrecht auf freie Meinungsäußerung habe Röder ihm »streitig« gemacht und ihn »öffentlicher Diffamierung ausgesetzt.« Krockow weiter:

»Sie [werden] Verständnis dafür haben, dass ich das Vertrauensverhältnis zwischen Ihnen als oberstem Dienstherrn und mir als Landesbeamten als zerstört ansehen muss ... Sie werden weiter Verständnis dafür haben, dass nach dem »dafür bezahlen wir diese Leute nicht« es mir absolut unerträglich wäre, wenn ich noch ein Gehalt des Bundeslandes, dessen Ministerpräsident Sie sind, annehmen müsste.«

Einen Tag später verlautbarte Rektor Maihofer, nur »im Interesse unseres Landes und des bisher so vertrauensvollen Verhältnisses zu seiner Regierung« hätten die Universitätsorgane mit »bis an die Grenze der Selbstentäußerung gehende(r) Zurückhaltung« (!) sich bislang jeder Stellungnahme enthalten. Doch könne er seine »tiefe Empörung« über Krockows »öffentliche Verketzerung« nicht verhehlen, den er »als einen der ehrlichsten und unerbittlichsten Mitstreiter für die weitere Demokratisierung unserer Bundesrepublik schätze« (Maihofer 1968).

In dieser Lage trat Röder am 20. Juni den »geordneten Rückzug« an (Phase 3). Niemals habe er als Ministerpräsident »das Recht der Beamten auf freie Meinungsäußerung« bestritten, ließ er die Öffentlichkeit wissen. Krockow habe er in der Pressekonferenz »weder genannt noch beschuldigt«. Der Bezug seiner »allgemeinen Aussagen« zu den »von anderer Seite erhobenen Beschuldigungen« sei »nicht durch (ihn) hergestellt worden«. Seine Bemerkung, »dafür bezahlen wir die Herren nicht«, sei »völlig aus dem Zusammenhang gerissen« (Röder 1968).

Mindestens diejenigen Journalisten, die an der Landespressekonferenz teilgenommen hatten, müssen sich die Augen gerieben haben. Doch Medien, welche Röders Glaubwürdigkeit kritisch aufs Korn genommen hätten, gab es im Saarland nicht. Es blieb Krockow vorbehalten, in einem weiteren Schreiben an Röder

DA FRIERST DU VOR GEMÜTLICH KEIT

Chansons von und mit
Franz-Josef Degenhardt

A-Seite:

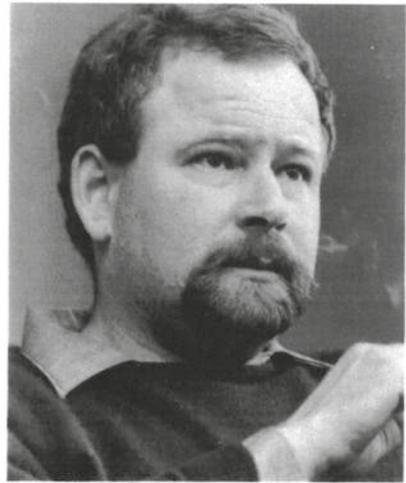
Tante Th'rese
Horsti Schmandhoff
Weintrinker
Rumpelstilzchen
Väterchen Franz

B-Seite:

Spiel nicht mit den Schmuttelkindern
Armer Felix
Tonio Schiavo
Deutscher Sonntag
Umleitung

Illustration auf der Vorderseite: Gertrude Degenhardt „Weintrinker“

Druck: Gerhard Kaiser GmbH, Essen · Printed in Germany



Franz-Josef Degenhardt (»Väterchen Franz«): Bis 1969 Assistent für Europäisches Recht an der Saar-Uni, dann »Links«anwalt in Hamburg. Seine Lieder nahmen das miefig-bösartige Kleinbürgermilieu aufs Korn (vgl. Teil I dieses Aufsatzes) und wurden zusehends politischer.

auf seine »tiefe Betroffenheit« hinzuweisen über die »Kluft« zwischen Röders »Erklärung und den ursprünglichen Pressemitteilungen«. Die Fürsorgepflicht des Dienstherrn gebiete, gegen die dafür verantwortlichen Journalisten nun vorzugehen. Solange dies nicht geschehe, bleibe das »Zwielicht«, und er könne sein Entlassungsgesuch nicht zurücknehmen (Krockow 1968c).

Dazu freilich drängten ihn Rektor und Fakultät – irgendwie störte dieses Gesuch in der Landschaft des bislang »so vertrauensvollen Verhältnisses« (Maihofer) zwischen Universität und Landesregierung. In dem »tastenden, gewiss mit Fehlern und Zweifeln behafteten Versuch ... , die Glaubwürdigkeit des akademischen Lehramtes zu bewahren« (Krockow 1968d), erklärte er sich schließlich mit seiner Beurlaubung ohne Bezüge zum Monatsende einverstanden (Krockow 1968e). Am 3. Juli bequeme der Universitätsrat sich zu der – nach Lage der Dinge nunmehr wohlfeilen – Erklärung (Text bei Maihofer 1996: 395/396), »dass die Vorwürfe, die gegen Professor von Krockow angeblich erhoben wurden, gegenstandslos sind«.

Hauptakteure (4): Die Studentenschaft

Am 20. Juli veranstalteten EFS (Europäisch-Föderalistischer Studentenverband), LSD, SDS und SHB ein gemeinsames Teach-in. In einer Resolution forderten sie Röder zum Rücktritt auf: Er habe bewiesen, dass sein Handeln »von autoritärem Obrigkeitsdenken« bestimmt werde. Studententisches Parlament und AStA wurden aufgerufen, sich der Erklärung anzuschließen (»Resolution« 1968).

Doch dieselbe schwebende Universitätsreform, die bereits das Verhalten der professoral besetzten Gremien beeinflusst hatte, spaltete nun die Studierenden. Rektor Maihofer wollte als »offensiv« engagierter Hochschulreformer in die Geschichte eingehen. Dazu behauptete er die »Undurchführbarkeit einer quantitativen Mitbestimmung der Studierenden«, etwa »einer Drittelparität«, in den Universitätsgremien. Stattdessen verfocht er das »Modell einer qualitativen« Gruppenvertretung (Maihofer 1996: 390, 391).

Der Präsident der Studentenschaft, Franz Kirchberger, und sein Vize Eckehard Gerke lehnten ab, im Senat einen Antrag des Studentenparlaments einzubringen, wonach das Gremium sich hinter Krockow stellen sollte. Kirchbergers Argument: »Zur Durchsetzung der Hochschulreform gegen die konservativen Professoren« brauche man »das gute Verhältnis zur Landesregierung«. Als ein konstruktives Misstrauensvotum gegen ihn im Studentenparlament zwar nicht die nötige absolute Mehrheit erreichte, die anwesenden Mitglieder aber mehrheitlich dafür stimmten, traten beide zurück (Gerke / Kirchberger 1968; *speculum* / Rep. Club 1968: 4).

In Sachen Hochschulreform hoffte Kirchberger vergebens. Maihofer setzte sein »qualitatives« Modell durch (vier statt bisher zwei Studierende im Fakultätsrat der Philosophischen Fakultät, bei insgesamt 55 Ratsmitgliedern, davon 38 Ordinarien). Den Kontrast am Frankfurter Institut für Politikwissenschaft bildete eine radikal-demokratische Reform, mitgetragen von Krockow und seinem Kollegen Iring Fetscher: ein halbparitätisch aus den beiden Institutsdirektoren, zwei Assistenten- und vier Studentenvertretern zusammengesetzter Institutsrat, komplett mit Satzung, als Diskussions- und Entscheidungsorgan. Er bestand anderthalb Jahre, ehe ein hessisches Universitätsgesetz Fachbereiche mit geänderten Paritäten schuf (vgl. Eisfeld 2022).

Dennoch quittierte Krockow nach dem Wintersemester 1968/69 den Hochschuldienst. Weder den Konflikten noch den angeschwollenen Studierendenzahlen der Massenuniversität fühlte er sich auf Dauer gewachsen. Er baute sich jene Existenz als freier Schriftsteller auf, aus der Bücher wie *Die Reise nach Pommern* (1985) oder *Die Deutschen in ihrem Jahrhundert* (1990) hervorgingen. Rückblickend schrieb er, »schon die Ereignisse in Saarbrücken« hätten sein »akademisches Wurzelwerk gelockert« (Krockow 2000: 216).

Quellen

- Becker, Alois: »Ein Bittgang nach dem anderen«, in: Erich Voltmer: Franz Josef Röder – ein Leben für die Saar. Dillingen: Queiße 1979, 196–203.
- Bernstein, Julian: »Historiker als Mythenproduzenten«, Saarbrücker Hefte 2018, <https://saarbrueckerhefte.de/archiv/roeder-debatte/historiker-als-mythenproduzenten>, abgerufen 17. Oktober 2022.
- Dahrendorf, Ralf: Über Grenzen. München: C. H. Beck 2002.
- Eisfeld, Rainer: Ein neuer Blick auf 1968. Opladen / Berlin: Barbara Budrich 2022.
- Gassert, Philipp: Kurt Georg Kiesinger 1904–1988. Kanzler zwischen den Zeiten. München: Deutsche Verlagsanstalt 2006.
- Gerke, Eckehard / Kirchberger, Franz: »Der Fall Krockow. Entgegnungen auf Unwahrheiten und Unwahrscheinlichkeiten«, gedruckte Flugschrift, o. D. 1968.
- »Hochschulgruppen protestieren«, Saarbrücker Zeitung (SZ), 13. Juni 1968.
- Koeppen, Wolfgang: Reisen nach Frankreich. Stuttgart: Goverts 1961.
- Krockow, Christian Graf von: »Staatsideologie oder demokratisches Bewusstsein. Die deutsche Alternative«, Politische Vierteljahresschrift Jg. 6 (1965), 118–131.
- Krockow, Christian Graf von: »Text zur Rede auf der Kundgebung vor dem Stadttheater Saarbrücken am 29. Mai 1968«, hektographiertes Manuskript, Saarbrücken 1968a.
- Krockow, Christian Graf von: Brief an Ministerpräsident Dr. Röder, 18. Juni 1968, Fotokopie, Saarbrücken 1968b.
- Krockow, Christian Graf von: Brief an Ministerpräsident Dr. Röder, 24. Juni 1968, Fotokopie, Saarbrücken 1968c.
- Krockow, Christian Graf von: Brief an den Rektor der Universität des Saarlandes, 24. Juni 1968, Durchschlag, Saarbrücken 1968d.
- Krockow, Christian Graf von: Brief an Kultusminister Werner Scherer, 26. Juni 1968, Durchschlag, Saarbrücken 1968e.
- Krockow, Christian Graf von: Zu Gast in drei Welten. Stuttgart / München: DVA 2000.
- Maihofer, Werner: »Offene Antwort an Josef Schmitt«, Saarbrücker Zeitung (SZ), 20. Juni 1968.
- Maihofer, Werner: »Vom Universitätsgesetz 1957 zur Verfassungsreform 1969. Persönliche Erinnerungen an eine bewegte Zeit der Universität des Saarlandes«, Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte, Jg. 22 (1996), 373–402.
- Meinel, Florian: Der Jurist in der industriellen Gesellschaft. Ernst Forsthoff und seine Zeit. Berlin / Boston: de Gruyter 2011.
- Merl, Andreas: »Katholisch und deutsch« – Die Saarbrücker Landes-Zeitung im Kontext der Saarpresse von 1920–1945«. Vortrag, Historischer Verein Lebach, 12. Februar 2009, <http://historischer-verein-lebach.de/?p=48>, abgerufen am 7. Februar 2022.
- Pilzweiger, Stefanie: Männlichkeit zwischen Gefühl und Revolution. Eine Emotionsgeschichte der bundesdeutschen 68er-Bewegung. Bielefeld: transcript-Verlag 2015.
- »Resolution«, hektographiertes Flugblatt von EFS / LSD / SDS / SHB, Universität des Saarlandes, Juni 1968.
- Röder, Franz-Josef: »Stellungnahme«, Saarbrücken (Staatskanzlei, Pressereferat, Nr. 91/1968), hektographiert, 20. Juni 1968.
- Schäfer, Manfred: »Bei jeder Gelegenheit demonstriert, wer Herr im Hause ist!«, in: Erich Voltmer: Franz Josef Röder – ein Leben für die Saar. Dillingen: Queiße 1979, 225–234.
- »Scharfe Rüge Röders für Professor von Krockow«, Saarbrücker Zeitung (SZ), 12. Juni 1968.
- speculum (Saarbrücker Studentenzeitung), Jg. 11 Nr. 4, Juni 1965.
- speculum / Republikanischer Club: Unfranzösische Zustände oder die Auseinandersetzung des Grafen Krockow mit dem hiesigen Landesvater Sonderdruck, Saarbrücken 1968.
- Später, Erich: »Der Landesvater. Die NS-Vergangenheit Franz-Josef Röders«, Saarbrücker Hefte 110 / 111 (2014), 7–14.
- »Studenten verteidigen Krockow [sic]«, Saarbrücker Landeszeitung, 15. Juni 1968.
- Tändler, Maik: »Franz Josef Röder«, in: Die NS-Belastung saarländischer Landtagsabgeordneter. Vorstudie. Jena: Friedrich-Schiller-Universität Jena, Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte (Norbert Frei) 2016, 23–36.
- Thadden, Franz-Lorenz von: »Rund heraus: Nein!«, Saarbrücker Landeszeitung, 30. Mai 1968, 1.
- Thadden, Marielisa von u. a. (Hrsg.): Die Welt ist weit, und ich bin jung. Das Leben des Franz-Lorenz von Thadden. Bonn: Mertes & Schön 2015.

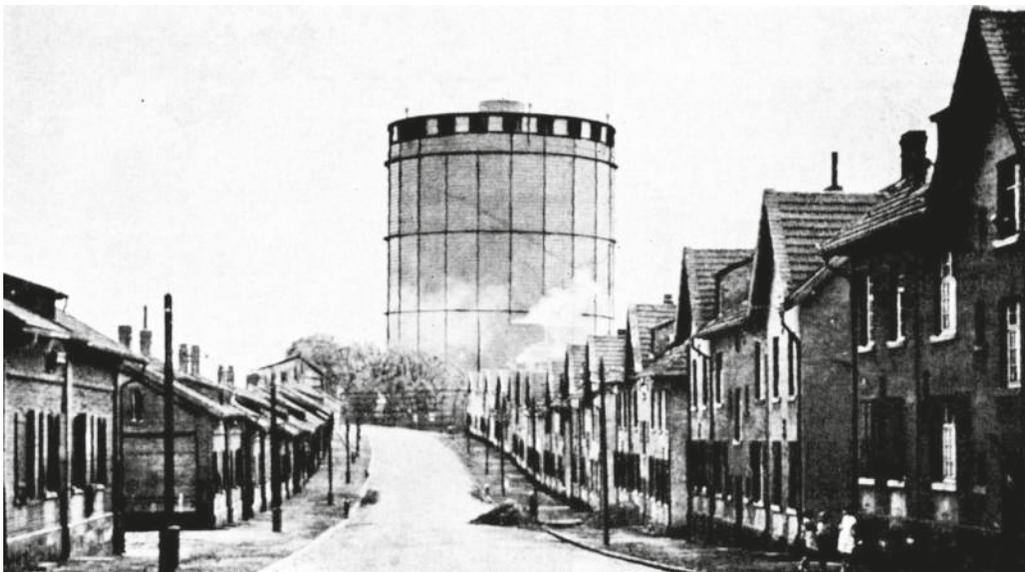
Unterdrückung, Revolution, Niederlage

Zur Geschichte der Neunkircher Arbeiterbewegung

Von Fabian Trinkaus

Im Februar 2023 erinnerte man in der ehemaligen Industriestadt Neunkirchen an die verheerende Gasometerexplosion vom 10. Februar 1933. Der riesige Behälter, in dem Kokereigas zur Weiterverwendung gespeichert wurde, war erst zwei Jahre zuvor in unmittelbarer Nähe zum Werksgelände und zu zahlreichen Wohnhäusern errichtet worden. Das Unglück kostete 68 Menschen das Leben, etwa 190 weitere Personen wurden schwer verletzt und einige Hundert Personen obdachlos. Besonders betroffen war die Saarbrücker Straße, mit zahlreichen Werkswohnungen für Hüttenbeschäftigte. Im Rahmen der Aufarbeitung der Katastrophe wurde

neben der technischen Rekonstruktion des Unfallherganges auch nach den Verantwortlichen für die hohe Zahl an Todesopfern gefragt. Vor allem wurde kritisiert, dass der Gasometer direkt neben Wohnhäusern stand. Juristisch belangt wurde niemand. Die Spendenbereitschaft war beachtlich. Neben Privatpersonen ließ etwa der damalige Reichspräsident Paul von Hindenburg den Betroffenen eine Geldspende zukommen, bemerkenswerte 100.000 Reichsmark. Diese Spende, wie auch andere Zuwendungen aus dem Reichsgebiet, erfüllten auch eine politische Funktion in einem polarisierten historisch-politischen Gesamtkontext.



Aus: Gillenberg, Heinz/Birtel, Rudolf/Meiser, Gerd: Neunkircher Hüttenhäuser (Neunkircher Hefte, Bd. 8), Neunkirchen 1986, S. 40.

Das Saargebiet

Weite Teile des heutigen Saarlandes waren nach dem Versailler Vertrag Teil des sogenannten *Saargebiets*, das als politische Einheit losgelöst vom Deutschen Reich (so nach wie vor die offizielle Bezeichnung der Weimarer Republik) unter Verwaltung des Völkerbunds, der Vorgängerinstitution der Vereinten Nationen, stand. Die Versailler Friedensbestimmungen sahen vor, dass fünfzehn Jahre nach Inkrafttreten des *Saarstatuts* eine Volksabstimmung über die weitere Zugehörigkeit des Territoriums stattfinden sollte. Die Saarbewohner hatten dabei drei Optionen: eine weitere Verwaltung durch den Völkerbund (Status quo), eine künftige Zugehörigkeit zu Frankreich oder eine Rückkehr ins Deutsche Reich. Auch wenn letztlich über 90 Prozent der Wahlberechtigten für Deutschland votierten, so entfaltete sich doch in den Jahren zuvor ein polarisierter Wahlkampf. Dieser verschärfte sich nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933. Das nationalsozialistische Deutschland investierte finanziell, logistisch und vor allem propagandistisch in den Abstimmungskampf. Die Rückkehr des Saargebiets war ein wichtiger Baustein der Revisions- und Expansionspolitik.

Das System Stumm

Neunkirchen bildete gleichsam einen Hotspot der politischen Auseinandersetzungen der frühen Dreißigerjahre, die noch verstärkt wurden durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Im Zeitraum der Gasometerexplosion kulminierte eine Entwicklung, die in der Schlussphase des Ersten Weltkriegs und der anschließenden Umbruchphase (»Novemberrevolution«) ihren Anfang nahm und im Laufe der Zwanzigerjahre an Dynamik gewann. Vor 1914 blieb Neunkirchen vielleicht noch in stärkerem Maße als andere Industriestädte an der Saar abgekoppelt von geistig-politischen Entwicklungen im Deutschen Reich. Eine politische oder gewerkschaftliche Arbeiterbewegung konnte sich hier nicht entfalten. Stieg die SPD bis zum Jahr 1912 trotz Diskriminierungen und Wahlbenachteiligungen zur stärksten Reichstagsfraktion auf, so blieb sie in Neunkirchen praktisch inexistent. Dabei

wären die Voraussetzungen angesichts einer stetig wachsenden Arbeiterpopulation, einer beachtlichen Akkumulation an Kapital und Produktionsmitteln sowie einer voranschreitenden urbanen Verdichtung durchaus gegeben gewesen. Zu den Gründen, die eine Politisierung der lokalen Arbeiterschaft verhinderten, zählten ihre ländlich-agrarische sowie religiöse Prägung und die Arbeitssituation auf der Hütte, die Karl Ferdinand Stumm gehörte. Verstarb dieser zwar bereits im Jahr 1901, so prägte das von ihm wesentlich konstruierte System einer sozialen, ökonomischen und politischen Kontrolle das gesellschaftliche Klima auf der Hütte bis 1918.¹

Rote Fahne auf dem Neunkircher Rathaus

Der Erste Weltkrieg (1914–1918) markiert eine Zeitenwende, die auch die politische und gesellschaftliche Tektonik in Neunkirchen nachhaltig verschoben hat. Das überkommene System brach wie überall im Reich innerhalb kürzester Zeit zusammen. Am 10. November formierte sich ein Arbeiter- und Soldatenrat, der die provisorische Exekutivgewalt übernahm. Zwar pflegte der Rat einen revolutionären Habitus – man hisste am 10. November die Rote Fahne auf dem Rathaus und drohte etwa vermeintlichen Wucherern mit martialischen Worten –, jedoch blieb er in seiner konkreten Politik überaus pragmatisch, kümmerte sich um die Lebensmittel- und Wohnraumversorgung sowie um die allgemeine Sicherheit und Ordnung. Andererseits wusste man aber seine Anliegen klar zu formulieren und erwirkte beispielsweise die Auflösung des vom Unternehmen kontrollierten Nationalen Hüttenvereins. Diese als »Gelbe Gewerkschaft« bezeichnete Vereinigung diente der sozialen Disziplinierung der Beschäftigten. Stattdessen etablierte sich im Rat und auf dem Werk der sozialdemokratische Deutsche Metallarbeiterverband (DMV). Die zuvor praktisch inexistente Gewerkschaft bewährte sich in einer sehr schwierigen Phase als Krisenmanager auf dem Werk und in der Stadt. Im Jahr 1923 zählte der DMV Neunkirchen gut 3.000 Mitglieder. Parallel dazu wuchs die Sozialdemokratie, die in der Ära Stumm noch praktisch verboten war, zu einem politischen Faktor ersten

Ranges. 1919 hielten SPD und die radikalere USPD zusammen immerhin 19 von 42 Sitzen im Stadtrat, wobei bemerkenswerterweise acht Sitze an die USPD fielen.²

Spaltung der Arbeiterbewegung

In den Zwanzigerjahren durchlief die noch junge Neunkircher Arbeiterbewegung einen doppelten Entwicklungsprozess, der auch für die Weimarer Republik kennzeichnend war. Einerseits etablierte man sich in der politischen Öffentlichkeit, was sich auch im Neunkircher Stadtbild manifestierte. 1921 konnte die DMV-Sektion Neunkirchen ihr eigenes Volkshaus einweihen, das in den Folgejahren als organisatorische und agitatorische Schaltzentrale, aber auch als Freizeit- und Begegnungszentrum diente. Die SPD blieb auch in den Folgejahren ein gewichtiger politischer Faktor, auch wenn man zumeist etwas hinter dem dominierenden (katholischen) Zentrum zurückblieb. Andererseits aber begann parallel zu Aufstieg und Etablierung die, wie es in einer Jubiläumsschrift der SPD heißt, »unglückselige Spaltungszeit«. Wie erwähnt erzielte bereits unmittelbar nach dem Krieg die USPD einen beachtlichen Wahlerfolg. Aus den Resten dieser Partei formierte sich wenig später, 1921, eine lokale Sektion der KPD, die in den Folgejahren in eine zum Teil erbitterte Konkurrenz zur SPD trat. Beide Parteien bekämpften sich auf offener Bühne, und besonders die seit 1928 getrennt abgehaltenen Maifeiern boten eine solche. Dass die Kommunisten einen deutlichen Aufschwung in Neunkirchen erlebten, erwies sich auch auf dem vor 1914 hermetisch abgeriegelten Hüttenwerk: Die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) tauchte im Betrieb erstmals bei den Wahlen zum Arbeiterausschuss im Jahre 1929 auf, als sie unter der Bezeichnung »Opposition« (die offizielle Gründung erfolgte erst im Dezember 1929) zwölf Sitze eroberte und damit die anderen Gewerkschaften klar hinter sich ließ.

Die unversöhnliche Spaltung der beiden Flügel der Arbeiterbewegung, die so auch in der Weimarer Republik zu konstatieren war, fiel in eine Phase, in der die weltanschaulichen Konflikte der frühen Dreißigerjahre und damit auch der Saarabstimmungskampf ihre Schatten schon vorauswarfen.

Der Abstimmungskampf in Neunkirchen 1933 bis 1935

Zur Zeit der Gasometerexplosion waren die politischen Lager schon formiert. Auf der einen Seite trieb die sogenannte Deutsche Front die Rückkehr zum Deutschen Reich voran. Zwar hatten in diesem Wahlkampfbandnis formal bürgerliche und auch katholische Kräfte meistens die Oberhand; logistisch, finanziell und nicht zuletzt propagandistisch erfreute man sich aber großzügiger Hilfe aus Berlin. Der Deutschen Front standen besonders die Organisationen der Arbeiterbewegung sowie eine bürgerlich-katholische Minderheit um Johannes Hoffmann gegenüber, die sich klar gegen eine Angliederung an Hitlerdeutschland wandte. Auch auf internationaler Ebene verfolgte man die Entwicklung im Saargebiet gespannt.³

Neben Saarbrücken, Dudweiler oder auch Sulzbach bildete Neunkirchen ein Zentrum des Abstimmungskampfes, der auf verschiedenen Feldern ausgefochten wurde. Schon vor 1933 bildete sich eine nationalsozialistische Zelle, die offenbar schon 1930 über ein »Sturmlokal« verfügte, in dem auch politische Veranstaltungen abgehalten wurden. Ebenfalls bereits vor 1933 kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen mit lokalen Antifaschisten. Die Konflikte verdichteten sich dann ab 1933. Ausschreitungen fielen im März, April und am 1. Mai 1933 vor. Im April wurde der lokale Leiter des sozialdemokratischen Reichsbanners von SA-Leuten zusammengeschlagen. Im September 1933 überfielen SA-Männer eine Kneipe mit überwiegend kommunistischem und sozialdemokratischem Publikum. Es kam zu einer Schießerei, in deren Verlauf ein SPD-Anhänger einen Nationalsozialisten in Notwehr erschoss. Auch in den Folgemonaten kam es immer wieder zu physischen Auseinandersetzungen.

Hitler wird Ehrenbürger

Eine zweite Konfliktarena bildete das Stadtparlament, in welchem sich die Nationalsozialisten mit Hilfe der Deutschen Front eine Mehrheit sichern konnten. Eine der ersten Aktionen bestand darin, Hitler zum Neunkircher Ehrenbürger zu ernennen. Ein drittes Feld der Auseinandersetzung stellte das

Hüttenwerk dar, wo die Werksleitung ihre Sympathien für das NS-Regime unter anderem dadurch bekundete, dass man bereits im Oktober 1933 den Hitlergruß einführte. Besonders plastisch fiel eine Schilderung der sozialdemokratischen Volksstimme im Mai 1934 aus: »Das Neunkircher Eisenwerk nahm diesmal an dem Wettbewerb, die Maifeier im nationalsozialistischen Sinne zu begehen, rege Teil. Etwa 120 Hakenkreuzfahnen waren auf den vielen Schornsteinen und Hochbehältern angebracht und riesige Hakenkreuze von zwei Meter Durchmesser ragten weit über die Häuser hinaus. Hunderte von Hüttenarbeitern wurden seit Wochen damit beschäftigt, diese Hitlersymbole anzufertigen, um ihren eigenen sozialen Niedergang damit zu bekräftigen. Auch die Hüttenarbeiter bekamen die Auflage, Hakenkreuzfahnen zu hissen.«

Es zeichnete sich ab, dass die Nationalsozialisten besonders durch bürgerliche, katholische und unternehmerische Unterstützung zur dominierenden politischen Kraft wurden.

Antifaschistischer Widerstand

Unter der Führung der lokalen Arbeiterbewegung formierte sich der Widerstand. Wie im übrigen Saargebiet schlossen sich die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen zur Einheitsfront zusammen. Der Sozialdemokrat Karl Schneider gründete das parteiübergreifende Initiativkomitee aller Hitlergegner und Friedensfreunde, welches 1934 zu einer Kundgebung in den Neunkircher Saalbau lud, bei der unter anderem der kommunistische Schriftsteller Erich Weinert sprach. Überdies wurden in Neunkirchen zahlreiche Emigranten aufgenommen. Im Volkshaus und an anderen Orten in und um Neunkirchen wurden mehrere Hundert Personen untergebracht. Schließlich wurden in Neunkirchen zahlreiche Versammlungen und Kundgebungen der saarländischen Einheitsfront durchgeführt, so beispielsweise der Rote Sportaufmarsch am 6. Mai 1934, zu dem sich laut Arbeiterzeitung 10.000 Anhänger der Arbeiterparteien einfanden. Max Braun, der führende Kopf der Sozialdemokraten im Saargebiet, sprach zwischen 1933 und 1935 gleich mehrfach in Neunkirchen, zum Teil vor mehreren Tausend Zuhörern. Um sich gegen Übergriffe durch die paramilitärischen

Verbände der Deutschen Front abzuschildern, wurde im März 1933 aus den Reihen der Sozialdemokratie der Sozialistische Schutzbund (SSB) ins Leben gerufen. Die rund 200 Mitglieder zählende Truppe zeigte erstmals bei einer Kundgebung in Neunkirchen am 27. August 1933 Präsenz.⁴

Letztlich blieben alle Bemühungen erfolglos. Die Deutsche Front erhielt auch in Neunkirchen über 88 Prozent der Stimmen. Unmittelbar nach der Verkündung des Wahlergebnisses setzten Terror und Panik ein, das Volkshaus glich einem Beobachter zufolge »einem Flüchtlingsasyl«⁵. Die folgenden Jahre markierten ein jähes Ende der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Der Anschluss an NS-Deutschland bedeutete für ihre AnhängerInnen Gleichschaltung, Terror, Verfolgung und Tod.

Anmerkungen

- 1 Ich verweise auf meinen Aufsatz in den Saarbrücker Heften 104, in dem ich die hier nur angedeuteten Zusammenhänge genauer ausgeführt habe (S. 92–96).
- 2 Zu den politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen im Gefolge des Ersten Weltkriegs möchte ich abermals auf einen Beitrag von mir verweisen, der in dieser Hefereihe publiziert worden ist: Saarbrücker Hefte 112 (Frühjahr 2015), S. 113–118.
- 3 Dazu Schock, Ralph (Hrsg.): Haltet die Saar, Genossen! Antifaschistische Schriftsteller im Abstimmungskampf 1935, Berlin 1984, S. 9–15. Aufgeführtes Zitat nach ebd., S. 15. Dieser Sammelband illustriert anhand von Originaltexten in vorzüglicher Weise das publizistische Geschehen rund um den Saarabstimmungskampf aus der Perspektive der Hitlergegner. Unter den Autoren, die sich zur Saarfrage äußerten und hier Berücksichtigung fanden, zählten solch illustre Personen wie Heinrich und Klaus Mann, Hanns Eisler oder Bertolt Brecht.
- 4 Ich verweise auf Teil VI meiner 2014 erschienenen Dissertation, in dem die hier skizzierten Vorgänge ausführlicher dargestellt werden: Arbeiterexistenzen und Arbeiterbewegung in den Hüttenstädten Neunkirchen/Saar und Düdelingen/Luxemburg (1880–1935/40). Ein historischer Vergleich (Veröffentlichungen der Kommission für Saarländische Landesgeschichte, Bd. 46), Saarbrücken 2014.
- 5 Zitat nach dem oben erwähnten Band von Ralph Schock (dort S. 16).



Schiene aus Burbach von 1976 mit einem Gewicht von 54 kg Stahl pro Meter. Foto: Werner Ried

Schienenprägung

Wie ich Burbach auf dem Peloponnes entdeckte

Von Werner Ried

Als Teenie staunte ich 1980 im griechischen Olympia nicht schlecht: Am Austragungsort der Olympischen Spiele der Antike gab es eine stillgelegte Eisenbahn, und auf deren Schienen war eine Inschrift erkennbar: »Burbach 1906«. Wie kamen diese, fragte ich mich damals, von Burbach auf den Peloponnes?

Ende des 19. Jahrhunderts, so weiß ich heute, gab es viele Beziehungen zwischen Griechenland und Deutschland. Deutsche Architekten und Ingenieure bauten die meterspurige Schmalspurbahn, die damals die Halbinsel erschloss. Eine Schienenprägung entsteht im Walzwerk bei der Herstellung der Schienen. Sie enthält die Herstellerangabe und das Herstellungsjahr, deshalb »Burbach 1906«. Oft gibt es noch zusätzliche Angaben zur Schienenqualität. So bedeutet die Bezeichnung »S 49«, dass 49 kg Stahl pro Meter Schiene gebraucht wurden. Moderne Schienen haben 60 kg Stahl pro Meter und tragen die Bezeichnung »UIC 60«.

Seit dieser Zeit schaue ich auf allen meinen Reisen immer auch auf die Schienen und suche nach ihrer Schienenprägung. Die Funde sind erstaunlich. Von Thailand bis hin zur Bagdad-Bahn wurden einst Schienen aus der saarländisch-lothringischen Grenzregion verbaut. Solche Eisenbahnprojekte zeigen, welche einstige ökonomische und politische Bedeutung dieser Raum hatte. Zu spät habe ich begonnen, diese Prägungen fotografisch festzuhalten. Nicht nur Eisenbahnfreunden kann ich empfehlen, sich an dieser Spurensuche zu beteiligen.

In unserer Region werden heute kaum mehr Schienen hergestellt. Der Markt war lange Jahre von Kartellen geprägt, die den Eisenbahngesellschaften extrem hohe Einkaufspreise diktiert hatten. In unserer Grenzregion werden Schienen nur noch im Stahlwerk von Hagondange, nördlich von Metz, produziert.

» Zu Besuch bei Fungirl

Von Volker Schütz

Ein Alpaka sabbert dich voll, und du bist sofort verliebt. In das Alpaka.

Warum? Weil Fungirl, deine Mitbewohnerin, dir die Alpakaspucke als Zeichen der besonderen Zuneigung des Tieres zu dir erklärt.

Das ist einer der seltenen Momente in »Fungirl«, wo eine Tat der Titelheldin Gutes bewirkt, ohne dass sich eine gewaltige Kette verschiedener Katastrophen anschließt. In der Regel schließen sich aber Katastrophen an: Dann zerbersten Schildkrötenbecken, die Kundschaft fängt Feuer, es gibt Masturbationsunfälle, und Lieben gehen zu Bruch. Wie im Leben halt. Zum Glück gibt es in Fungirl immer wieder deutliche Hinweise, dass wir uns in einer Fiktion und nicht im wirklichen Leben befinden, z. B. die modisch vollkommen abwegigen Socken, die Fungirl und ihre Mitbewohner regelmäßig tragen. Wir Menschen brauchen jedenfalls Fungirl. Sie ist die Freundin, die uns allen guttut, mit ihrer überbordenden, beherzten Tatkraft und mit ihrer Gelassenheit, auch sich selbst gegenüber, die etwas Entwaffnendes hat und einen bei der Hand nimmt, mit den eigenen Idiosynkrasien humorvoll umzugehen.

Die Autorin von »Fungirl«, Elizabeth Pich, hat ihre Kindheit und frühe Jugend in den USA verbracht, ist dann von der amerikanischen Großstadt aufs Land nach Deutschland gezogen und hat schließlich hier in Saarbrücken Kommunikationsdesign und Informatik studiert. Vor der Fungirl-Reihe, die zurzeit bereits auf Englisch, Französisch und Italienisch, aber noch nicht auf Deutsch erschienen ist, hat sie zusammen mit Jonathan Kunz den Webcomic »War and Peas« kreiert.



Links: elizabethpich.com und fffungirl.tumblr.com Foto: Volker Schütz

Bereits erschienen:

Origins – Fungirl is up to no good (Englisch). Eigenverlag 2018.

Hungry For Love – Charming moments of silliness, set against the backdrop of a lonely grey world (Englisch). Eigenverlag 2019.

Fungirl, Silver Sprocket – An outlandish romp past the boundaries of good taste (Englisch). 2021.

Fungirl, Les Requins Marteaux – Fungirl est une fille maladroite, extravertie et provocatrice (Französisch). 2021.

Fungirl (Italienisch). Coconino Press 2022.

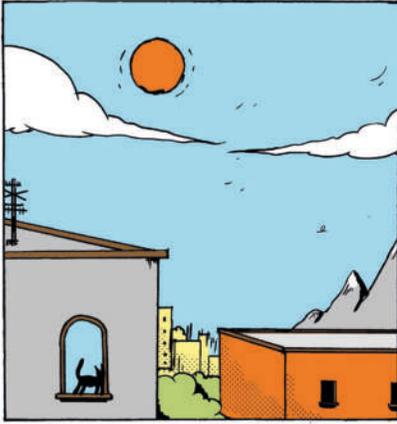
You Are Revolting, Silver Sprocket – Fungirl is back in this sensational, sopping wet one-shot (Englisch). 2022.

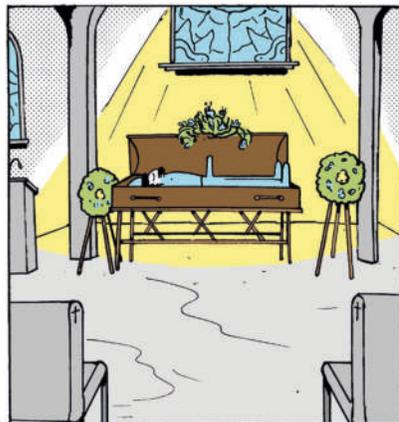
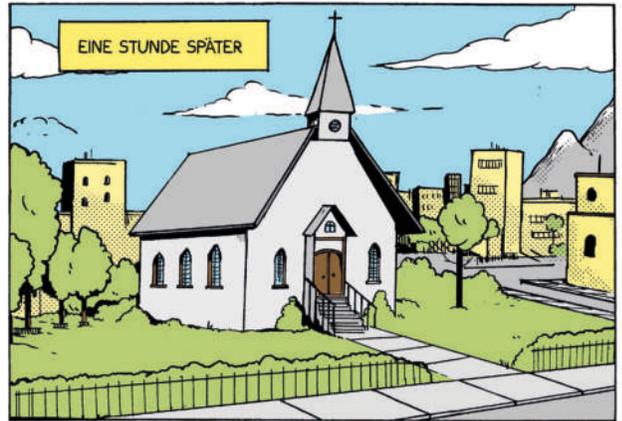
Vulva Viking, Les Requins Marteaux – Fungirl a trouvé un job (Französisch). 2022.

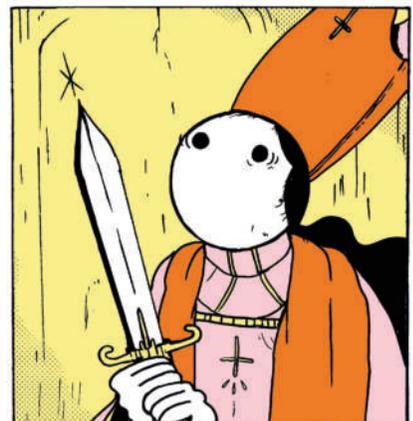
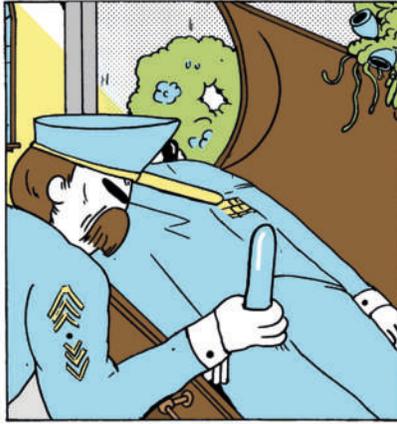
Vulva Viking, Silver Sprocket – Fungirl has got a new job (Englisch). 2023.















«Saarebrück, retour sur images»

Annie Ernaux

D'un voyage en hiver à Sarrebrück, il y a dix ans, il ne m'est resté qu'un souvenir de nuit, d'université lointaine -tout paraît loin dans une ville inconnue- et d'un départ à l'aube vers la gare. Il ne m'a jamais semblé que j'étais revenue dans la même ville trois ans plus tard. Cette fois, c'était en mai, les rues ensoleillées et fleuries étaient pleines de passants, dans une atmosphère pourtant calme, avec cet étonnant silence au centre des villes qu'on ne trouve qu'en Allemagne, je crois.

Dans l'après-midi, Alain Lance, directeur de l'Institut d'Etudes françaises, m'a emmenée au café Kostbar. Des tables étaient installées au dehors, des jeunes gens discutaient. C'est ici que je devais me soumettre à une «épreuve» que j'avais acceptée avec curiosité mais aussi une certaine inquiétude : des photos de la ville d'enfance où je n'étais jamais retournée depuis trente ans allaient m'être montrées et une camera filmerait mes réactions et mes commentaires. Jeu subtil entre le passé et le présent dont la finalité était la réalisation d'une cassette vidéo faisant partie d'une série consacrée à la connaissance d'écrivains français.

Ainsi, à Sarrebrück, à cette table du café Kostbar, j'ai revu des images oubliées de cette petite ville de Normandie, L., à vingt kilomètres du Havre, le quartier d'usines et le café-épicerie, devenu simple maison particulière, où je suis née. En même temps, indissociables, revenaient les souvenirs de cette époque, les alertes, les bombardements, les restrictions, puis la grande fête de la Libération. Il était troublant de penser que c'était ici qu'il m'était donné de revoir mes premières années, dont la guerre a constitué les catégories de l'espace et du temps. Sarrebrück resterait la ville allemande d'une mémoire française retrouvée. J'ai pensé qu'entre la femme assise au café Kostbar, en mai 92, et la petite fille d'une petite ville normande en 44, il y avait toute l'étendue d'une histoire collective apaisée, réconciliée.

Die französische Schriftstellerin Annie Ernaux, die Nobelpreisträgerin 2022, war seit den späten 1980er-Jahren dreimal zu Besuch in Saarbrücken, zuletzt 2019. Damals kam sie zu Ehren ihrer deutschen Übersetzerin Sonja Finck, die mit dem Eugen-Helmlé-Preis ausgezeichnet wurde.

1992 hatte sie Alain Lance, der damalige Leiter des Saarbrücker Institut Français, zu einer Lesung und einem Erinnerungs-Experiment eingeladen. Bei dieser Gelegenheit hatte ich sie für ein geplantes Lesebuch um einen Text über Saarbrücken gebeten, den sie einige Zeit später auch schickte. Tilla Fuchs, die Leiterin der Literaturredaktion des Saarländischen Rundfunks, hat ihn übersetzt und beim SR erstmals veröffentlicht.

(Ralph Schock, ehemaliger Leiter der SR-Literaturredaktion)

»Saarbrücken, Rückkehr in Bildern«

Von Annie Ernaux

Aus dem Französischen von Tilla Fuchs

Von einer Winterreise nach Saarbrücken vor zehn Jahren ist mir nur eine nächtliche Erinnerung geblieben, von einer abseits gelegenen Universität – alles scheint weit entfernt zu sein in einer fremden Stadt – und einem Aufbruch zum Bahnhof im Morgenrauen. Nie hätte ich gedacht, dass es sich um dieselbe Stadt handelte, als ich drei Jahre später dorthin zurückgekehrt bin. Dieses Mal, es war im Mai, waren die sonnigen und blühenden Straßen voller Passanten, in einer dennoch ruhigen Atmosphäre, mit dieser wunderlichen Stille im Zentrum der Städte, die es so, glaube ich, nur in Deutschland gibt.

Nachmittags hat mich der Direktor des Institut Français, Alain Lance, mit ins *Café Kostbar* genommen. Tische waren draußen aufgestellt, junge Menschen diskutierten. Hier sollte ich mich einer »Prüfung« unterziehen, die ich mit Neugier, aber auch mit einer gewissen Besorgnis angenommen hatte. Man würde mir Fotos von der Stadt meiner Kindheit zeigen, in die ich seit 30 Jahren nicht zurückgekehrt war, und eine Kamera würde meine Reaktionen und Kommentare filmen. Ein subtiles Spiel zwischen Vergangenheit und Gegenwart, mit dem Ziel, eine Videokassette zu erstellen, die Teil einer Serie über französische Schriftsteller werden sollte.

So habe ich in Saarbrücken, an diesem Tisch im Café Kostbar, vergessene Bilder jener kleinen Stadt in der Normandie wiedergesehen, L., 20 Kilometer von Le Havre entfernt, das Industrieviertel und den Lebensmittelladen mit Café, heute ein einfaches Wohnhaus, in dem ich geboren bin. Gleichzeitig kamen mir, untrennbar damit verbunden, Erinnerungen aus dieser Zeit, der Alarm, die Bombardierungen, die Rationierung, dann das große Fest der Befreiung. Es war verwirrend zu denken, dass ich hier meine ersten Jahre wiedersehen sollte, in denen der Krieg die Raum- und Zeitkategorien bestimmt hatte. Saarbrücken bliebe die deutsche Stadt einer wiedergefundenen französischen Erinnerung. Ich dachte, dass zwischen der Frau, die im Café Kostbar sitzt, im Mai '92, und dem kleinen Mädchen aus einer kleinen normannischen Stadt im Jahr '44, das ganze Ausmaß einer kollektiven Geschichte lag, besänftigt, versöhnt.

Lyrik

unlyrisch

Von Natascha Denner

1

Die Stadt blumenkauender Kannibalen
in dem Schneeschacht verbarg sich ein Kind

ohne Namen, noch besondere Kennzeichen

betrank sich
aus Schädelschalen schwemmte die Milch aus

Rücken des Kindes im Leopardenpelz
ein Raubkind

wer sich lachstarr erinnert an

Richtschnur
Flackerschatten
blaues Gasflämmchen

2

Trauben, Brot, Trabant Mond, sah Himmelbeete
vorüberziehen, über- und übersatt von Sternen
dachte an die Rosakreatur, dass sogar die Blechpanzer grün waren
an die runden und bunten Eisplatten, klimpernd
an einem vor Frost in ihnen eingeschmolzenen Faden

nur die Gegenstände, die zum Inventar eines Spielplatzes gehörten
ein Eismobile und der Blechpanzer mit einem fünfzackigen Stern
wenn das Eis an dem Klimmbimm der Sonne leuchtete
ein Leuchtfaden, und wenn schon ein Scheinheiliges

wenn der Hirntod festzustellen wäre
einige Erinnerungen, die sich entsorgen ließen
wenn ich sie entsorgen hätte können

Ich falle, ohne aufzufallen, d. h. ohne Zeugen
Zeugen hätte ich beseitigen müssen

3

Die nackten Räume

warten nicht mit Wänden auf
ein Rückgrat in mir, das sich verbiegt

Vergehen an mir oder Ich als Vergehen an/

Wo liegt das Haus in Grün?/

Wo die Stege zum Meer

ins gute

Dünenland

das mich an- und auf

geht

nicht ein noch aus

Graswuchschroniken

Anlegestege brach(t)en

jenseits der Grenze Kleid

Hautplagiat im Schutz der

Verwandlung

verfügte über Dir, fiel

in sich

ins ICH

kann kein Glas trüben

0

zöge ich mich zurück, ließe ich mich ein
auf die Räusche, die gesetzt der Fall wie arg auch immer

ich scheue sargkarg

die Schwalben im Schwung auf

unter die Wackelwolken
die ausschwemmen aus den Wasserlachen
werde Ich untertauchen

kein Laut schwimmt auf
dicht ist der Rachen
Ich lege mich still

nimm mich in Acht vor Lauschwanzen
was kommt vor dem Fall
vor dem Fall
die Schallkrallen verwunden

wende das Schulterblatt um
drücke mich um laute

bliebe Musenruß über
eine Erklärung bleibt niemanden etwas schuldig

nach und nach, Nacht um Nacht sucht -
ich wird entkommen

aber kein er wird zermalmt, rede mir ein außer der Attribute
schwarz geht das Hagellicht auf und ich halte nicht auf
und wenn ich es nicht aufhalte - so halte es aus

[ich] halte Dir den Mund zu, [ich] halte zu Dir
ich bin kein Zuhälter

» Ein intellektuelles Zentrum

50 Jahre der buchladen

Von Ekkehart Schmidt

Ich sitze im Regionalexpress RE3 nach Walhausen und blättere in der Frühjahrs-Literaturbeilage der ZEIT. Angesichts der vielen Neuerscheinungen fühle ich mich verloren. Seit 1994 kenne ich diese Frage »Kaufen oder nicht?«. Zum Glück weiß ich, wo ich die richtige Antwort bekomme. In der Försterstraße 14 in Saarbrücken. Dort befindet sich der buchladen. Das Geschäft gehört untrennbar zu meinem Leben. Oft ging ich in den Laden ohne Kaufabsicht, um ihn dann zufrieden mit drei Büchern zu verlassen.

Aber von Anfang an: Ab 1969 entstanden in vielen Universitätsstädten selbstverwaltete Treffpunkte kritischer Studierender. Es ging gegen das Establishment von Altnazis und Neureichen, gegen das Schweigen über die Verbrechen der Nationalsozialisten, gegen das kapitalistische System, gegen die Nutzung der Atomkraft und natürlich gegen die

Diskriminierung von Frauen. Die Waffen in diesem »Kampf« waren Bücher. 1973 war es in Saarbrücken so weit. Unter den StudentInnen, die einen linken Büchertisch in der Mensa an der Uni organisierten, entstand die Idee, einen Laden in der Stadt zu eröffnen. In der Dudweiler Straße 69 fand sich ein Ladenlokal, in dem zunächst Erlend Beth und Ralf Paul, unterstützt von einigen AktivistInnen, den »politischen buchladen« gründeten. Zu den beiden Gründern kam 1975 Christa Wennberg als Auszubildende dazu. Ebenfalls als Azubis stiegen 1978/79 erst Marika Klein, dann Anette Mantwill ein. 1986 begann Paul Philippi seine Umschulung, 1990 kam schließlich Frank Peters dazu.

Damals lagen »Geschichte ist machbar« von Rudi Dutschke, »Ungehorsam als Tugend« von Peter Brückner und »Bambule« von Ulrike Meinhof im Schaufenster. 1976 kam es

der buchladen in der Dudweilerstraße in den 1970er Jahren. Foto: der buchladen



zur polizeilichen Durchsuchung des Ladens wegen des Vorwurfs der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Grund war der Verkauf der 1975 erschienenen Autobiografie »Wie alles anfang« von Bommi Baumann, einem der Mitbegründer der »Bewegung 2. Juni«, der in Berlin an zahlreichen gewalttätigen Aktionen der radikalen Linken beteiligt war.

1977 erfolgte die Namensänderung zu »der buchladen«. Anlass war der Umzug in die Johannisstraße 3. Dies war auch der Schritt vom Experiment zur »echten Buchhandlung«, die für das Kollektiv eine berufliche Perspektive bieten sollte. Schon 1982/83 musste erneut umgezogen werden: Der Mietvertrag war nicht verlängert worden. Da man im Nauwieser Viertel bleiben wollte, zog man, obwohl das Ladenlokal viel kleiner war, in die Försterstraße 14. Bald folgte die Umwandlung in eine GmbH. Das war schon ein Ding. Niemand wollte das Gleichheitsprinzip aufgeben, aber es brauchte plötzlich zwei offizielle GeschäftsführerInnen. Diese wurden dann per Los bestimmt – es traf die zwei Azubis Anette und Marika.

1984 ergab sich die Möglichkeit für den buchladen, ein Antiquariat in der Försterstraße 9 einzurichten. 1993 wurde es in das Hauptgeschäft integriert. Durch den Anbau des Wintergartens wurde zusätzlicher Raum geschaffen. Seitdem gibt es auch Kinder- und Jugendbücher und eine Sitzecke mit Kaffeauschank.

Karteikarten und Computer

Schon 1992 erreichte die digitale Revolution den buchladen: Erst zog der Computer ein, dann entstand 1997 die Homepage. Trotz aller Digitalisierung wird das seit der Gründung bewährte Karteikartensystem fortgeführt.

»Es gibt Laufzettel, Karteikarten und eine Farbenlehre«, erklärt Frank. »Die Laufzettel im Buch sind für die Nachbestellungen wichtig. Auf den Karteikarten steht, wann der letzte Kauf war. Wenn etwas viele Jahre nicht mehr gekauft wurde, wird es nicht ersetzt. Es sei denn, da wäre ein ‚S‘ auf der Karte: Dann gehört es zum buchladen-Kanon. ‚S‘ steht für ‚Standard‘. Ein solches Buch hat Narrenfreiheit: Es darf drei Jahre dastehen, ohne verkauft worden zu sein, und wird doch immer

neu bestellt. Standard ist zum Beispiel Kapitalismuskritik.«

Jede/r im Team betreut einen Teil des Sortiments. Die Fähigkeit zu kenntnisreichen Gesprächen mit der Kundschaft zeichnet die MitarbeiterInnen des Ladens aus. So wurden über die Jahre viele StammkundInnen gewonnen und ein gut sortiertes Angebot an Büchern aufgebaut.



Nicht im Angebot

Und was wird nicht angeboten? Sexistische Literatur und Bücher von reaktionären, nationalistischen oder rassistischen Verlagen und Autoren. Auch nicht auf Bestellung.

»Wir unterscheiden uns von anderen Buchläden durch unser Angebot unterhalb der Bestsellerlisten. Und dadurch, dass wir bestimmte Sachen nicht wollen. Wir müssen aber natürlich im System bestehen, auch eine Rendite machen«, sagt Paul, der sich zum Beispiel aus literarischen Gründen für Stephen King einsetzte.

Der buchladen hatte seine eigenen Bestseller. Erlend zählt mir diejenigen der 1970er- und 1980er-Jahre auf: Zunächst die als Bibel der Frauenbewegung berühmt gewordenen »Häutungen« von Verena Stefan. Dann der Roman »Die Glücklichen« des Anarchisten Peter-Paul Zahl. Natürlich die zeitweise wichtigste linke Zeitschrift »Kursbuch«, die vier Mal im Jahr erschien und von denen der buchladen manchmal 90 Stück verkaufte. Dann »MEW 23«.

»Wie hieß das?«, muss ich für meine Notizen nachfragen.

»Marx-Engels-Werke Band 23. Das Kapital. Erster Band: Der Produktionsprozess des Kapitals.« Erlend beendet seine Aufzählung mit »Der Papalagie. Die Reden des Südseehauptlings Tuiavii aus Tiavea«, die von Autor Erich

Scheurmann erfunden wurden und trotzdem zu einem Kultbuch der grün-alternativen Bewegung avancierten.

Was aber waren – über ein halbes Jahrhundert betrachtet – die Longseller des buchladens?

»Der 1975 erschienene utopische Roman ‚Ökoptopia‘ von Ernest Callenbach«, beginnt nunmehr Frank seine Aufzählung. »Natürlich ‚Das andere Geschlecht‘ von Simone de Beauvoir, erschienen 1949. Dann ‚Was ist eigentlich Anarchie?‘, 1978 erstmals von einem Autorenkollektiv herausgegeben. Und zum gleichen Thema die 1985 entstandene Einführung ‚Anarchie‘ von Horst Stowasser. Damals standen junge Leute ehrfurchtsvoll vor dem Anarchie-Regal ...«, weiß Frank.

Das Regal gibt es heute noch.

»Und eigentlich würde dort auch Pippi Langstrumpf hingehören«, fügt Lis hinzu, »aber die bleibt bei den Kinderbüchern und ist immer da.«

Das Frauenzimmer

Im Kontext der in den frühen 1970er-Jahren aufkommenden zweiten Frauenbewegung entstanden 1973 bundesweit die ersten Frauenzentren und -räume (siehe Frauenbewegung im Saarland, Seite 7ff). Mit ein paar Jahren Abstand wurde es auch für das Selbstverständnis des buchladens zwingend, ein »Frauenzimmer« mit feministischer Literatur einzurichten und zum Ort des Austauschs für »Emanzen« und andere Frauen zu werden. Das Frauenzimmer wurde von Männern als ausgrenzend empfunden: Als einen Raum, den Mann – nur mal kurz links und rechts schauend – durchquert, als hätte man hier nichts zu suchen. Das stimmte auch.

In den 50 Jahren seines Bestehens haben wohl mehrere Zehntausend Menschen den buchladen betreten. Wenngleich sich seit 1973 sehr viel verändert hat, ist doch zu vermuten, dass sie einige Gemeinsamkeiten aufweisen. Jedenfalls, wenn sie zu Stammkunden wurden.

Die KundInnen der 1970er- und 1980er-Jahre waren zu 100 Prozent politisch interessiert, engagiert und überwiegend jung. Der buchladen war ein intellektuelles Zentrum vor allem für die Anti-AKW-, die Friedens- und die Frauenbewegung, auf deren Demos ein

Teil der Belegschaft selbstverständlich mitlief. Das gilt bis heute auch im Einsatz gegen Rassismus, für Geflüchtete und die Klimademos. Der Anteil politischer AktivistInnen an der Stammkundschaft hat jedoch abgenommen. Das zeigt sich auch bei den buchladen-Festen, die anfangs kleine Happenings der linken Szene des Saarlandes waren. Die linken StammkundInnen wurden spätestens ab den 1990er-Jahren durch kultur- und sozialpolitisch interessierte LeserInnen ergänzt. Obwohl sie nach wie vor wichtig sind, haben sie nicht mehr die frühere zentrale Bedeutung für das Sortiment und den Umsatz.

In Coronazeiten »retteten uns eher neue Kunden als die alten«, resümiert Frank. »Support your local dealer‘ war da sicherlich ein hilfreiches Motto. Unverzichtbare Kunden sind heute Schulen, die Unibibliothek, die htw, Genderbibliotheken und die Wohlfahrtsverbände.«

Das Kollektiv lebt

»Das Kollektiv ist auch ein Korrektiv«, heißt es. Zwar gab es auch einmal die Idee eines Chefs oder einer Chefin auf Zeit. Umgesetzt wurde sie nie. Vom Laden leben? Das ging anfangs nur mit einem zweiten Standbein oder einem Lebenspartner. Natürlich haben alle den gleichen Lohn, aber sie arbeiten unterschiedlich lange – jedoch niemand mehr als 30 Stunden.

»Ich will nie wieder woanders arbeiten«, sagt Lis. »Es ist eine sehr befriedigende Tätigkeit, außerhalb des akademischen Bereichs Zugang zu Literatur zu haben, den Wissensschatz zu erweitern und täglich bereichernde Gespräche zu führen.«

Die Belegschaft hat 50 Jahre lang den Widrigkeiten und Herausforderungen des Systems standgehalten. Und 2015 sowie 2019 den Deutschen Buchhandlungspreis gewonnen. Obwohl das Kollektiv ohne hohe Rücklagen immer am Limit gesegelt sei, konnte der buchladen sich ökonomisch behaupten. So feiert eine neue Besetzung 50 Jahre Schiefelage – doch vom Kentern sei man weit entfernt, witzelt Frank.

Selbstverwaltung als Erfolgsrezept

Kultur- und Werkhof Nauwieser 19

Von Sadija Kavgić

Es ist Montag, 10.00 Uhr. Ursel Quack und Ingrid Sehmer sind die Ersten im Versammlungsraum. Sie vertreten die Aids-Hilfe Saar und den Fahrradladen. Bald folgen Tina Stein, die ein Malatelier führt, Sigrid Jost, die für das Saarländische Filmbüro da ist und sich auch um den Veranstaltungsraum N.N. kümmert. Aline Becker ist neu hier. Sie betreibt eine Hypnosepraxis und teilt sich den Raum mit Christoph Groß, der eine besondere Massageform anbietet. Gerd Kühn sitzt für das Restaurant Café Kostbar hier. Weil Sonja Bader, die ein Studio für Musiktherapie unterhält, heute nicht da ist, übernehme ich das Protokoll. Ich vertrete die Saarbrücker Hefte, die seit einigen Monaten direkt neben dem Kino achteinhalb ihren Redaktionsitz haben. Das Kino ist heute ausnahmsweise nicht

vertreten. Ingrid Kraus musste sich entschuldigen, genauso wie Anne Heid, die beim Frauennotruf Saarland arbeitet. Markus Dambach von der Künstlerwerkstatt MMarcu, der auch Hausmeister ist, hat Bescheid gegeben, dass er kurzfristig etwas erledigen muss. Nach einer halben Stunde sitzt auch er dabei. Denn heute ist ein wichtiger Termin. Das Montagspenium des Vereins Nauwieser 19 e. V.

Das ist ein Pflichttermin für alle hier ansässigen Handwerksbetriebe, Geschäfte, sozialen, kulturellen und therapeutischen Einrichtungen. Denn es gilt, ohne bezahlte Geschäftsführung den Hof und die dazugehörigen Gebäude gut zu verwalten und vielfältige Aktivitäten zu organisieren. Über ihre Mitgliedschaft im Verein, der Eigentümer des Anwesens ist, sind alle zugleich auch ihre

Nauwieser 19 Hof vor dem Umbau 1989. Foto: Nauwieser 19



eigenen Vermieter. Dafür sind die Mieten wesentlich niedriger als sonst im begehrten Viertel. Heute wird über eine Teilnahme am Nauwieser Viertelfest beraten. Dadurch sollen unter anderem neue Fördermitglieder gewonnen werden, um die verschiedensten Anforderungen zu bewältigen. Als der Verein vor 33 Jahren gegründet wurde, konnte noch niemand ahnen, welche Herausforderungen ihm noch bevorstehen. Einen eigenen Instagram-Account zu unterhalten, gehört auch dazu.

Die Entstehung

Es begann in der Alten Feuerwache in den späten 1980er-Jahren. In diesem Haus am Landwehrplatz 2 fanden zahlreiche Vereine und Initiativen ein eher provisorisches Domizil. Der Dachverein hieß »Alter Feuerdrachen e. V.« und hatte einen Nutzungsvertrag mit der Stadt. Der Anstoß für die Suche nach einer neuen Bleibe kam vom Verein »Netzwerk Selbsthilfe Saar e. V.« Dieser ist noch heute eine wichtige Stütze für selbstverwaltete Betriebe und Projekte und bietet ihnen jegliche Hilfe, auch finanzielle.

Das Projekt Kultur- und Werkhof war als soziales und politisches Experiment angelegt. Von künftigen MitstreiterInnen waren »Durchhaltevermögen, Solidarität und

Verantwortungsgefühl« gefragt. Das passende Anwesen wurde im Nauwieser Viertel ausfindig gemacht. Wie dem »Ultimativen Führer durch den Kultur- und Werkhof« aus dem Jahr 1992 zu entnehmen ist, verschuldete sich der Verein mit 800.000 DM, um zunächst die Arbeitsräume für die Vereinsmitglieder bereitzustellen. Das war das vorrangige Ziel. Die Planung und Gestaltung übernahm der Architekt Dieter Lothschütz. Dieser wird bis heute vor jeder baulichen Veränderung um Rat gefragt. Viele der ErstmieterInnen sind immer noch da. Manche zogen weg, wie der DAJC, oder lösten sich auf, wie die Malschule Buntspecht.

»Nur eines war klar«, so die erste Bilanz. »Aus einer Ruine war mit erheblichem Aufwand ein ansehnliches Anwesen entstanden, Arbeitsplatz für etwa 60 Menschen, die alle gleichermaßen an den Aufgaben der Verwaltung und den Entscheidungen über das Wohl und Wehe des Kulturhofes beteiligt sein sollten«, wird im Editorial des »Ultimativen Führers« geschwärmt.

Neben der Renovierung gab es ein zweites Ziel: ein Ort für Bildung, Begegnung und Kommunikation im Nauwieser Viertel zu werden. Auch politisch wollte der Verein tätig werden, sich mit dem direkten Umfeld und seinen Bewohnern auseinandersetzen. So wurde von Anfang an darauf Wert gelegt, dass viele Menschen an dem »Experiment«

Nauwieser 19 Hof heute – rechts von dem Kinoeingang ist der Redaktionssitz der *Saarbrücker Hefte*. Foto: Kavgić



beteiligt werden. Diese Strategie war über die Jahre erfolgreich. Dafür steht die hohe Zahl an Privatpersonen, die bis heute den Verein ideell und / oder mit einem Darlehen fördern. Zweckgebunden werden auch öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt. Zum Beispiel für soziale Aktivitäten des Vereins.

Veranstaltungsraum N.N.

Den Veranstaltungsraum N.N. kennt fast jede/r in Saarbrücken. Hier wird gemeinsam musiziert, gekocht, diskutiert, repariert, gebastelt, genäht ... Hier werden Vorträge gehalten, Foto- und Kunstausstellungen präsentiert. Auch private Feiern hat es hier schon unzählige gegeben. Wer die Räume anmieten möchte, wendet sich an Sigrid Jost. Sie kennt sich hier bestens aus, jede Gabel in der Küche, jeden Fleck an der Wand. Und sie kennt viele Menschen und ihre Interessen:

»Für manche unserer TeilnehmerInnen stellen die regelmäßigen Treffen eine Hilfe zur Strukturierung ihres Alltags und nicht selten eine der wenigen Möglichkeiten zu sozialen Kontakten dar«, erzählt Sigrid. »Zwei Jahre Corona waren besonders schwierig für ältere Menschen, die zudem oft alleinstehend sind, gesundheitliche bzw. seelische Probleme haben und oft mit geringem Einkommen auskommen müssen.«

Deswegen sind alle froh, dass es ab 2022 hier wieder lebendiger wurde. So wie auf dem nahe liegenden Max-Ophüls-Platz, wo seit Juni 2011 einmal im Monat samstags ein Nachbarschaftsflohmarkt stattfindet. Auch hierfür ist Sigrid, in Zusammenarbeit mit der BürgerInnengruppe »Flohmarkt-Freunde«, die Ansprechpartnerin.

Im schönen und beliebten Innenhof hat das Café Kostbar schon alles für die Gartensaison vorbereitet. Selbst wenn der anfängliche Vorsatz »niemand wird hier schief angesehen, wenn er bei einem Sprudel die ausliegenden aktuellen Zeitschriften dreimal liest« heute für dessen Betrieb keine Rolle mehr spielt. Weder Zeitschriften noch Zeitungen werden angeboten, und die gute regionale und ökologisch bewusste Küche hat ihren Preis.

Kultur- und Werkhof

Die Corona-Zeit hatte auch für den Verein negative Folgen. Allein durch die Mietausfälle für den N.N.-Raum sind dem Verein 8.500 Euro verloren gegangen. Die Mieteinnahmen sind ein wichtiger Faktor für die Unterhaltung des Hofes. Im letzten Herbst und Winter wurden während der Starkregen wegen verstopfter Abflussröhren mehrere Räume geflutet. Der Verein bemüht sich seit seiner Gründung, kostenbewusst und ökologisch hauszuhalten. Bereits vor dreißig Jahren wurde eine Photovoltaik-Anlage installiert. Lange Zeit blieb das Projekt Nauwieser 19, anders als gehofft, in Saarbrücken einmalig. Aber mit der Gründung der gemeinnützigen GmbH »commune« vor rund fünf Jahren und dem Kauf eines Gebäudes in der Futterstraße 4 entsteht gerade ein zweites ähnliches Projekt. Auf 1.000 Quadratmetern soll dort ein neues soziokulturelles Zentrum entstehen (siehe *Saarbrücker Hefte* 125). Die Eröffnung ist für dieses Jahr geplant.

Ingrid Kraus, die den Verein Nauwieser 19 e. V. mitgegründet hat, ist zugleich eine der wenigen Personen, die seit den ersten Tagen dabei ist. Mit ihren Mitstreitern, u. a. Waldemar Spallek, hat sie es erreicht, dass das Kino achteinhalb bundesweit bekannt und mit sehr vielen Preisen als kommunales Kino ausgezeichnet ist. Allerdings steht, nicht nur für das Kino, ein Generationenwechsel bevor.

»Im Kino haben wir bereits«, so Ingrid, »eine Festangestellte, die unsere Nachfolge antreten kann, und wir werden in den nächsten Jahren weitere Menschen suchen, die sich für Film und Kino engagieren.«

Auch was den Verein Nauwieser 19 e. V. angeht, ist Ingrid optimistisch: »Ich denke, wir haben ein spannendes Projekt, das sich immer weiterentwickeln kann und viele unterschiedliche Menschen anspricht.«

Zurück zum Plenum. Nach zwei Stunden ist alles ausdiskutiert. Der Kultur- und Werkhof wird sich in seiner Vielfalt am Nauwieser Viertelfest beteiligen. Und wer hier, in den Heften, noch nicht genug erfahren hat, kann dies vom 28. bis 31. Juli tun.

»» Ach, Herr Schock ...«

Erinnerungen an Marie-Luise Scherer

Von Ralph Schock

Ihre frühesten journalistischen Texte, erzählte Marie-Luise Scherer bei unserer ersten Begegnung in der SR-Literaturredaktion, habe sie Anfang der 1960er-Jahre für die Saarbrücker Zeitung geschrieben. Kein Zufall, meinte sie, da sie in Riegelsberg geboren und mit dieser Zeitung, die ihre Eltern abonniert hatten, aufgewachsen sei. Und schon immer habe sie schreiben wollen, obwohl sie nie studiert habe, nicht einmal das Abitur besitze. Doch ihre Tätigkeit für die SZ habe in einem Desaster geendet: Bereits nach ganz kurzer Zeit sei sie vom damaligen Chefredakteur persönlich gefeuert worden, mit der Begründung: »Sie sind total unfähig!« Sie unterstrich den Spruch mit einer abfälligen Handbewegung. Wie damals die Geste des Chefredakteurs? Oder ihr heutiger Kommentar zu dem Rauswurf? Vermutlich habe er damals gar nicht falschgelegen, meinte sie noch. Dann sei sie wohl tatsächlich unfähig, journalistische Texte so zu verfassen, wie sie dort gewünscht waren.

Allerdings habe sich dies, so Scherer, im Nachhinein als großes Glück erwiesen: Nach Zwischenstationen beim Kölner Stadtanzeiger, der Berliner Morgenpost und der ZEIT sei sie 1974 von Augstein, der auf ihre Texte aufmerksam geworden war, zum Spiegel geholt worden – mit einem äußerst ungewöhnlichen Vertrag. So bekam sie vierundzwanzig Jahre lang jeden Monat das übliche (beträchtliche) Gehalt einer Spiegel-Redakteurin, jedoch ohne Präsenzverpflichtung in der Redaktion. Die meiste Zeit habe sie dort nicht einmal einen Schreibtisch besessen.

In dem 2004 erschienenen Band »Der Akkordeonspieler – Wahre Geschichten aus vier Jahrzehnten« würdigte sie dieses ungewöhnliche Entgegenkommen mit der knappen



Foto: Oliver Hermann

Bemerkung: »Ich danke dem SPIEGEL für die guten Arbeitsbedingungen, die er mir eingeräumt hat.«

Scherer wohnte direkt an der Elbe in der kleinen, nur 330 Einwohner zählenden Gemeinde Damnatz im Landkreis Lüchow-Danzenberg. Dort hatte sie ein Häuschen gekauft, eine umgebaute ehemalige Tischlerei, wo sie mit ihrem großen Mischlingshund lebte. Und vor Jahren schon hatte sie sich auf dem Dorffriedhof ein Grab reserviert, für das sie an jedem 1. Dezember siebenundvierzig Euro Miete bezahle: »Das der Beerdigung folgende Kaffeetrinken ist ebenfalls schriftlich festgelegt.«

In guten Jahren, erzählte sie, gelingen ihr zwei Reportagen, die ihren Ansprüchen genügten, in schlechten keine einzige. Nach

Hamburg ins SPIEGEL-Haus sei sie einmal im Jahr gefahren, meist zu einem Redaktionsfest, damit die Kollegen sie nicht vergäßen. Und obwohl ihr das Reisen mit den Jahren immer schwererfalle, reise sie zuweilen nach Berlin, um in der Paris-Bar Freunde und Bekannte zu treffen.

Auf ihre äußerst mühevollen Art des Schreibens kam sie immer wieder zu sprechen. Nach den oft monatelangen Recherchen arbeite sie nachts – und empfinde jedes Mal Beklemmungen vor dem Schreiben, geradezu Furcht. Um nicht »offiziell« anfangen zu müssen, notiere sie tage-, manchmal wochenlang Einfälle auf Zettel, oft Hunderte. Über die Entscheidung, eine Strickjacke blau oder bläulich zu nennen, könne sie »eine ganze Nacht zubringen«. Sie sei dann unfähig, wie andere Autoren einfach weiterzuschreiben und nach dem für sie richtigen Wort später zu suchen. Wie gelähmt sei sie dann, oft tagelang. Sie nannte ihr Schreiben »Silbenarbeit«, ihr Ziel sei »kräftige Genauigkeit«. Wenn sie in einer Nacht zwei Sätze geschafft habe, empfinde sie das als Glück.

Sie verschwiege auch nicht den unverzichtbaren Begleitumstand bei diesem nächtlichen Schreiben: das Trinken. Allerdings keine, wie sie sagte, »harten Sachen«, sondern nur verdünntes Bier, die ganze Nacht hindurch.

Wir haben oft telefoniert. »Ach, Herr Schock«, das waren ihre ersten Worte, egal, ob sie anrief oder ich. Für ihre Telefonate gab es meist keinen konkreten Anlass, sie wollte plaudern. Unverkennbar ihre Stimme. Sie besaß noch einen deutlichen saarländischen Akzent, sie war ungewöhnlich tief und durch ihr Kettenrauchen rau, oft hörte sie sich ein wenig larmoyant an. Manchmal sprach sie wie gehetzt, zu Anfang oft stockend. Das merkte sie selbst und meinte, sie habe seit Tagen nur mit ihrem Hund gesprochen. Nie aber vergaß sie, sich am Ende für das Gespräch zu bedanken. Ende 2012 schenkte sie mir bei einem Treffen ihren Band »Die Bestie von Paris«, mit der Widmung: »Für meinen beschützenden Berater, von Herzen«.

Die Telefonate mit ihr fanden oft kein Ende, ohne Pause erzählte sie aus ihrem Leben: von ihrem aktuellen Schreiben, ihrem Hund, manchmal von Nachbarn oder den wenigen Besuchern. Hat sie in all diesen Gesprächen einmal nach mir oder meinen

Projekten gefragt? Mag sein, aber höchstens knapp und höflichkeitshalber.

Schwierig wurde es, wenn sie in der Redaktion anrief. Da es kaum möglich war, sie zu unterbrechen, fand ich einen nicht sehr feinen Ausweg. Erschien auf dem Display ihre Nummer, bat ich unsere Sekretärin, etwa eine halbe Stunde später in mein Büro zu kommen und mich laut an eine angebliche Sitzung oder einen Studiotermin zu erinnern. Mit dieser Notlüge konnte ich mich dann von ihr verabschieden, und sie beendete das Gespräch mit dem Satz: »Bis dann bald einmal wieder.«

Von Zeit zu Zeit schickte sie für unsere nachmittägliche Lesereihe »Fortsetzung folgt« Manuskripte aus ihrem umfangreichen autobiographischen Werk, an dem sie seit Jahren arbeitete. Es ging darin um ihre, wie sie oft sagte, lebensunglücklichen Eltern; um ihren »armen, unglücklichen« Bruder Kurt; um ihren Nazi-Onkel Adolf, der 1945 von den Franzosen in einem Lager bei Tholey interniert worden war. Einige Kapitel aus diesem nie erschienenen Werk habe ich gesendet. Die übrigen wurden damals in Ordnern mit ungesendeten Texten anderer Autoren abgelegt. Was aus ihnen geworden sein mag?

Ich erinnere mich an ein Manuskript, in dem sie eine nächtliche Zugreise in Ägypten beschrieb in Begleitung eines Mannes, mit dem sie offenbar noch nicht sehr vertraut war. Anschaulich schilderte sie die schwierigen, weil erotisch ungeklärten Umstände dieser Fahrt in einer Zweierkabine eines ägyptischen Schlafwagens: das umständliche, weil schambesetzte Auskleiden, das Zubettgehen, die verhuschten Gespräche von Oberbett zu Unterbett.

In einem anderen Manuskript schilderte sie ein traumatisches Erlebnis während eines Besuchs bei den Eltern. Eines Sonntags seien sie nach Merzig zum Wolfsgehege gefahren. Mit dabei der Dackel der Familie. Er sei angeleint gewesen, doch habe der Hund, unbemerkt von ihrem Vater, ein kleines Loch unter den Zaun des Geheges gegraben. Plötzlich sei einer der Wölfe herbeigesprungen, erschrocken habe der Vater schnell die Leine zurückgezogen. Doch sie war leer. Denn der Wolf hatte den Hund bereits gepackt, ins Gehege gezerrt und ihm die Kehle durchgebissen. Die stumme Rückfahrt nach Hause sei grauenvoll gewesen.

Persönlich getroffen haben wir uns vielleicht ein Dutzend Mal, drei- oder viermal in Saarbrücken, auf den Buchmessen in Leipzig und Frankfurt, einmal in Berlin. Trotz mehrerer Einladungen habe ich es nie geschafft, sie im Wendland zu besuchen.

Wenn sie sich öffentlich zeigte, war sie stets stark geschminkt und ein wenig parfümiert, trug immer elegante, vermutlich teure Kleider und hochhackige Schuhe. Unsere Gespräche in den Restaurants, in die sie mich zwei- oder dreimal einlud, unterbrach sie mehrmals am Abend, um nach draußen zu stöckeln und zu rauchen. Auf viele Menschen wirkte sie oft unzugänglich und abweisend, fast barsch. Mir war sie, warum auch immer, zugewandt.

Im Laufe der Jahre erhielt Scherer zahlreiche Auszeichnungen, zweimal den Kisch-Preis (1977 und 1979), 1994 den Ludwig-Börne-Preis, 2008 den Italo-Svevo-Preis, 2011 den Heinrich-Mann-Preis, 2015 wurde sie in die Berliner Akademie der Künste berufen. Auch mit zwei saarländischen Auszeichnungen ehrte man sie: 1989 mit dem Homburger Siebenpfeiffer-Preis und 2012 mit dem Kunstpreis des Saarlandes.

Marie-Luise Scherer, geboren am 15. Oktober 1938, starb am 17. Dezember 2022, vierundachtzig Jahre alt, »friedlich im Schlaf«, wie es in einem Nachruf heißt.

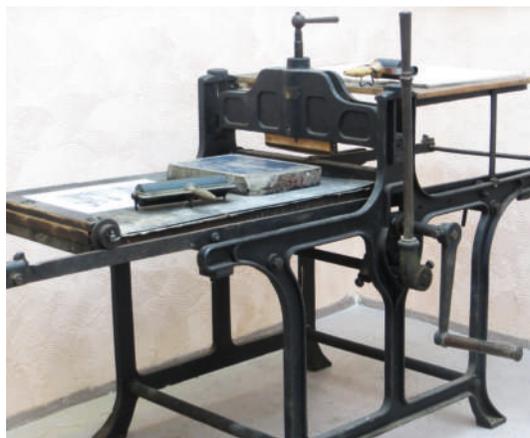
Die schwarze Kunst lebt!

Hochwertige Druckerzeugnisse auf außergewöhnlichen Papieren bekommt Ihr in der BLATTLAUS-Druckerei.

Wir kombinieren moderne Technik mit traditionellem Druckhandwerk.

**Ob Buch, Visitenkarte,
Plakat oder Grußkarte.
Wer etwas Besonderes will,
ist bei uns richtig.**

BLATTLAUS Druck und Verlag
Ludwigstraße 29 - 66115 Saarbrücken
0681 - 37 21 75
www.blattlausverlag.de



»» Lauter Lügner!

Bernarding, Klaus: Schmelzer Kaleidoskop. Aus einer Kindheit und Jugend im Zweiten Weltkrieg. Blattlaus Verlag, Saarbrücken 2022, 219 Seiten, 18 Euro.

Kein literarisches Genre verfehlt seinen Gegenstand so meilenweit wie die Autobiografie. Das liegt, neben der Eitelkeit der meisten ihrer Verfasserinnen und Verfasser, daran, dass die Autobiografie eines Lebens, des eigenen Lebens, habhaft werden will. Das Leben ließe sich jedoch nur haben, wäre es vorüber. Dann ist es aber, wenigstens zum größeren Teil, verloren. Die Autobiografie behauptet also, etwas zu haben, was nicht zu haben ist. Klaus Bernarding nennt seine Autobiografie, die die Kriegs- und Nachkriegsjahre umfasst, deshalb ein »Kaleidoskop«.

Das Kaleidoskop ist bei ihm kein kindliches Spektakel, sondern bloß »eine Pappröhre, deren Wände mit Spiegeln besetzt sind. Beim Schütteln fallen [farbige] Kristalle scheinbar zu geordneten Einheiten zusammen und erwecken den Eindruck symmetrischer Bilder. Eine zerbrechliche Ordnung ist entstanden.« (S. 5). Das Kaleidoskop ist eine ebenso charmante wie billige Täuschung, die, gerade wenn sie in sich zusammenfällt, ein automatisches Kunstwerk erzeugt. Bernardings Autobiografie ist ein Kaleidoskop-Gedicht, das im Zusammenfallen seiner Erscheinungen fragwürdige Symmetrien aufwirft.

Kein literarisches Genre kommt seinen Gegenständen so nah wie das Gedicht, denn seine Gegenstände sind, wenigstens in erster Linie, Wörter. Die Wörter kristallisieren sich vor unseren Augen; sie stehen wirklich da. Wie schon in »Mein Freund Georges« (2004) und erst recht in seinem *chef d'œuvre* »Der Leitz wird's richten« (1991) entwickelt Bernarding sein Leben aus Wörtern. So setzt er dem Täuschenden der Autobiografie etwas Substantielles entgegen. Es sind nicht irgendwelche Wörter, sondern Wörter der Propaganda, die der künftige Dichter, ob absichtlich oder nicht, missversteht, abfälscht, umlenkt, kreuzt, entkleidet, neu kostümiert, denen er einen Narrenhut aufsetzt und die er anordnet, als wären es farbige Kristalle.

Einige Beispiele: Schon als der Junge sich in der Fruchtblase der Mutter befindet, befindet er sich in einer Propaganda-Blase. Wir schreiben das Jahr 1935, auch in Schmelz bei Saarlouis (später Saarlautern) steht die Saarabstimmung an. Bereits der Fötus hört Stimmen, und der Junge fragt sich, ob sie stimmen. Die Stimme macht stimmig, sie rückt die Sache »ein Stück in die Nähe des Eides« (S. 27). Es wird zur Lebensaufgabe des Dichters werden, unstimmig zu machen, was stimmig schien, und den Stimmen zu entgegnen, die sich zur »Autorität«¹ aufblasen.

Dabei kommen ihm Zufall, Gespür und viel Phantasie zu Hilfe. Ein Propagandawerk der Zeit heißt »Wille schmiedet Taten«². »In dem Buch war oft die Rede vom *Willen*: wie durch eisernen Willen, nach vielen Versuchen, das erste U-Boot zusammengenietet wurde.« (S. 33f.). Die Nazi-Welt war eine vom Willen ohne Vorstellung. Nun trifft es sich, dass der Schmied des Dorfes der Engstler Willi ist. Fortan liest sich für den Jungen »Wille schmiedet Taten« als »Willis Schmiedetaten«.

Und ganz in derselben Weise trifft der »Blitzkrieg« auf den »Opel Blitz«, Mariä Lichtmess auf die »Verdunkelung« bei Luftangriffen. Beim Herunterleiern des Vaterunser wird aus »Wie auch wir vergeben unsern Schuldigern« eine den »Schuldigen«, nämlich säumigen Zahlern, »gern« gewährte Stundung. (Der Vater führte einen Eisenwarenladen.)

Sein feiner Sprachsinn bringt schon den jungen Bernarding immer wieder in einen Konflikt mit der Obrigkeit. Ein mit »Heil Hitler!« auftretendes Kasperle sieht sich im Puppentheater mehrfach zu einer Notlüge genötigt, aus patriotischer Pflicht zwar, um das deutsche Burgfräulein aus den Armen des untermenschlichen Feindes zu erretten, doch der Junge kennt in seiner Wahrheitsliebe kein Pardon: »*De Kaschberle lieht* (lügt) *jo!*«, ruft er mitten in die Vorstellung (S. 26). Es ist eine

Einsicht, die ihm zwar noch oft vom Großvater bestätigt werden soll, der Verdun überlebt hat und die Radionachrichten aus der Hauptstadt mit einem knappen »Lauter Lieder!« (S. 114) kommentiert. Gleichwohl, die Strafe folgt auf dem Fuße: »Zehn Vaterunser für morgen!«

Im Unterricht lässt der Lehrer das bekannte Weihnachtslied von Ernst Anschütz, »O Tannenbaum«, anstimmen. Der Knabe nimmt Anstoß an der Zeile »Wie treu sind deine Blätter«. Ein Tannenbaum hat keine Blätter, sondern Nadeln. Bernarding wandelt folglich beim Singen den Text ab – doch der Lehrer mag keine Innovation oder auch nur eine Berichtigung: »Zehn Vaterunser für morgen!« Die Liedzeile enthält noch einen weiteren Stein des Anstoßes: die Treue, die Anschütz hineingeschrieben haben soll, weil er seiner Frau Untreue unterstellte. Nicht erst in den Vierzigern hat das Wort noch eine andere Bedeutung: »Es war uns auf Schritt und Tritt begegnet: *Treu bis in den Tod!*« (S. 125).

Den Eindruck, dass er oder seine Familie klüger gewesen wären als die Volksgenossen, will Bernarding nirgendwo erwecken. Wie die meisten anderen auch wählen die Eltern 1935 die Deutsche Front, denn die Einheitsfront »waren Kommunisten« (S. 12). Wie die meisten anderen auch spielen die Kinder »Deutschland erobert Russland« (S. 24) und kennen sich mit Panzern und tödlichen Waffen ebenso gut aus wie heute Anton Hofreiter. Und doch meldet sich schon früh ein Verdacht gegen die Wörter, eine Lust am subversiven Verschieben ihrer Propagandabotschaft. Dahinter steht ein Unbehagen ob der Schlagzeuge, Schlagwörter, Schlagstöcke (S. 9) der Nazis. Nichts könnte aktueller, nichts könnte riskanter sein. Bernarding hat sein Verfahren danach nicht grundsätzlich geändert, auch wenn ihm das selten gedankt wurde. Aus dieser kritischen Wortverdrehung wurde ein Werk, insofern ist die erste Hälfte seines Kaleidoskops eine ganz persönliche Poetik.

Die zweite Hälfte, im Wesentlichen eine Fahrradtour, Anfang der 1950er-Jahre, durch Frankreich, besitzt, trotz ihres beachtlichen Detailreichtums, nicht mehr die literarische Dichte der ersten. Es ist keine Fahrt in die Zukunft, sondern tiefer in die blutige Vergangenheit hinein. In Paris erregen Bernarding und sein Freund Jürgen, weil sie, mangels besserer Ausrüstung, Planen und Beutel

aus Wehrmachtsbeständen mit sich führen, die Empörung einer Menschenmenge, darunter eines KZ-Häftlings, der auf der Flucht einen Arm verlor. In Verdun stehen sie vor den Zeugnissen einer mörderischen Schlacht. Die Frage, die die erste Hälfte des Buches zwischen den Zeilen gestellt hat, ob aus Kriegen zu lernen sei, wird in der zweiten, ebenfalls zwischen den Zeilen, verneint. Schon die Lehrer der Zeit »tragen – trotz Persilschein – in ihren Anzügen und Kleidern noch den Nazi-Geruch, aus ihren Mündern kamen die Kommando-Töne der Oberleutnants« (S. 187).

Den Eindruck vertieft eine Begegnung mit dem späteren Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder, die im Anhang geschildert wird. Bernarding stellt sich Röder, damals Leiter des Staatlichen Realgymnasiums Dillingen, vor; er will Lehrer werden. Röder kanzelt ihn wegen seiner lässigen Fahrradfahrerkluft ab und befiehlt, sich ordnungsgemäß am nächsten Tag im Büro vorzustellen. »Aha, dachte ich, der Herr Oberst hat mich in seine Truppe aufgenommen! Nun sollte ich marschieren. Musste man auch im Frieden marschieren? Mir waren Zweifel gekommen, ob ich mich wirklich hier anmelden sollte. Irgendwo in meinem inneren Ohr meldete sich ein Signal: *Attention!*« (S. 212). Er sucht sich eine andere Stelle. Klaus Bernardings inneres Ohr blieb unbestechlich. Von der Sorte dieses Schriftstellers und Künstlers, der 2022, kurz vor Drucklegung des Bandes, verstarb, hätte es mehr geben sollen. Aber aus der jüngsten Propaganda-Blase heraus sei es gesagt und geklagt: Er war am Ende doch nur einer.

Stefan Ripplinger

Anmerkungen

- 1 »Il n'y a pas d'autorité autre que verbale. La véritable autorité est celle qui, avec le minimum de paroles, obtient le maximum de soumission (...).« Valéry, Paul: Cours de poétique. Herausgegeben von William Marx, Paris 2023, zweiter Band, S. 384.
- 2 Sigleu, Johannes: Wille schmiedet Taten. Vom Schaffen deutscher Entdecker und Erfinder, Leipzig 1938.

» Autorinnen und Autoren

Jonas Boos lebt und arbeitet in Saarbrücken. Studium der Volkswirtschaftslehre (Diplom) an der Universität Trier.

Natascha Denner, geboren und aufgewachsen im sibirischen Tomsk, Arbeitsstipendium in Dudelange während *Printemps Poétique Transfrontalier 2017*. 2018 erschien ihr erster Band *Schau Schnee* mit Lyrik und Erzählungen in der Edition des Saarländischen Künstlerhauses (*Topicana*, Nr. 34). 2022 erhielt sie den Hans-Bernhard-Schiff-Literaturpreis. Gerade arbeitet sie an einer Dissertation zum Traum bei Andrej Tarkovskij im Graduiertenkolleg *Europäische Traumkulturen* an der Universität des Saarlandes.

Rainer Eisfeld, 1974–2006 Professor für Politikwissenschaft, Universität Osnabrück, 2002 Gastprofessor, Univ. of California at Los Angeles (UCLA). 1994–2017 Kuratoriumsmitglied Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. 2006–2012 Vorstandsmitglied International Political Science Association (IPSA). Publikationen u. a.: »Ausgebürgert und doch angebräunt: Deutsche Politikwissenschaft 1920–1945« (Nomos); »Mondsüchtig: Wernher von Braun und die Geburt der Raumfahrt aus dem Geist der Barbarei« (Klampen). Gerade erschienen: »Streiten gegen die Erosion der Demokratie« (Springer VS).

Annie Ernaux, geb. 1940, bezeichnet sich als »Ethnologin ihrer selbst« und gilt als »Königin der autobiographischen Literatur«. Sie ist eine der bedeutendsten französischsprachigen Schriftstellerinnen unserer Zeit, ihre über zwanzig Bücher sind von der Kritik und vom Publikum gleichermaßen gefeiert und vielfach mit Preisen ausgezeichnet worden. Sie wurde 2022 mit dem Nobelpreis für Literatur geehrt.

Céline Groß, geb. 1999, Studium der Architektur (B. A.) an der HTW des Saarlandes.

Sadija Kavgić, Journalistin und Übersetzerin. Geboren in Tuzla, Jugoslawien. Infolge der Belagerung von Sarajevo 1992–1996 kam sie nach Deutschland. Publiziert in Deutschland und Bosnien und Herzegowina. Lebt in Saarbrücken.

Annette Keinhorst, Komparatistin und Amerikanistin Dr. phil., Gründerin und langjährige Leiterin der FrauenGenderBibliothek Saar, Chronistin der saarländischen Frauen-/Lesbengeschichte.

Dennis Kundrus lebt in Saarbrücken und arbeitet als Projektleiter im politischen Bildungsbereich. Er schließt gerade seinen Master in Geschichtswissenschaften ab. Seine Schwerpunkte sind Erinnerungs- und Geschichtspolitik sowie die Geschichte der Arbeiterbewegung und des Faschismus.

Andreas Morlo lebt in Saarbrücken und arbeitet für die Heinrich-Böll-Stiftung Saar.

Emil Mura, geb. 1990 in Saarbrücken, hat in Trier Politikwissenschaft sowie Medien, Kommunikation und Gesellschaft studiert. Nach seinem Volontariat beim Saarländischen Rundfunk arbeitete er zunächst in der Nachrichtenredaktion ARD-aktuell des SR und belieferte u. a. Sendungen wie Tagesschau, Mittagsmagazin und Tagesthemen. Inzwischen ist er im Aktuellen Bericht als Fernsehreporter mit dem Schwerpunkt Landespolitik tätig.

Simon Ohliger, war von 2015–2022 Teil des LandessprecherInnenrates der Linksjugend [solid] im Saarland. Er studiert Politik und Öffentliches Recht an der Universität Trier.

Elizabeth Pich ist eine Comic-Künstlerin und hat in Saarbrücken Kommunikationsdesign und Informatik studiert. Sie ist Autorin der Fungirl-Reihe und Mitbegründerin des beliebten Webcomics »War and Peas«.

Werner Ried, Eisenbahner und Diplomgeograph Dr. phil., Dissertation zum Schienenverkehr SaarLorLux. Er arbeitet für die Digitale Schiene Deutschland bei DB Netz AG. Ehrenamtlich ist er im Saarland Vorstandsvize des Verkehrsclubs Deutschland (VCD).

Stefan Ripplinger, geb. 1962 in St. Ingbert. Freier Autor. 2022 erschienen von ihm der Essay »Der Schirm. Einsamkeit als Auseinandersetzung« (Zero Sharp), seine Übersetzung der Serial Poems von Jack Spicer (Roughbook) sowie des Versepos »Der Anblick« von Raymond Roussel (Zero Sharp; zusammen mit Maximilian Gilleßen).

Roland Röder, Geschäftsführer der Aktion 3. Welt Saar e. V. und seit Jahren an der Aufarbeitung des Mordfalls Samuel Yeboah mitbeteiligt. Er besitzt ein Eigenheim und ein Auto, ist verheiratet, hat zwei Kinder, ist aktiver Fußballfan und schreibt die Gartenkolonne »Der letzte linke Kleingärtner«.

Ekkehart Schmidt, geb. 1964. Volkswirt und Journalist, aufgewachsen in Teheran und Köln, seit 1994 im Saarland, bis 2008 wissenschaftlicher Angestellter für Migrationsfragen beim isoplan Institut, seitdem beim Verein etika in Luxemburg in der nachhaltigen Finanz tätig. Seit 2019 im Vorstand von Transition Town Saarbrücken.

Ralph Schock, geb. 1952 in Ottweiler (Saarland). Autor, Herausgeber und Literaturredakteur. Germanistik- und Philosophie-Studium. 1973–1974 Ersatzdienst. Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität des Saarlandes (1977–1984). 1984 Dissertation über Gustav Regler: »Literatur und Politik (1933–1940)«. Von 1987 bis 2017 Literaturredakteur beim Saarländischen Rundfunk. Zahlreiche Gesprächssendungen mit Autoren. Letzte Veröffentlichungen: »Also heraus und weit weg! – Expressionismus, eine Epoche und die Saarregion – Lese- und Bilderbuch«

(2020). »Nach Kolchis. Faszination Georgien – Reiseimpressionen«, Verbrecher Verlag, Berlin 2021.

Volker Schütz, Saarbrücker Medienkünstler. Er arbeitet mit Oszilloskopen und anderen historischen Geräten sowie mit genetischen und neuronalen Algorithmen der Künstlichen Intelligenz, um die Kunst vom Pinsel zu befreien. Ausstellung folgt.

Susanne Speicher ist Klimaaktivistin aus Saarbrücken. In Lüneburg studierte sie Sozialpädagogik und Ev. Theologie. Ehrenamtlich ist sie in verschiedenen Initiativen aktiv, die sich mit einem nachhaltigen Systemwandel beschäftigen.

Fabian Trinkaus, geb. 1980 in Homburg/Saar, Studium der Geschichtswissenschaft und Germanistik an der Universität des Saarlandes (UdS). Promotion im Fach Geschichte an der UdS und der Universität Luxemburg zum Thema Arbeiterexistenzen und Arbeiterbewegung in der Eisen- und Stahlindustrie. Seit 2013 im Schuldienst, seit 2018 Lehrbeauftragter an der UdS.

Volker Weber, geb. 1955, langjährige Erfahrung im Marketing und Sales International bei namhaften deutschen und französischen Unternehmen. Seit 1. Juni 2020 Mitglied im Vorstand der BEGKeG.

Luca Zarbock studiert im Master Demokratische Politik und Kommunikation an der Universität Trier und forscht hauptsächlich zu Antisemitismus, Islamismus sowie zur Neuen Rechten. Außerdem arbeitet er seit 2021 bei der Initiative Interdisziplinäre Antisemitismusforschung Trier.

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Saarland



**In Krisenzeiten brauchst du
eine starke Gewerkschaft.**
Gemeinsam sind wir stark!



Werde Mitglied!



Mainzer Str. 84 | 66121 Saarbrücken | Tel.: 0681/66830-1 | Fax: 0681/66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de | www.gew.saarland



ISSN 0036-2115
ISBN 978-3-945996-64-5



saarbrueckerhefte.de

